

No. 32522

GERMANY
and
ITALY

Agreement concerning the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and capital and the prevention of fiscal evasion (with protocol). Signed at Bonn on 18 October 1989

Authentic texts: German and Italian.

Registered by Germany on 8 February 1996.

ALLEMAGNE
et
ITALIE

Convention tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune et à prévenir l'évasion fiscale (avec protocole). Signée à Bonn le 18 octobre 1989

Textes authentiques : allemand et italien.

Enregistré par l'Allemagne le 8 février 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER ITALIENISCHEN REPUBLIK ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG AUF DEM GEBIET DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN UND ZUR VERHINDERUNG DER STEUERVERKÜRZUNG

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Italienische Republik –

von dem Wunsch geleitet, durch ein neues Abkommen die Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zu vermeiden und die Steuerverkürzung zu verhindern –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören

a) in der Italienischen Republik

- i) die Steuer vom Einkommen natürlicher Personen (imposta sul reddito delle persone fisiche),

- ii) die Steuer vom Einkommen juristischer Personen
(imposta sul reddito delle persone giuridiche)
 - iii) und die lokale Steuer vom Einkommen
(imposta locale sui redditi),
auch wenn sie im Abzugsweg erhoben werden (im folgenden
als „italienische Steuer“ bezeichnet);
- b) in der Bundesrepublik Deutschland
- i) die Einkommensteuer,
 - ii) die Körperschaftsteuer,
 - iii) die Vermögensteuer,
 - iv) die Gewerbesteuer,
 - v) und die Grundsteuer
(im folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den in Absatz 3 genannten Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,
- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Italienische Republik oder die Bundesrepublik Deutschland;
 - b) bedeutet der Ausdruck „Italienische Republik“, im geographischen Sinne verwendet, das Gebiet der Italienischen Republik, in dem das Steuerrecht der Italienischen Republik gilt;
 - c) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“, im geographischen Sinne verwendet, das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, in dem das Steuerrecht der Bundesrepublik Deutschland gilt;
 - d) umfaßt der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
 - e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;

- f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- g) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- h) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
 - i) in bezug auf die Italienische Republik alle natürlichen Personen, die die italienische Staatsangehörigkeit besitzen;
 - ii) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
 - iii) alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden sind;
- i) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
 - i) in Italien das Finanzministerium;
 - ii) in der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfaßt jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte,
- f) ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,
- g) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.

(3) Als Betriebsstätten gelten nicht:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 – in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats tätig, so gilt eine im erstgenannten Staat gelegene Betriebsstätte als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragsstaats wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vermittler ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte

aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe sowie die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten. Als unbewegliches Vermögen gelten ferner Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen. Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen – ein-

schließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten – zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, daß dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muß jedoch derart sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(3) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital

eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder

- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Abweichend von Absatz 2 darf die Steuer auf Dividenden, die eine in der Italienischen Republik ansässige Kapitalgesellschaft an eine Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland zahlt, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Gesellschaftskapitals der erstgenannten Gesellschaft verfügt, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.

(4) In der Italienischen Republik ansässige Personen, die nach dem Steuerrecht der Bundesrepublik Deutschland mit den Dividenden, die ihnen von einer in der Bundesrepublik Deutschland

ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, nicht unbeschränkt steuerpflichtig sind, haben Anspruch auf Vergütung des Erhöhungsbetrags der Körperschaftsteuer nach den in § 52 des Körperschaftsteuergesetzes der Bundesrepublik Deutschland vorgesehenen Regelungen.

(5) Eine Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Gesellschaftskapitals einer in der Italienischen Republik ansässigen Kapitalgesellschaft verfügt und die von dieser Kapitalgesellschaft ausgeschüttete Dividenden bezieht, hat vorbehaltlich des Abzugs der in Absatz 3 vorgesehenen Steuer Anspruch auf Erstattung eines Betrags in Höhe der „maggiorazione di conguaglio“, die auf diese Dividenden entfällt, soweit diese „maggiorazione“ von der Gesellschaft auf diese Dividenden tatsächlich gezahlt worden ist. Die Erstattung ist innerhalb der nach italienischem Recht vorgesehenen Fristen über die ausschüttende Gesellschaft zu beantragen, die in diesem Fall namens und für Rechnung der in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft handelt.

Diese Bestimmung findet Anwendung auf die Dividenden, deren Ausschüttung ab dem Datum des Inkrafttretens des Abkommens beschlossen worden ist.

Die ausschüttende Gesellschaft kann den Erstattungsbetrag an eine Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland gleichzeitig mit den der letztgenannten Gesellschaft zustehenden Dividenden auszahlen und den Betrag in der ersten auf die Zahlung folgenden Einkommenserklärung abziehen.

Eine Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland hat Anspruch auf Zahlung eines Betrags in Höhe der „maggiorazione di conguaglio“, wenn sie im Zeitpunkt des Beschlusses über die Dividendenausschüttung Nutzungsberechtigter der Dividenden ist und wenn sie die Aktien für die Dauer von mindestens zwölf Monaten vor diesem Zeitpunkt gehalten hat.

Im Fall einer späteren Erhöhung des steuerpflichtigen Einkommens der ausschüttenden Gesellschaft oder im Fall einer Nachbesteuerung von Rücklagen oder anderen Mitteln beschränkt sich die Ermäßigung der Steuer, die die Gesellschaft für den Besteuerungszeitraum schuldet, in dem die Berichtigung bestandskräftig geworden ist, auf den Teil der Steuer, der auf die der „maggiorazione di conguaglio“ unterliegenden Dividenden entfällt (und tatsächlich an die Staatskasse gezahlt worden ist).

(6) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet

a) Gewinnausschüttungen auf Aktien einschließlich Einkünfte aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheinen, Kuxen,

Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung (unter Einschluß der Einkünfte aus Beteiligungen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung), und

- b) sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Gewinnausschüttungen auf Aktien steuerlich gleichgestellt sind, und für die Zwecke der Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland Einkünfte eines stillen Gesellschafters im Sinne des deutschen Steuerrechts aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter an einem gewerblichen Unternehmen und Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(7) Die Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall können die Dividenden im anderen Vertragsstaat nach dem Recht dieses Staates besteuert werden.

(8) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, daß diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person oder an eine im anderen Staat gelegene Betriebsstätte oder feste Einrichtung gezahlt werden, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 können die in Absatz 1 genannten Zinsen nur in dem Vertragsstaat, in dem der Empfänger der Zinsen ansässig ist, besteuert werden, wenn der Empfänger der Nutzungsberechtigte ist und die Zinsen

- a) im Zusammenhang mit dem Verkauf von Gütern oder Waren, die von einem Unternehmen an ein anderes Unternehmen geliefert werden, auf Kredit,
- b) im Zusammenhang mit dem Verkauf gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen auf Kredit,
- c) für Schuldverschreibungen oder ähnliche Verpflichtungen der Regierung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder
- d) an die Regierung eines Vertragsstaats oder eines seiner Länder oder an eine ihrer Gebietskörperschaften oder an die Zentralbank eines Vertragsstaats

gezahlt werden.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Obligationen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind. Der Ausdruck „Zinsen“ umfaßt jedoch nicht die in Artikel 10 genannten Einkünfte.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall können die Zinsen im anderen Vertragsstaat nach dem Recht dieses Staates besteuert werden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste

Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren der Nutzungsberechtigte ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 können Lizenzgebühren für Urheberrechte und andere ähnliche Zahlungen für die Schaffung oder die Vervielfältigung literarischer, dramaturgischer, musikalischer oder künstlerischer Werke, einschließlich kinematographischer Filme und Filme oder Bandaufnahmen für Rundfunk oder Fernsehen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, die der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme und Filme oder Bandaufnahmen für Rundfunk oder Fernsehen, von Patenten, Warenzeichen, Mustern

oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall können die Lizenzgebühren im anderen Vertragsstaat nach dem Recht dieses Staates besteuert werden.

(6) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder feste Einrichtung und gehört die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren zu der Betriebsstätte oder festen Einrichtung und trägt die Betriebsstätte oder feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so können die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im

anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahrs aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs, das im internationalen Verkehr betrieben wird, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15

in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht, wenn der Aufenthalt der berufsmäßigen Künstler oder Sportler in einem Vertragsstaat ganz oder in wesentlichem Umfang aus öffentlichen Kassen des anderen Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften finanziert wird.

Artikel 18

Ruhegehälter

Vorbehaltlich des Artikels 19 Absätze 2, 3 und 4 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 19

Öffentlicher Dienst

- (1) a) Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Vergütungen können jedoch nur in dem Staat besteuert werden, in dem die Dienste geleistet werden, wenn der Empfänger der Vergütung in diesem Staat ansässig ist und
 - i) Staatsangehöriger dieses Staates ist, ohne Staatsangehöriger des anderen Staates zu sein, oder,
 - ii) ohne Staatsangehöriger des anderen Staates zu sein, im erstgenannten Staat ansässig war, bevor er dort Dienste leistete.
- (2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von dem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die dem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Ruhegehälter können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn der Empfänger in

diesem Staat ansässig und Staatsangehöriger dieses Staates ist, ohne Staatsangehöriger des Staates zu sein, aus dem die Ruhegehälter stammen.

(3) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16 und 18 anzuwenden.

Die Absätze 1 und 2 sind jedoch auf die Vergütungen und Ruhegehälter anzuwenden, die die folgenden Verwaltungen oder Organisationen an ihre Bediensteten zahlen:

- a) auf seiten der Italienischen Republik
 - die „Banca d'Italia“
 - die „Ferrovie dello Stato (F.S.)“
 - die „Amministrazione delle poste e delle telecomunicazioni (PP.TT.)“;
- b) auf seiten der Bundesrepublik Deutschland
 - die Deutsche Bundesbank
 - die Deutsche Bundesbahn
 - die Deutsche Bundespost.

(4) Ruhegehälter und alle anderen wiederkehrenden oder einmaligen Bezüge, die auf Grund der Sozialversicherungsgesetzgebung eines Vertragsstaats von diesem Staat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden, wenn der Empfänger Staatsangehöriger dieses Staates ist, ohne Staatsangehöriger des anderen Vertragsstaats zu sein.

(5) Entschädigungen, die ein Vertragsstaat, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften in Form von Ruhegehältern, Leibrenten und anderen wiederkehrenden oder einmaligen Leistungen für Schäden zahlt, die als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden sind, können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 20

Studenten, Praktikanten und Lehrlinge

Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine

Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 21

Lehrer

Eine natürliche Person, die sich auf Einladung eines Vertragsstaats oder einer Universität, einer Hochschule, einer Schule, eines Museums oder einer anderen kulturellen Einrichtung dieses Vertragsstaats oder im Rahmen eines amtlichen Kulturaustausches in diesem Vertragsstaat höchstens zwei Jahre lang lediglich zur Ausübung einer Lehrtätigkeit, zum Halten von Vorlesungen oder zur Ausübung einer Forschungstätigkeit bei dieser Einrichtung aufhält und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist in dem erstgenannten Staat mit ihren für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit, vorausgesetzt, daß diese Vergütungen von außerhalb dieses Staates bezogen werden.

Artikel 22

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall können die Einkünfte im anderen Vertragsstaat nach dem Recht dieses Staates besteuert werden.

Artikel 23

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im

anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 24

Vermeidung der Doppelbesteuerung

(1) Es besteht Einverständnis darüber, daß die Doppelbesteuerung nach Maßgabe der folgenden Absätze vermieden wird.

- (2) a) Bezieht eine in der Italienischen Republik ansässige Person Einkünfte, die in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, so kann die Italienische Republik bei der Festsetzung der in Artikel 2 genannten Einkommensteuern diese Einkünfte vorbehaltlich des Buchstabens b in die Bemessungsgrundlage dieser Steuern einbeziehen, es sei denn, daß dieses Abkommen dem entgegenstehende Vorschriften enthält.

In diesem Fall zieht die Italienische Republik von den auf diese Weise festgesetzten Steuern die in der Bundesrepublik Deutschland gezahlte Einkommensteuer (gegebenenfalls einschließlich der Gewerbesteuer, soweit sie vom Ertrag erhoben wird) ab; der abzuziehende Betrag darf aber den Teil der italienischen Steuer nicht übersteigen, der dem Verhältnis der genannten Einkünfte zu den gesamten Einkünften entspricht.

Kein Abzug wird jedoch gewährt, wenn die Einkünfte in der Italienischen Republik nach italienischem Recht auf Antrag des Empfängers der Einkünfte der im Abzugsweg erhobenen Steuer unterliegen.

- b) Von der Bemessungsgrundlage der italienischen Steuer werden die Einkünfte aus Dividenden nach Artikel 10 Absatz 6 Buchstabe a ausgenommen, die an eine in der Italienischen Republik ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 25 vom

Hundert unmittelbar der italienischen Gesellschaft gehört.

(3) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Soweit nicht Buchstabe b anzuwenden ist, werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer die Einkünfte aus der Italienischen Republik sowie die in der Italienischen Republik gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in der Italienischen Republik besteuert werden können. Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Auf die Einkünfte aus Dividenden nach Artikel 10 Absatz 6 Buchstabe a sind die vorstehenden Bestimmungen nur dann anzuwenden, wenn die Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in der Italienischen Republik ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört.

Für die Zwecke der Steuern vom Vermögen werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden, falls solche gezahlt werden, nach dem vorhergehenden Satz von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.

- b) Die italienische Steuer, die nach dem Recht der Italienischen Republik und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen von den nachstehenden Einkünften aus der Italienischen Republik erhoben wird, wird auf die deutsche Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer von den nachstehenden Einkünften angerechnet:
- i) Dividenden im Sinne des Artikels 10, soweit sie nicht unter Buchstabe a genannt sind;
 - ii) Zinsen im Sinne des Artikels 11;
 - iii) Lizenzgebühren im Sinne des Artikels 12;
 - iv) Einkünfte und Vergütungen, die unter die Artikel 16 und 17 fallen.

Die auf Grund der vorstehenden Bestimmung anzurechnende italienische Steuer darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten deutschen Steuer nicht übersteigen, der auf die Einkünfte entfällt, die in der Italienischen Republik besteuert werden können.

Artikel 25

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind. Insbesondere werden den Staatsangehörigen eines Vertragsstaats, die der Besteuerung im anderen Vertragsstaat unterliegen, die Steuerbefreiungen, -freibeträge, -abzüge und -ermäßigungen auf Grund der Familienlasten gewährt, die den Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen gewährt werden.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(3) Sofern nicht Artikel 9, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 7 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtun-

gen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 26

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, daß Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 25 Absatz 1 erfaßt wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muß innerhalb von zwei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren. Erscheint ein mündlicher Meinungsaustausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungsaustausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht.

Artikel 27

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die erforderlich sind, um dieses Abkommen oder das innerstaatliche Recht der Vertragsstaaten betref-

find die unter das Abkommen fallenden Steuern, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht, durchzuführen und die Steuerverkürzung zu verhindern. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheimzuhalten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befaßt sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offenlegen, falls die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats keine Einwendungen dagegen erhebt.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 28

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 29

Antrag auf Erstattung

(1) Die in einem Vertragsstaat im Abzugsweg erhobenen Steuern werden auf Antrag des Steuerpflichtigen oder des Staates, in

dem er ansässig ist, erstattet, wenn das Recht zur Erhebung dieser Steuern durch dieses Abkommen eingeschränkt ist.

(2) Den Erstattungsanträgen, die innerhalb der nach dem Recht des zur Erstattung verpflichteten Vertragsstaats festgelegten Fristen zu stellen sind, ist eine amtliche Bescheinigung des Vertragsstaats, in dem der Steuerpflichtige ansässig ist, beizufügen, aus der hervorgeht, daß die Voraussetzungen für die Gewährung der Befreiungen oder Ermäßigungen nach diesem Abkommen erfüllt sind.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln die Durchführung dieses Artikels nach Artikel 26 in gegenseitigem Einvernehmen.

Artikel 30

Berlin-Klausel

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Italienischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 31

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Rom ausgetauscht.

(2) Das Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist anzuwenden auf

- a) die Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für die Steuerjahre erhoben werden, die am oder nach dem ersten Januar des Kalenderjahrs beginnen, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden;
- b) die im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren, die am oder nach dem ersten Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Das am 31. Oktober 1925 in Rom unterzeichnete Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Italien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung anderer Fragen auf dem Gebiete der direkten Steuern tritt mit Inkrafttreten dieses Abkommens außer Kraft und findet nicht mehr Anwendung auf die Steuern, auf die dieses Abkommen nach Absatz 2 anzuwenden ist. Das gleiche gilt für das am 17. September 1968 in Rom

unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der direkten Steuern bei den Unternehmungen der Luftfahrt.

(4) Ist aber in dem Abkommen vom 31. Oktober 1925 eine günstigere steuerliche Behandlung als in den Artikeln 11 und 12 dieses Abkommens vorgesehen, so kann das erstgenannte Abkommen auf Antrag der Betroffenen bis zum 31. Dezember 1992 Anwendung finden, vorausgesetzt, daß der Empfänger der in Frage stehenden Einkünfte der Nutzungsberechtigte im Sinne der Nummer 9 des Protokolls zu diesem Abkommen ist.

Artikel 32

Kündigung

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen vom fünften Jahr nach dem Jahr des Inkrafttretens an auf diplomatischem Weg unter Einhaltung einer Frist von mindestens sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen letztmals Anwendung auf

- a) die im Abzugsweg erhobenen Steuern von den Einkünften, die bis zum 31. Dezember des Kündigungsjahrs zu zahlen sind;
- b) die anderen Einkommen- und Vermögensteuern, die für spätestens am 31. Dezember des genannten Jahres endende Veranlagungszeiträume erhoben werden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der beiden Staaten dieses Abkommen unterschrieben.

Geschehen zu Bonn am 18. Oktober 1989 in zwei Urschriften, jede in deutscher und italienischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik
Deutschland:

DR. HANS WERNER LAUTENSCHLAGER

DR. THEO WAIGEL

Für die Italienische
Republik:

RINO FORMICA

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

PROTOKOLL ZUM ABKOMMEN ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER ITALIENISCHEN REPUBLIK ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEuerung AUF DEM GEBIET DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN UND ZUR VERHINDERUNG DER STEUERVERKÜRZUNG

Anlässlich der Unterzeichnung des am heutigen Tage geschlossenen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Verhinderung der Steuerverkürzung haben die Unterzeichneten die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind.

(1) Zu Artikel 2

Es besteht Einverständnis darüber, daß bei Einführung einer Vermögensteuer in der Italienischen Republik das Abkommen auch auf diese Steuer Anwendung findet.

(2) Zu den Artikeln 4 bis 23

Eine Personengesellschaft gilt im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 als in dem Vertragsstaat ansässig, wenn sie nach dem Recht dieses Staates gegründet worden ist oder sich der Hauptgegenstand ihrer Tätigkeit in diesem Staat befindet. Die in den Artikeln 6 bis 23 vorgesehenen Beschränkungen des Besteuerungsrechts des anderen Vertragsstaats gelten jedoch nur insoweit, als die Einkünfte aus diesem Staat oder das dort gelegene Vermögen der Besteuerung im erstgenannten Staat unterworfen sind.

(3) Zu Artikel 4

Gilt eine natürliche Person in einem Vertragsstaat nur während eines Teils des Jahres und im anderen Vertragsstaat während des übrigen Jahres als ansässig im Sinne des Artikels 4 (Wohnsitzwechsel), so endet die Steuerpflicht, sofern für diese die Ansässigkeit maßgebend ist, im erstgenannten Staat mit Ablauf des Tages, an dem der Wohnsitzwechsel stattgefunden hat. Im anderen Staat beginnt die Steuerpflicht, sofern für diese die Ansässigkeit maßgebend ist, am Tag nach dem Wohnsitzwechsel.

(4) Zu den Artikeln 6 und 24

Bei der Besteuerung von Einkünften aus deutschem Grundvermögen im Sinne des Artikels 6, die in der Bundesrepublik Deutschland der Steuer unterliegen, wird die Italienische Republik die Steuerbemessungsgrundlagen, die der deutschen Besteuerung

zugrunde gelegt werden, übernehmen, soweit sich nicht nach italienischem Recht eine niedrigere Besteuerung ergibt.

(5) Zu Artikel 7

- a) Einer Betriebsstätte, die ganz oder teilweise aus einer Bauausführung oder Montage besteht, dürfen in dem Vertragsstaat, in dem sich die Betriebsstätte befindet, auf Grund ihrer Bau- oder Montagetätigkeit nur die sich aus dieser Tätigkeit unmittelbar ergebenden Gewinne zugerechnet werden. Ihr dürfen auf Grund dieser Tätigkeit insbesondere keine Gewinne zugerechnet werden, die aus einer mit dieser Tätigkeit im Zusammenhang stehenden oder davon unabhängig erfolgten Materiallieferung der Hauptbetriebsstätte oder einer anderen Betriebsstätte des Unternehmens oder einer dritten Person herrühren.
- b) Bei Verträgen, insbesondere Verträgen über die Planung, die Lieferung, den Einbau oder die Fertigung von Ausrüstungen gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Einrichtungen, oder bei öffentlichen Bauarbeiten werden, wenn das Unternehmen eine Betriebsstätte hat, die Gewinne der Betriebsstätte nicht unter Zugrundelegung des gesamten Vertragswerts, sondern nur unter Zugrundelegung desjenigen Teils des Vertrags ermittelt, der tatsächlich von der Betriebsstätte in dem Staat ausgeführt wird, in dem die Betriebsstätte liegt. Die Gewinne, die auf den Teil des Vertrags entfallen, der in dem Staat ausgeführt wird, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung befindet, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- c) In bezug auf Absatz 3 besteht Einverständnis darüber, daß der Ausdruck „die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen“ solche Aufwendungen bedeutet, die mit der eigentlichen Tätigkeit der Betriebsstätte tatsächlich zusammenhängen.

(6) Zu Artikel 8

Dieser Artikel ist auch für die Gewinne anzuwenden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats aus der Vermietung von Containern für die Beförderung von Gütern oder Waren im internationalen Verkehr bezieht.

(7) Zu Artikel 9

Berichtigt ein Vertragsstaat die Gewinne eines Unternehmens nach Artikel 9, so nimmt der andere Staat eine Gegenberichtigung der Gewinne des verbundenen Unternehmens in diesem anderen Staat vor, soweit er anerkennt, daß die Berichtigung Bedingungen entspricht, die zwischen unabhängigen Unternehmen vereinbart

worden wären. Die Gegenberichtigung wird nur gemäß den Bestimmungen des Artikels 26 über das Verständigungsverfahren und den diesbezüglichen Bestimmungen dieses Protokolls vorgenommen.

(8) Zu den Artikeln 10 und 11

Abweichend von den Artikeln 10 und 11 können Dividenden und Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie

- a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung oder der Einkünfte aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen im Sinne des Rechts der Bundesrepublik Deutschland) beruhen und
- b) bei der Gewinnermittlung des Schuldners der Dividenden oder Zinsen abzugsfähig sind.

(9) Zu den Artikeln 10, 11 und 12

Der Empfänger von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren ist Nutzungsberechtigter im Sinne der Artikel 10, 11 und 12, wenn ihm das diesen Zahlungen zugrundeliegende Recht zusteht und ihm die Einkünfte hieraus nach dem Steuerrecht beider Staaten zuzurechnen sind.

(10) Zu den Artikeln 10, 11, 12 und 22

In bezug auf Artikel 10 Absatz 7, Artikel 11 Absatz 5, Artikel 12 Absatz 5 und Artikel 22 Absatz 2 gilt, daß der darin enthaltene letzte Satz nicht so ausgelegt werden kann, daß die in den Artikeln 7 und 14 des Abkommens enthaltenen Grundsätze unberücksichtigt bleiben.

(11) Zu Artikel 11

Zinsen im Sinne des Artikels 11 Absatz 1, die für Darlehen jeder Art gezahlt werden, die ein Bankinstitut einem anderen Bankinstitut gewährt, sind in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, von der Steuer befreit. Wird das innerstaatliche Recht eines der Vertragsstaaten geändert, so können die zuständigen Behörden gemeinsam beraten, um die in der vorstehenden Bestimmung vorgesehene Befreiung zu ändern.

(12) Zu Artikel 13

Besteuert ein Vertragsstaat anlässlich des Wegzugs einer in diesem Staat ansässigen natürlichen Person den Wertzuwachs einer wesentlichen Beteiligung an einer in diesem Staat ansässigen

Gesellschaft, so legt der andere Staat im Falle einer späteren Veräußerung dieser Beteiligung, sofern er den Gewinn aus einer solchen Veräußerung nach Absatz 4 besteuert, als Anschaffungskosten für die Ermittlung des Veräußerungsgewinns den Betrag zugrunde, den der erstgenannte Staat als fiktiven Wert der Beteiligung im Zeitpunkt des Wegzugs der natürlichen Person ermittelt hat. Der Ausdruck „wesentliche Beteiligung“ bedeutet eine Beteiligung von mindestens 25 vom Hundert am Kapital der Gesellschaft.

(13) Zu den Artikeln 15 und 24

Ungeachtet des Artikels 15 können die Vergütungen, die ein in einem Vertragsstaat ansässiger Arbeitnehmer auf Grund einer unselbständigen Arbeit erhält, die er im anderen Vertragsstaat im Rahmen eines Vertrags mit einem Arbeitnehmersverleiher ausübt, im anderen Staat besteuert werden. Diese Vergütungen können ungeachtet des Artikels 24 auch in dem Staat besteuert werden, in dem der Arbeitnehmer ansässig ist. Dieser Staat rechnet die Steuer des anderen Staates nach den Grundsätzen des Artikels 24 Absatz 2 Buchstabe a oder Absatz 3 Buchstabe b an. Die Vertragsstaaten können die Zahlung der auf diese Vergütungen entfallenden Steuer nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts vom Verleiher oder vom Entleiher verlangen oder sie dafür haftbar machen.

(14) Zu Artikel 19

- a) Artikel 19 Absätze 1 und 2 sind auch auf die Vergütungen und Ruhegehälter anzuwenden, die das „Ente Nazionale Italiano per il Turismo (E.N.I.T.)“ und das „Istituto Nazionale per il Commercio Estero (I.C.E.)“ an ihre Bediensteten zahlen. Dieselben Bestimmungen sind auch auf die Vergütungen und Ruhegehälter anzuwenden, die die Deutsche Zentrale für Tourismus und die Deutsch-Italienische Handelskammer an ihre Bediensteten zahlen, sofern die Vergütungen und Ruhegehälter aus deutschen öffentlichen Kassen gezahlt werden und in der Bundesrepublik Deutschland der Besteuerung unterliegen.
- b) Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer i ist nur auf die nach dem 1. Januar 1990 geschlossenen Verträge anzuwenden.
- c) i) Artikel 19 Absatz 1 ist auch auf Vergütungen anzuwenden, die an Personen italienischer Staatsangehörigkeit (auch wenn sie zugleich die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen), die ihre Tätigkeit bei italienischen kulturellen Einrichtungen oder an Schulen ausüben, gezahlt werden, sofern diese Vergütungen aus italienischen öffentlichen Kassen

gezahlt werden und in der Italienischen Republik der Besteuerung unterliegen.

- ii) Artikel 19 Absatz 1 ist auch auf Vergütungen anzuwenden, die an Personen deutscher Staatsangehörigkeit (auch wenn sie zugleich die italienische Staatsangehörigkeit besitzen) gezahlt werden, die ihre Tätigkeit bei deutschen kulturellen Einrichtungen oder an Schulen ausüben, sofern diese Vergütungen aus deutschen öffentlichen Kassen gezahlt werden und in der Bundesrepublik Deutschland der Besteuerung unterliegen.
- d) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können die Bestimmungen dieses Artikels auch auf die Bediensteten anderer ähnlicher Einrichtungen ausdehnen.
 - e) Bei Ruhegehältern und allen anderen wiederkehrenden oder einmaligen Bezügen, die auf Grund der Sozialversicherungsgesetzgebung eines Vertragsstaats an Personen gezahlt werden, die im anderen Vertragsstaat ansässig sind und dessen Staatsangehörigkeit besitzen,
 - i) wird die italienische Steuer nur auf den Betrag erhoben, der nach deutschem Recht zu besteuern wäre, wenn der Empfänger in der Bundesrepublik Deutschland ansässig wäre;
 - ii) darf die nach deutschem Recht ermittelte Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer den Betrag nicht übersteigen, der der italienischen Steuer unterliegen würde.

Die zuständigen Behörden regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(15) Zu Artikel 22

Die Vergütungen, die von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für den Unterhalt einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person, auch eines Kindes, gezahlt werden, können nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(16) Zu Artikel 24

- a) Wird in der Italienischen Republik eine Vermögensteuer eingeführt, so wird die in Übereinstimmung mit dem Abkommen erhobene deutsche Vermögensteuer nach Artikel 24 Absatz 2 von der italienischen Vermögensteuer abgezogen.
- b) Verwendet eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb des anderen Vertragsstaats zur Ausschüttung von Dividenden, so schließt Artikel 24 die Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vor-

schriften des Steuerrechts des einen oder des anderen Vertragsstaats nicht aus.

- c) Der von einem Vertragsstaat nach Artikel 24 Absatz 2 oder Absatz 3 Buchstabe b anzurechnende Gesamtbetrag wird nicht ermäßigt, wenn der andere Vertragsstaat zum Ausgleich einer Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes seine im Abzugsweg erhobene Steuer auf Dividenden aufhebt.
- d) Für die Zwecke des Artikels 24 Absatz 3 Buchstabe a gelten die Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person als aus dem anderen Vertragsstaat stammend, wenn sie im anderen Vertragsstaat in Übereinstimmung mit dem Abkommen effektiv besteuert worden sind.
- e) Bezieht eine in einem der Vertragsstaaten ansässige Person zwischen dem 1. Januar 1989 und dem Zeitpunkt, ab dem das Abkommen nach Artikel 31 Absatz 2 anzuwenden ist, Einkünfte aus unselbständiger Arbeit im Sinne des Artikels 15 Absatz 2, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7 und 11 des Abkommens vom 31. Oktober 1925 auch in diesem Staat besteuert werden. Dieser Staat vermeidet eine Doppelbesteuerung dadurch, daß er die im Staate der Arbeitsausübung erhobene Steuer auf seine eigene Steuer von diesen Einkünften anrechnet. Die Grundsätze des Artikels 24 Absatz 2 und Absatz 3 Buchstabe b gelten entsprechend.

(17) Zu den Artikeln 24 und 6 bis 22

Es besteht Einverständnis darüber, daß die Artikel 24 und 6 bis 22 des Abkommens die Bundesrepublik Deutschland nicht hindern,

- a) bei deutschen Staatsangehörigen, die unter die §§ 2, 3 und 5 des Außensteuergesetzes vom 8. September 1972 fallen, aus der Bundesrepublik Deutschland stammende Einkünfte und dort belegenes Vermögen nach den Vorschriften des deutschen Steuerrechts zu besteuern; dies gilt auch für deutsche Staatsangehörige, die nach Artikel 4 Absatz 2 des Abkommens als in der Italienischen Republik ansässig gelten und lediglich deshalb nicht unter die §§ 2, 3 und 5 des Außensteuergesetzes vom 8. September 1972 fallen, weil sie in der Bundesrepublik Deutschland noch einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Hierbei besteht Einverständnis darüber, daß die in der Italienischen Republik erhobene Einkommensteuer keine niedrige Besteuerung im Sinne des § 2 Absatz 2 Nummer 1 des Außensteuergesetzes vom 8. September 1972 darstellt. Das gilt nicht für Personen, die nur mit den Einkünften aus italienischen Quellen besteuert werden;

- b) die Beträge zu besteuern, die nach dem Vierten Teil des Außensteuergesetzes vom 8. September 1972 einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person zuzurechnen sind.

Die Besteuerung dieser Einkünfte oder dieser Vermögenswerte durch die Italienische Republik nach den Bestimmungen des Abkommens bleiben hiervon unberührt.

Die Bundesrepublik Deutschland rechnet in entsprechender Anwendung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die italienische Steuer an, die nach den Bestimmungen des Abkommens von diesen Einkünften oder Vermögenswerten erhoben wird. Die deutsche Steuer kann jedoch in der Höhe erhoben werden, wie sie sich aus der Anwendung des Abkommens ergäbe.

(18) Zu den Artikeln 24 und 26

In bezug auf Artikel 24 Absatz 3 und Artikel 26 gilt folgende Regelung: Werden Einkünfte in der Italienischen Republik und in der Bundesrepublik Deutschland unterschiedlich qualifiziert oder unterschiedlich zugerechnet und kann dieser Unterschied nicht durch ein Verständigungsverfahren nach Artikel 26 beseitigt werden, so gilt folgendes:

- a) Würden die betreffenden Einkünfte doppelt besteuert, so vermeidet die Bundesrepublik Deutschland diese Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach den Grundsätzen des Artikels 24 Absatz 3 Buchstabe b;
- b) würden die betreffenden Einkünfte in der Italienischen Republik nicht oder nur ermäßigt besteuert und gleichzeitig von der deutschen Steuer befreit, so gewährt die Bundesrepublik Deutschland für diese Einkünfte nicht eine Steuerbefreiung nach Artikel 24 Absatz 3 Buchstabe a, sondern eine Steueranrechnung nach den Grundsätzen des Artikels 24 Absatz 3 Buchstabe b.

(19) Zu Artikel 26

Der Ausdruck „unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht ... vorgesehenen Rechtsmittel“ in Artikel 26 Absatz 1 bedeutet, daß die Eröffnung des Verständigungsverfahrens das innerstaatliche Rechtsmittel nicht ersetzen kann.

(20) Zu Artikel 27

In bezug auf den in Artikel 27 vorgesehenen Informationsaustausch besteht Einverständnis darüber, daß dieser Austausch nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts beider Vertragsstaa-

ten erfolgt, durch das die Richtlinie 77/799/EWG vom 19. Dezember 1977 über die gegenseitige Amtshilfe zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten im Bereich der direkten Steuern umgesetzt worden ist oder zukünftige EWG-Richtlinien auf diesem Gebiet umgesetzt werden.

(21) Zu Artikel 29

- a) Der Quellensteuerabzug für Lizenzgebühren nach Artikel 12 des Abkommens kann auf Antrag des Gläubigers der Lizenzgebühren zu dem im Abkommen vorgesehenen Satz statt dem im innerstaatlichen Recht der Vertragsstaaten vorgesehenen Satz vorgenommen werden. Der Antrag kann jedoch auch vom Schuldner der Lizenzgebühren oder von einem Dritten gestellt werden, wenn diese von dem Gläubiger hierzu schriftlich bevollmächtigt sind und die Vollmacht der zuständigen Steuerbehörde vorgelegt wird. Für die Anträge sind die hierzu vorgesehenen Vordrucke zu verwenden, die vollständig ausgefüllt, unterschrieben und mit der Wohnsitzbestätigung des Staates, in dem der beschränkt steuerpflichtige Gläubiger der Lizenzgebühren ansässig ist, versehen sein müssen.

Für alle anderen Einkünfte, die einem Quellensteuerabzug unterliegen, kann ein ähnliches Verfahren nach Artikel 29 Absatz 3 eingeführt werden.

- b) Artikel 29 Absatz 3 schließt nicht die Auslegung aus, wonach die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten in gegenseitigem Einvernehmen auch andere Verfahren für die Anwendung der Steuerermäßigungen, zu denen das Abkommen berechtigt, festlegen können.

(22) Zu Artikel 31

- a) Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe g findet nur auf Bauausführungen und Montagen Anwendung, die nach Inkrafttreten des Abkommens begonnen werden.
- b) Abweichend von Artikel 31 Absatz 2 Buchstabe a des Abkommens findet Nummer 16 Buchstabe e dieses Protokolls ab 1. Januar 1989 Anwendung.

(23) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, die besonderen Schwierigkeiten, die sich ergeben können, wenn das Abkommen zu einer neuen Aufteilung der Besteuerungsrechte führt, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Dies gilt auch in den Fällen, in denen das alte Abkommen unterschiedlich ausgelegt wurde.

Geschehen zu Bonn am 18. Oktober 1989 in zwei Urschriften,
jede in deutscher und italienischer Sprache, wobei jeder Wortlaut
gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik
Deutschland:

Dr. HANS WERNER LAUTENSCHLAGER

Dr. THEO WAIGEL

Für die Italienische
Republik:

RINO FORMICA

[ITALIAN TEXT — TEXTE ITALIEN]

CONVENZIONE TRA LA REPUBBLICA FEDERALE DI GERMANIA
E LA REPUBBLICA ITALIANA PER EVITARE LE DOPPIE IM-
POSIZIONI IN MATERIA DI IMPOSTE SUL REDDITO E SUL
PATRIMONIO E PREVENIRE LE EVASIONI FISCALI

La Repubblica federale di Germania

e

la Repubblica italiana,

desiderose di evitare le doppie imposizioni in materia di imposte sul reddito e sul patrimonio e di prevenire le evasioni fiscali mediante una nuova Convenzione,

hanno convenuto le seguenti disposizioni:

Articolo 1

Soggetti

La presente Convenzione si applica alle persone che sono residenti di uno o di entrambi gli Stati contraenti.

Articolo 2

Imposte considerate

1. La presente Convenzione si applica alle imposte sul reddito e sul patrimonio prelevate per conto di uno Stato contraente, di un Land, di una loro suddivisione politica o amministrativa e di un loro ente locale, qualunque sia il sistema di prelevamento.

2. Sono considerate imposte sul reddito e sul patrimonio le imposte prelevate sul reddito complessivo, sul patrimonio complessivo o su elementi del reddito o del patrimonio, comprese le imposte sugli utili derivanti dall'alienazione di beni mobili o immobili, le imposte sull'ammontare complessivo dei salari pagati dalle imprese, nonché le imposte sui plusvalori.

3. Le imposte attuali cui si applica la Convenzione sono:

- a) per quanto concerne la Repubblica italiana:
 - i) l'imposta sul reddito delle persone fisiche,
 - ii) l'imposta sul reddito delle persone giuridiche
 - iii) e l'imposta locale sui redditi,

ancorché riscosse mediante ritenuta alla fonte (qui di seguito indicate quali «imposta italiana»);

- b) per quanto concerne la Repubblica federale di Germania:
 - i) l'imposta sul reddito (Einkommensteuer),
 - ii) l'imposta sulle società (Körperschaftsteuer),
 - iii) l'imposta sul patrimonio (Vermögensteuer),
 - iv) l'imposta sulle attività commerciali, industriali e artigianali (Gewerbesteuer),
 - v) e l'imposta fondiaria (Grundsteuer)(qui di seguito indicate quali «imposta tedesca»).

4. La Convenzione si applica anche alle imposte di natura identica o analoga che si aggiungeranno, dopo la data della firma della presente Convenzione, alle imposte considerate al paragrafo 3 o che le sostituiranno. Le autorità competenti degli Stati contraenti si comunicheranno le modifiche sostanziali apportate alle rispettive legislazioni fiscali.

Articolo 3

Definizioni generali

1. Ai fini della presente Convenzione, a meno che il contesto non richieda una diversa interpretazione:

- a) le espressioni «uno Stato contraente» e «l'altro Stato contraente» designano, come il contesto richiede, la Repubblica italiana o la Repubblica federale di Germania;
- b) l'espressione «Repubblica italiana», utilizzata in senso geografico, designa il territorio in cui è in vigore la legislazione fiscale della Repubblica italiana;
- c) l'espressione «Repubblica federale di Germania», utilizzata in senso geografico, designa il territorio in cui è in vigore la legislazione fiscale della Repubblica federale di Germania;
- d) il termine «persona» comprende le persone fisiche, le società ed ogni altra associazione di persone;
- e) il termine «società» designa qualsiasi persona giuridica o qualsiasi ente che è considerato persona giuridica ai fini dell'imposizione;
- f) le espressioni «impresa di uno Stato contraente» e «impresa dell'altro Stato contraente» designano rispettivamente un'impresa esercitata da un residente di uno Stato contraente e

un'impresa esercitata da un residente dell'altro Stato contraente;

- g) l'espressione «traffico internazionale» designa qualsiasi trasporto effettuato per mezzo di una nave o di un aeromobile utilizzati da un'impresa la cui sede di direzione effettiva è situata in uno Stato contraente, ad eccezione del caso in cui la nave o l'aeromobile sia utilizzato esclusivamente tra località situate nell'altro Stato contraente;
- h) il termine «nazionali» designa:
- i) per quanto concerne la Repubblica italiana, le persone fisiche che hanno la nazionalità italiana;
 - ii) per quanto concerne la Repubblica federale di Germania, i tedeschi così come definiti all'articolo 116, paragrafo 1, della Legge fondamentale della Repubblica federale di Germania;
 - iii) le persone giuridiche, le società di persone e le altre associazioni di persone costituite in conformità della legislazione in vigore in uno Stato contraente;
- i) l'espressione «autorità competente» designa:
- i) in Italia: il Ministero delle Finanze;
 - ii) nella Repubblica federale di Germania: il Ministro federale delle Finanze.

2. Per l'applicazione della Convenzione da parte di uno Stato contraente, ogni espressione ivi non definita ha il significato che ad essa è attribuito dal diritto di tale Stato relativo alle imposte cui si applica la Convenzione, a meno che il contesto non richieda una diversa interpretazione.

Articolo 4

Residenza

1. Ai fini della presente Convenzione, l'espressione «residente di uno Stato contraente» designa ogni persona che, in virtù della legislazione di detto Stato, è assoggettata ad imposta nello stesso Stato a motivo del suo domicilio, della sua residenza, della sede della sua direzione e di ogni altro criterio di natura analoga. Tuttavia, tale espressione non comprende le persone che sono assoggettate ad imposta in questo Stato soltanto per il reddito proveniente da fonti situate in detto Stato o per il patrimonio ivi situato.

2. Quando, in base alle disposizioni del paragrafo 1, una persona fisica è un residente dei due Stati contraenti, la sua situazione è determinata nel modo seguente:

- a) detta persona è considerata residente dello Stato nel quale dispone di un'abitazione permanente; quando essa dispone di un'abitazione permanente nei due Stati, è considerata residente dello Stato con il quale le sue relazioni personali ed economiche sono più strette (centro degli interessi vitali);
- b) se non si può determinare lo Stato contraente nel quale detta persona ha il centro dei suoi interessi vitali, o se la medesima non ha un'abitazione permanente in alcuno degli Stati, essa è considerata residente dello Stato in cui soggiorna abitualmente;
- c) se detta persona soggiorna abitualmente in entrambi gli Stati oppure non soggiorna abitualmente in alcuno di essi, essa è considerata residente dello Stato del quale ha la nazionalità;
- d) se detta persona ha la nazionalità di entrambi gli Stati o se non ha la nazionalità di alcuno di essi, le autorità competenti degli Stati contraenti risolvono la questione di comune accordo.

3. Quando, in base alle disposizioni del paragrafo 1, una persona diversa da una persona fisica è residente di entrambi gli Stati contraenti, si ritiene che essa è residente dello Stato in cui si trova la sede della sua direzione effettiva.

Articolo 5

Stabile organizzazione

1. Ai fini della presente Convenzione, l'espressione «stabile organizzazione» designa una sede fissa di affari in cui l'impresa esercita in tutto o in parte la sua attività.

2. L'espressione «stabile organizzazione» comprende in particolare:

- a) una sede di direzione;
- b) una succursale;
- c) un ufficio;
- d) un'officina;
- e) un laboratorio;
- f) una miniera, una cava o altro luogo di estrazione di risorse naturali;
- g) un cantiere di costruzione o di montaggio la cui durata oltrepassa i dodici mesi.

3. Non si considera che vi sia una «stabile organizzazione» se:

- a) si fa uso di una installazione ai soli fini di deposito, di esposizione o di consegna di merci appartenenti all'impresa;
- b) le merci appartenenti all'impresa sono immagazzinate ai soli fini di deposito, di esposizione o di consegna;
- c) le merci appartenenti all'impresa sono immagazzinate ai soli fini della trasformazione da parte di un'altra impresa;
- d) una sede fissa di affari è utilizzata ai soli fini di acquistare merci o di raccogliere informazioni per l'impresa;
- e) una sede fissa di affari è utilizzata, per l'impresa, ai soli fini di pubblicità, di fornire informazioni, di ricerche scientifiche o di attività analoghe che abbiano carattere preparatorio o ausiliario.

4. Una persona che agisce in uno Stato contraente per conto di un'impresa dell'altro Stato contraente – diversa da un agente che goda di uno status indipendente, di cui al paragrafo 5 – è considerata «stabile organizzazione» nel primo Stato se dispone nello Stato stesso di poteri che esercita abitualmente e che le permettono di concludere contratti a nome dell'impresa, salvo il caso in cui l'attività di detta persona sia limitata all'acquisto di merci per l'impresa.

5. Non si considera che un'impresa di uno Stato contraente ha una stabile organizzazione nell'altro Stato contraente per il solo fatto che essa vi esercita la propria attività per mezzo di un mediatore, di un commissionario generale o di ogni altro intermediario che goda di uno status indipendente, a condizione che dette persone agiscano nell'ambito della loro ordinaria attività.

6. Il fatto che una società residente di uno Stato contraente controlli o sia controllata da una società residente dell'altro Stato contraente ovvero svolga la sua attività in questo altro Stato (sia per mezzo di una stabile organizzazione oppure no) non costituisce di per sé motivo sufficiente per far considerare una qualsiasi delle dette società una stabile organizzazione dell'altra.

Articolo 6

Redditi immobiliari

1. I redditi che un residente di uno Stato contraente ritrae da beni immobili (compresi i redditi delle attività agricole o forestali) situati nell'altro Stato contraente sono imponibili in detto altro Stato.

2. L'espressione «beni immobili» ha il significato che ad essa attribuisce il diritto dello Stato contraente in cui i beni stessi sono

situati. L'espressione comprende in ogni caso gli accessori, le scorte morte o vive delle attività agricole e forestali, nonché i diritti ai quali si applicano le disposizioni del diritto privato riguardanti la proprietà fondiaria. Si considerano altresì «beni immobili» l'usufrutto dei beni immobili e i diritti relativi a canoni variabili o fissi per lo sfruttamento o la concessione dello sfruttamento di giacimenti minerari, sorgenti ed altre risorse naturali. Le navi, i battelli e gli aeromobili non sono considerati beni immobili.

3. Le disposizioni del paragrafo 1 si applicano ai redditi derivanti dalla utilizzazione diretta, dalla locazione o dall'affitto, nonché da ogni altra forma di utilizzazione di beni immobili.

4. Le disposizioni dei paragrafi 1 e 3 si applicano anche ai redditi derivanti dai beni immobili di un'impresa nonché ai redditi dei beni immobili utilizzati per l'esercizio di una professione indipendente.

Articolo 7

Utili delle imprese

1. Gli utili di un'impresa di uno Stato contraente sono imponibili soltanto in detto Stato, a meno che l'impresa non svolga la sua attività nell'altro Stato contraente per mezzo di una stabile organizzazione ivi situata. Se l'impresa svolge in tal modo la sua attività, gli utili dell'impresa sono imponibili nell'altro Stato ma soltanto nella misura in cui detti utili sono attribuibili alla stabile organizzazione.

2. Fatte salve le disposizioni del paragrafo 3, quando un'impresa di uno Stato contraente svolge la sua attività nell'altro Stato contraente per mezzo di una stabile organizzazione ivi situata, in ciascuno Stato contraente vanno attribuiti a detta stabile organizzazione gli utili che essa avrebbe potuto conseguire se si fosse trattato di un'impresa distinta e separata svolgente attività identiche o analoghe in condizioni identiche o analoghe e in piena indipendenza dall'impresa di cui essa costituisce una stabile organizzazione.

3. Nella determinazione degli utili di una stabile organizzazione, sono ammesse in deduzione le spese sostenute per gli scopi perseguiti dalla stessa stabile organizzazione — comprese le spese di direzione e le spese generali di amministrazione — sia nello Stato in cui è situata la stabile organizzazione, sia altrove.

4. Qualora uno degli Stati contraenti segua la prassi di determinare gli utili da attribuire ad una stabile organizzazione in base al riparto degli utili complessivi dell'impresa fra le diverse parti di essa, le disposizioni del paragrafo 2 del presente articolo non impediscono a detto Stato contraente di determinare gli utili

imponibili secondo la ripartizione in uso; tuttavia, il metodo di riparto adottato dovrà essere tale che il risultato sia conforme ai principi contenuti nel presente articolo.

5. Nessun utile può essere attribuito ad una stabile organizzazione per il solo fatto che essa ha acquistato merci per l'impresa.

6. Ai fini dei paragrafi precedenti, gli utili da attribuire alla stabile organizzazione sono determinati annualmente con lo stesso metodo, a meno che non esistano validi e sufficienti motivi per procedere diversamente.

7. Quando gli utili comprendono elementi di reddito considerati separatamente in altri articoli della presente Convenzione, le disposizioni di tali articoli non vengono modificate da quelle del presente articolo.

Articolo 8

Navigazione marittima ed aerea

1. Gli utili derivanti dall'esercizio, in traffico internazionale, di navi o di aeromobili sono imponibili soltanto nello Stato contraente in cui è situata la sede della direzione effettiva dell'impresa.

2. Se la sede della direzione effettiva dell'impresa di navigazione marittima è situata a bordo di una nave, detta sede si considera situata nello Stato contraente in cui si trova il porto d'immatricolazione della nave, oppure, in mancanza di un porto d'immatricolazione, nello Stato contraente di cui è residente l'esercente la nave.

3. Le disposizioni del paragrafo 1 si applicano parimenti agli utili derivanti dalla partecipazione ad un fondo comune («pool»), a un esercizio in comune o ad un organismo internazionale di esercizio.

Articolo 9

Imprese associate

Allorché

- a) un'impresa di uno Stato contraente partecipa, direttamente o indirettamente alla direzione, al controllo o al capitale di un'impresa dell'altro Stato contraente, o
- b) le medesime persone partecipano direttamente o indirettamente alla direzione, al controllo o al capitale di un'impresa di uno Stato contraente e di un'impresa dell'altro Stato contraente,

e, nell'uno e nell'altro caso, le due imprese, nelle loro relazioni commerciali o finanziarie, sono vincolate da condizioni convenute

o imposte, diverse da quelle che sarebbero state convenute tra imprese indipendenti, gli utili che in mancanza di tali condizioni sarebbero stati realizzati da una delle imprese, ma che a causa di dette condizioni non lo sono stati, possono essere inclusi negli utili di questa impresa e tassati in conseguenza.

Articolo 10

Dividendi

1. I dividendi pagati da una società residente di uno Stato contraente ad un residente dell'altro Stato contraente sono imponibili in detto altro Stato.

2. Tuttavia, tali dividendi possono essere tassati anche nello Stato contraente di cui la società che paga i dividendi è residente, ed in conformità alla legislazione di detto Stato, ma se la persona che percepisce i dividendi ne è l'effettivo beneficiario, l'imposta così applicata non può eccedere il 15 per cento dell'ammontare lordo dei dividendi.

Questo paragrafo non riguarda l'imposizione della società per gli utili con i quali sono stati pagati i dividendi.

Le autorità competenti degli Stati contraenti stabiliranno di comune accordo le modalità di applicazione di tale limitazione.

3. In deroga al paragrafo 2, l'imposta sui dividendi pagati da una società di capitali residente della Repubblica italiana ad una società residente della Repubblica federale di Germania che detiene direttamente almeno il 25 per cento del capitale sociale della prima società non può eccedere il 10 per cento dell'ammontare lordo dei dividendi.

4. Le persone residenti dell'Italia che non sono sottoposte, ai sensi della legislazione fiscale della Repubblica federale di Germania, all'obbligazione tributaria illimitata sui dividendi loro versati da una società residente della Repubblica federale di Germania, hanno diritto al rimborso dell'imposta di conguaglio compresa nell'ambito dell'imposta sulle società («Vergütung des Erhöhungsbetrags»), tenendo conto delle norme del paragrafo 52 – Körperschaftsteuergesetz della Repubblica federale di Germania.

5. Una società della Repubblica federale di Germania che detiene direttamente almeno il 25 per cento del capitale sociale di una società di capitali residente della Repubblica italiana e che riceve dei dividendi distribuiti da quest'ultima società ha diritto al rimborso dell'ammontare corrispondente alla maggiorazione di conguaglio afferente tali dividendi quando la stessa è stata effettivamente versata dalla società in relazione a detti dividendi, fatta

salva la deduzione dell'imposta prevista al paragrafo 3 del presente articolo. Detto rimborso deve essere richiesto, nei termini previsti dalla legislazione italiana, per il tramite della società distributrice che, in questo caso, agisce in nome e per conto della società residente della Repubblica federale di Germania.

Detta disposizione si applica ai dividendi la cui distribuzione è stata deliberata a decorrere dalla data di entrata in vigore della Convenzione.

La società distributrice può pagare l'ammontare rimborsabile ad una società della Repubblica federale di Germania al momento del pagamento dei dividendi a quest'ultima spettanti e detrarre l'importo nella prima dichiarazione dei redditi successiva a detto pagamento.

Una società della Repubblica federale di Germania ha diritto al pagamento dell'ammontare corrispondente alla maggiorazione di conguaglio qualora sia il beneficiario effettivo dei dividendi alla data della delibera di distribuzione dei dividendi ed abbia posseduto le azioni durante un periodo di almeno dodici mesi antecedente tale data.

Nel caso di una successiva rettifica in aumento del reddito imponibile della società distributrice o nel caso di un recupero a tassazione di riserve o di altri fondi, la riduzione dell'imposta dovuta dalla società per il periodo fiscale nel corso del quale la rettifica è divenuta definitiva è limitata alla parte dell'imposta relativa ai dividendi assoggettati alla maggiorazione di conguaglio (ed effettivamente versata all'Erario).

6. Ai fini del presente articolo il termine «dividendi» designa:

- a) gli utili distribuiti su azioni, compresi i redditi derivanti da azioni, azioni o diritti di godimento, quote minerarie, quote di fondatore o altre quote di partecipazione agli utili (ivi compresi quelli derivanti da partecipazioni in società a responsabilità limitata) ad eccezione dei crediti, e
- b) gli altri redditi assoggettati al medesimo regime fiscale degli utili distribuiti su azioni secondo la legislazione dello Stato di cui la società distributrice è residente e, ai fini dell'imposizione nella Repubblica federale di Germania, i redditi che uno «*stiller Gesellschafter*» (accomandatario) ai sensi della legislazione fiscale tedesca ritrae dalla sua partecipazione in tale qualità in un'impresa commerciale, industriale o artigianale, nonché le distribuzioni relative a quote di un fondo d'investimento.

7. Le disposizioni dei paragrafi da 1 a 3 non si applicano nel caso in cui il beneficiario dei dividendi, residente di uno Stato

contraente, eserciti nell'altro Stato contraente, di cui è residente la società che paga i dividendi, sia un'attività commerciale o industriale per mezzo di una stabile organizzazione ivi situata, sia una professione indipendente mediante una base fissa ivi situata, e la partecipazione generatrice dei dividendi si ricollegli effettivamente ad esse. In tal caso, i dividendi sono imponibili in detto altro Stato contraente secondo la propria legislazione interna.

8. Qualora una società residente di uno Stato contraente ricavi utili o redditi dall'altro Stato contraente, detto altro Stato non può applicare alcuna imposta sui dividendi pagati dalla società, a meno che tali dividendi siano pagati ad un residente di detto altro Stato o a una stabile organizzazione o a una base fissa situata in detto altro Stato, né prelevare alcuna imposta, a titolo di imposizione degli utili non distribuiti, sugli utili non distribuiti della società, anche se i dividendi pagati o gli utili non distribuiti costituiscano in tutto o in parte utili o redditi realizzati in detto altro Stato.

Articolo 11

Interessi

1. Gli interessi provenienti da uno Stato contraente e pagati ad un residente dell'altro Stato contraente sono imponibili in detto altro Stato.

2. Tuttavia, tali interessi sono imponibili anche nello Stato contraente dal quale essi provengono ed in conformità alla legislazione di detto Stato, ma, se la persona che percepisce gli interessi ne è l'effettivo beneficiario, l'imposta così applicata non può eccedere il 10 per cento dell'ammontare lordo degli interessi.

Le autorità competenti degli Stati contraenti regoleranno di comune accordo le modalità di applicazione di tale limitazione.

3. Nonostante le disposizioni del paragrafo 2, gli interessi di cui al paragrafo 1 sono imponibili soltanto nello Stato contraente di cui la persona che riceve gli interessi è residente, se detta persona è il beneficiario effettivo di tali interessi e se gli stessi sono pagati:

- a) in connessione con la vendita a credito di merci consegnate da un'impresa ad un'altra impresa,
- b) in connessione con la vendita a credito di un'attrezzatura industriale, commerciale o scientifica,
- c) in forza di un'obbligazione, di una cambiale, di un buono o di un altro analogo titolo del Governo di uno Stato contraente o di

un Land, o di una delle loro suddivisioni politiche o amministrative, o enti locali, o

- d) al Governo di uno Stato contraente o di un Land, o ad una delle loro suddivisioni politiche o amministrative, oppure alla banca centrale di uno Stato contraente.

4. Ai fini del presente articolo il termine «interessi» designa i redditi dei titoli del debito pubblico, delle obbligazioni di prestiti, garantiti o non da ipoteca e portanti o meno una clausola di partecipazione agli utili, e dei crediti di qualsiasi natura, nonché ogni altro provento assimilabile ai redditi di somme date in prestito in base alla legislazione fiscale dello Stato da cui i redditi provengono. Tuttavia, il termine «interessi» non comprende i redditi contemplati dall'articolo 10.

5. Le disposizioni dei paragrafi 1, 2 e 3 non si applicano nel caso in cui il beneficiario degli interessi, residente di uno Stato contraente, eserciti nell'altro Stato contraente dal quale provengono gli interessi, sia un'attività commerciale o industriale per mezzo di una stabile organizzazione ivi situata, sia una professione indipendente mediante una base fissa ivi situata ed il credito generatore degli interessi si ricollegli effettivamente ad esse. In tal caso, gli interessi sono imponibili in detto altro Stato contraente secondo la propria legislazione interna.

6. Gli interessi si considerano provenienti da uno Stato contraente quando il debitore è lo Stato stesso, un Land, una suddivisione politica o amministrativa, un ente locale o un residente di detto Stato. Tuttavia, quando il debitore degli interessi, sia esso residente o non di uno Stato contraente, ha in uno Stato contraente una stabile organizzazione, o una base fissa, per le cui necessità è stato contratto il debito generatore degli interessi, e che ne sopporta l'onere, si considerano provenienti dallo Stato contraente in cui è situata la stabile organizzazione o la base fissa.

7. Se, in conseguenza di particolari relazioni esistenti tra debitore e beneficiario effettivo o tra ciascuno di essi e terze persone, l'ammontare degli interessi pagati, tenuto conto del credito per il quale sono pagati, eccede quello che sarebbe stato convenuto tra debitore e beneficiario effettivo in assenza di simili relazioni, le disposizioni del presente articolo si applicano soltanto a quest'ultimo ammontare. In tal caso, la parte eccedente dei pagamenti è imponibile in conformità alla legislazione di ciascuno Stato contraente e tenuto conto delle altre disposizioni della presente Convenzione.

Articolo 12

Canoni

1. I canoni provenienti da uno Stato contraente e pagati ad un residente dell'altro Stato contraente sono imponibili in detto altro Stato.

2. Tuttavia, tali canoni sono imponibili anche nello Stato contraente dal quale essi provengono ed in conformità alla legislazione di detto Stato, ma, se la persona che percepisce i canoni ne è l'effettivo beneficiario, l'imposta così applicata non può eccedere il 5 per cento dell'ammontare lordo dei canoni.

Le autorità competenti degli Stati contraenti regoleranno di comune accordo le modalità di applicazione di tale limitazione.

3. Nonostante le disposizioni del paragrafo 2, i canoni a titolo di diritto d'autore e gli altri analoghi compensi relativi alla produzione o riproduzione di opere letterarie, drammatiche, musicali o artistiche, ivi comprese le pellicole cinematografiche e le pellicole o registrazioni per trasmissioni radiofoniche e televisive, provenienti da uno Stato contraente e pagati ad un residente dell'altro Stato contraente che ne è il beneficiario effettivo sono imponibili soltanto in detto altro Stato.

4. Ai fini del presente articolo il termine «canoni» designa i compensi di qualsiasi natura corrisposti per l'uso o la concessione in uso di un diritto di autore su opere letterarie, artistiche o scientifiche, ivi comprese le pellicole cinematografiche e le pellicole o registrazioni per trasmissioni radiofoniche o televisive, di brevetti, marchi di fabbrica o di commercio, disegni o modelli, progetti, formule o processi segreti, nonché per l'uso o la concessione in uso di attrezzature industriali, commerciali o scientifiche e per informazioni concernenti esperienze di carattere industriale, commerciale o scientifico.

5. Le disposizioni dei paragrafi da 1 a 3 non si applicano nel caso in cui il beneficiario effettivo dei canoni, residente di uno Stato contraente, eserciti nell'altro Stato contraente dal quale provengono i canoni sia un'attività industriale o commerciale per mezzo di una stabile organizzazione ivi situata, sia una professione indipendente mediante una base fissa ivi situata, ed i diritti o i beni generatori dei canoni si ricolleghino effettivamente ad esse. In tal caso, i canoni sono imponibili in detto altro Stato contraente secondo la propria legislazione interna.

6. I canoni si considerano provenienti da uno Stato contraente quando il debitore è lo Stato stesso, un Land, una suddivisione politica o amministrativa, un ente locale o un residente di detto Stato. Tuttavia, quando il debitore dei canoni, sia esso residente o no di uno Stato contraente, ha in uno Stato contraente una stabile

organizzazione o una base fissa, cui si ricollegli l'obbligazione del pagamento dei canoni e che ne sopporta l'onere, i canoni stessi si considerano provenienti dallo Stato in cui è situata la stabile organizzazione, o la base fissa.

7. Se, in conseguenza di particolari relazioni esistenti tra debitore e beneficiario effettivo o tra ciascuno di essi e terze persone, l'ammontare dei canoni, tenuto conto della prestazione per la quale sono pagati, eccede quello che sarebbe stato convenuto tra debitore e beneficiario effettivo in assenza di simili relazioni, le disposizioni del presente articolo si applicano soltanto a quest'ultimo ammontare. In tal caso, la parte eccedente dei pagamenti è imponibile in conformità alla legislazione di ciascuno Stato contraente e tenuto conto delle altre disposizioni della presente Convenzione.

Articolo 13

Utili di capitale

1. Gli utili che un residente di uno Stato contraente ritrae dall'alienazione di beni immobili previsti all'articolo 6 e situati nell'altro Stato contraente sono imponibili in detto altro Stato.

2. Gli utili derivanti dall'alienazione di beni mobili facenti parte dell'attivo di una stabile organizzazione che un'impresa di uno Stato contraente ha nell'altro Stato, ovvero di beni mobili appartenenti ad una base fissa di cui dispone un residente di uno Stato contraente nell'altro Stato contraente per l'esercizio di una professione indipendente, compresi gli utili derivanti dall'alienazione di detta stabile organizzazione (da sola od in uno con l'intera impresa), o di detta base fissa, sono imponibili in detto altro Stato.

3. Gli utili derivanti dall'alienazione di navi o di aeromobili utilizzati in traffico internazionale, nonché di beni mobili destinati all'esercizio di dette navi, od aeromobili, sono imponibili soltanto nello Stato contraente in cui è situata la sede della direzione effettiva dell'impresa.

4. Gli utili derivanti dall'alienazione di ogni altro bene diverso da quelli menzionati ai paragrafi 1, 2 e 3 sono imponibili soltanto nello Stato contraente di cui l'alienante è residente.

Articolo 14

Professioni indipendenti

1. I redditi che un residente di uno Stato contraente ritrae dall'esercizio di una libera professione o da altre attività di carattere indipendente sono imponibili soltanto in detto Stato, a meno

che detto residente non disponga abitualmente nell'altro Stato contraente di una base fissa per l'esercizio delle sue attività. Se egli dispone di tale base fissa, i redditi sono imponibili nell'altro Stato, ma soltanto nella misura in cui sono imputabili a detta base fissa.

2. L'espressione «libera professione» comprende in particolare le attività indipendenti di carattere scientifico, letterario, artistico, educativo o pedagogico, nonché le attività indipendenti dei medici, avvocati, ingegneri, architetti, dentisti e contabili.

Articolo 15

Lavoro subordinato

1. Fatte salve le disposizioni degli articoli 16, 18 e 19, i salari, gli stipendi e le altre remunerazioni analoghe che un residente di uno Stato contraente riceve in corrispettivo di un'attività dipendente sono imponibili soltanto in detto Stato, a meno che tale attività non venga svolta nell'altro Stato contraente. Se l'attività è quivi svolta, le remunerazioni percepite a tal titolo sono imponibili in questo altro Stato.

2. Nonostante le disposizioni del paragrafo 1, le remunerazioni che un residente di uno Stato contraente riceve in corrispettivo di un'attività dipendente svolta nell'altro Stato contraente sono imponibili soltanto nel primo Stato se:

- a) il beneficiario soggiorna nell'altro Stato per un periodo o periodi che non oltrepassano in totale 183 giorni nel corso dell'anno fiscale considerato, e
- b) le remunerazioni sono pagate da o per conto di un datore di lavoro che non è residente dell'altro Stato, e
- c) l'onere delle remunerazioni non è sostenuto da una stabile organizzazione o da una base fissa che il datore di lavoro ha nell'altro Stato.

3. Nonostante le precedenti disposizioni del presente articolo le remunerazioni ricevute in corrispettivo di un'attività dipendente svolta a bordo di navi o di aeromobili utilizzati in traffico internazionale sono imponibili nello Stato contraente in cui è situata la sede della direzione effettiva dell'impresa.

Articolo 16

Compensi e gettoni di presenza

Le partecipazioni agli utili, i gettoni di presenza ed altre analoghe retribuzioni che un residente di uno Stato contraente riceve

in qualità di membro del consiglio di amministrazione o del collegio sindacale di una società residente dell'altro Stato contraente sono imponibili in detto altro Stato.

Articolo 17

Artisti e sportivi

1. Nonostante le disposizioni degli articoli 7, 14 e 15, i redditi che un residente di uno Stato contraente ritrae dalle sue prestazioni personali esercitate nell'altro Stato contraente in qualità di artista dello spettacolo, quale un artista di teatro, del cinema, della radio o della televisione, o in qualità di musicista, nonché di sportivo, sono imponibili in detto altro Stato.

2. Quando i redditi derivanti da prestazioni che un artista dello spettacolo o uno sportivo esercita personalmente ed in tale qualità sono attribuiti ad una persona diversa dall'artista o dallo sportivo medesimo, detti redditi sono imponibili nello Stato contraente in cui le prestazioni dell'artista o dello sportivo sono esercitate, nonostante le disposizioni degli articoli 7, 14 e 15.

3. Le disposizioni dei paragrafi 1 e 2 non si applicano agli artisti professionisti dello spettacolo ed agli sportivi il cui soggiorno in uno Stato contraente è totalmente od essenzialmente finanziato con fondi pubblici dell'altro Stato contraente, di un Land, di una loro suddivisione politica o amministrativa o ente locale.

Articolo 18

Pensioni

Fatte salve le disposizioni dei paragrafi 2, 3 e 4 dell'articolo 19, le pensioni e le altre remunerazioni analoghe, pagate ad un residente di uno Stato contraente in relazione ad un cessato impiego, sono imponibili soltanto in questo Stato.

Articolo 19

Funzioni pubbliche

1. a) Le remunerazioni diverse dalle pensioni, pagate da uno Stato contraente, da un Land, da una loro suddivisione politica o amministrativa o ente locale ad una persona fisica, in corrispettivo di servizi resi a detto Stato, a detto Land o a detta suddivisione od ente locale, sono imponibili soltanto in questo Stato.
- b) Tuttavia, tali remunerazioni sono imponibili soltanto nello Stato in cui i servizi sono resi qualora il beneficiario delle remunerazioni sia un residente di detto Stato che:

- i) abbia la nazionalità di detto Stato, senza possedere quella dell'altro Stato, o
 - ii) senza avere la nazionalità dell'altro Stato, era un residente del primo Stato prima di rendervi i servizi.
2. a) Le pensioni corrisposte da uno Stato contraente, da un Land, da una loro suddivisione politica o amministrativa o ente locale, sia direttamente sia mediante prelevamento da fondi da essi costituiti, ad una persona fisica in corrispettivo di servizi resi a detto Stato, a detto Land o a detta suddivisione o ente locale, sono imponibili soltanto in questo Stato.
 - b) Tuttavia, tali pensioni sono imponibili soltanto nell'altro Stato contraente se il beneficiario è un residente di tale Stato e ne abbia la nazionalità senza avere la nazionalità dello Stato da dove provengono le pensioni.
3. Le disposizioni degli articoli 15, 16 e 18 si applicano alle remunerazioni e pensioni pagate in corrispettivo di servizi resi nell'ambito di un'attività industriale o commerciale esercitata da uno Stato contraente, da un Land, da una loro suddivisione politica o amministrativa o ente locale.

Tuttavia, le disposizioni dei paragrafi 1 e 2 si applicano alle remunerazioni e pensioni corrisposte al proprio personale dai servizi od enti seguenti:

 - a) per quanto concerne la Repubblica italiana:
 - la Banca d'Italia,
 - le Ferrovie dello Stato (F.S.)
 - l'Amministrazione delle Poste e delle Telecomunicazioni (PP.TT.),
 - b) per quanto concerne la Repubblica federale di Germania:
 - la «Deutsche Bundesbank»,
 - la «Deutsche Bundesbahn»,
 - la «Deutsche Bundespost».
4. Le pensioni ed ogni altro assegno, periodico o non, pagati in base alla legislazione sulla sicurezza sociale di uno Stato contraente da parte di detto Stato, di un Land o da una loro suddivisione politica o amministrativa o ente locale o persona giuridica di diritto pubblico, sono imponibili soltanto in detto Stato se il beneficiario ha la nazionalità di tale Stato senza possedere quella dell'altro Stato contraente.

5. Le indennità concesse sotto forma di pensioni, rendite vitalizie ed altre prestazioni periodiche o non, da parte di uno Stato contraente, di un Land o da una loro suddivisione politica o amministrativa o ente locale a titolo di risarcimento di danni subiti a seguito di attività di guerra o di persecuzioni politiche sono imponibili soltanto in detto Stato.

Articolo 20

Studenti ed apprendisti

Le somme che uno studente o un apprendista il quale è, o era immediatamente prima di recarsi in uno Stato contraente, un residente dell'altro Stato contraente e che soggiorna nel primo Stato al solo scopo di compiere i suoi studi o di attendere alla propria formazione, riceve per sopperire alle spese di mantenimento, di istruzione o di formazione, non sono imponibili in detto Stato, a condizione che tali somme provengano da fonti situate al di fuori di detto Stato.

Articolo 21

Insegnanti

Una persona fisica che, su invito sia di uno Stato contraente, che di un'università, di un istituto di insegnamento superiore, di una scuola, di un museo o di un'altra istituzione culturale di detto Stato contraente, ovvero nel quadro di uno scambio culturale a carattere ufficiale, soggiorna in tale Stato contraente per un periodo non superiore a due anni al solo scopo di insegnare, di tenere dei corsi o di svolgere ricerche in uno dei detti istituti, e che è un residente dell'altro Stato contraente o lo era immediatamente prima di soggiornare nel primo Stato, è esente da imposta in quest'ultimo Stato relativamente alle remunerazioni che percepisce per tali attività, a condizione che tali remunerazioni provengano da fonti situate al di fuori di detto Stato.

Articolo 22

Altri redditi

1. Gli elementi di reddito di un residente di uno Stato contraente, di qualsiasi provenienza, che non sono trattati nei precedenti articoli della presente Convenzione, sono imponibili soltanto in questo Stato.

2. Le disposizioni del paragrafo 1 non si applicano ai redditi diversi da quelli provenienti da beni immobili, così come definiti al paragrafo 2 dell'articolo 6, nel caso in cui il beneficiario di tali redditi, residente di uno Stato contraente, eserciti nell'altro Stato

contraente sia un'attività commerciale o industriale per mezzo di una stabile organizzazione ivi situata, sia una professione indipendente mediante una base fissa ivi situata, e il diritto o il bene generatore dei redditi si ricollegli effettivamente ad esse. In tal caso, gli elementi di reddito sono imponibili in detto altro Stato contraente secondo la propria legislazione interna.

Articolo 23

Patrimonio

1. Il patrimonio costituito dai beni immobili previsti all'articolo 6, posseduti da un residente di uno Stato contraente e situati nell'altro Stato contraente, è imponibile in detto altro Stato.

2. Il patrimonio costituito da beni mobili facenti parte dell'attivo di una stabile organizzazione che un'impresa di uno Stato contraente ha nell'altro Stato contraente, o da beni mobili appartenenti ad una base fissa di cui un residente di uno Stato contraente dispone nell'altro Stato contraente per l'esercizio di una professione indipendente, è imponibile in detto altro Stato.

3. Il patrimonio costituito da navi e da aeromobili impiegati in traffico internazionale, nonché dai beni mobili destinati al loro esercizio è imponibile soltanto nello Stato contraente in cui è situata la sede di direzione effettiva dell'impresa.

4. Ogni altro elemento del patrimonio di un residente di uno Stato contraente è imponibile soltanto in detto Stato.

Articolo 24

Disposizioni per evitare la doppia imposizione

1. Si conviene che la doppia imposizione sarà eliminata in conformità dei seguenti paragrafi del presente articolo.

2. a) Fatto salvo il capoverso b), se un residente della Repubblica italiana riceve elementi di reddito imponibili nella Repubblica federale di Germania, la Repubblica italiana, nel calcolare le proprie imposte sul reddito specificate nell'articolo 2 della presente Convenzione, può includere nella base imponibile di tali imposte detti elementi di reddito, a meno che espresse disposizioni della presente Convenzione non stabiliscano diversamente.

In tal caso, la Repubblica italiana deve dedurre dalle imposte così calcolate l'imposta sui redditi pagata nella Repubblica federale di Germania, (ivi compresa, se del caso, l'imposta sulle attività commerciali, industriali ed artigianali nei limiti in cui essa sia prelevata sugli utili), ma

l'ammontare della deduzione non può eccedere la quota di imposta italiana attribuibile ai predetti elementi di reddito nella proporzione in cui gli stessi concorrono alla formazione del reddito complessivo.

Tuttavia, nessuna deduzione sarà accordata ove l'elemento di reddito venga assoggettato nella Repubblica italiana ad imposizione mediante ritenuta a titolo di imposta su richiesta del beneficiario di detto reddito in base alla legislazione italiana.

- b) Sono esclusi dalla base imponibile delle imposte italiane i redditi derivanti dai dividendi di cui all'articolo 10, paragrafo 6, capoverso a), pagati ad una società (diversa da una società di persone) residente della Repubblica italiana da parte di una società residente della Repubblica federale di Germania il cui capitale sociale è direttamente detenuto per almeno il 25 per cento dalla società italiana.

3. Per quanto concerne i residenti della Repubblica federale di Germania l'imposta sarà determinata nel modo seguente:

- a) fatte salve le disposizioni del capoverso b), sono esclusi dalla base imponibile dell'imposta tedesca i redditi provenienti dalla Repubblica italiana e gli elementi del patrimonio situati nella Repubblica italiana che sono imponibili nella Repubblica italiana in base alla presente Convenzione. Tuttavia, la Repubblica federale di Germania conserva il diritto di tener conto, nella determinazione dell'aliquota dell'imposta, dei redditi e degli elementi del patrimonio così esclusi.

Per quanto concerne i redditi derivanti dai dividendi di cui all'articolo 10, paragrafo 6, capoverso a), le disposizioni che precedono sono applicabili soltanto se i dividendi sono pagati ad una società (diversa da una società di persone) residente della Repubblica federale di Germania da parte di una società residente della Repubblica italiana il cui capitale è direttamente detenuto per almeno il 10 per cento dalla società tedesca.

Ai fini dell'imposizione del patrimonio sono parimenti escluse dalla base imponibile dell'imposta tedesca le partecipazioni i cui dividendi, in caso di distribuzione, sarebbero esclusi dalla base imponibile dell'imposta ai sensi della frase precedente.

- b) l'imposta italiana prelevata in conformità alla legislazione della Repubblica italiana ed alla presente Convenzione sui seguenti redditi provenienti dalla Repubblica italiana è detratta dall'imposta tedesca sul reddito o sulle società gravante su:
 - i) i dividendi di cui all'articolo 10 che non sono menzionati al capoverso a);

- ii) gli interessi di cui all'articolo 11;
- iii) i canoni di cui all'articolo 12;
- iv) i redditi e le remunerazioni menzionate agli articoli 16 e 17.

L'imposta italiana da detrarre in base a quanto precede non può tuttavia eccedere la quota dell'imposta tedesca calcolata prima della detrazione, corrispondente ai redditi imponibili nella Repubblica italiana.

Articolo 25

Non discriminazione

1. I nazionali di uno Stato contraente non sono assoggettati nell'altro Stato contraente ad alcuna imposizione od obbligo ad essa relativo, diversi o più onerosi di quelli cui sono o potranno essere assoggettati i nazionali di detto altro Stato che si trovino nella stessa situazione. La presente disposizione si applica altresì, nonostante le disposizioni dell'articolo 1, alle persone che non sono residenti di uno Stato contraente o di entrambi gli Stati contraenti. In particolare, i nazionali di uno Stato contraente che sono imponibili nell'altro Stato contraente beneficiano delle esenzioni, degli abbattimenti alla base, delle detrazioni e delle riduzioni d'imposta accordati per carichi di famiglia ai nazionali di detto altro Stato che si trovino nelle stesse condizioni.

2. L'imposizione di una stabile organizzazione che un'impresa di uno Stato contraente ha nell'altro Stato contraente non può essere in questo altro Stato meno favorevole dell'imposizione a carico delle imprese di detto altro Stato che svolgono la medesima attività. La presente disposizione non può essere interpretata nel senso che faccia obbligo ad uno degli Stati di accordare ai residenti dell'altro Stato le deduzioni personali, gli abbattimenti alla base e le riduzioni d'imposta che esso accorda ai propri residenti.

3. Fatta salva l'applicazione delle disposizioni dell'articolo 9, del paragrafo 7 dell'articolo 11 o del paragrafo 7 dell'articolo 12, gli interessi, i canoni ed altre spese pagati da un'impresa di uno Stato contraente ad un residente dell'altro Stato contraente sono deducibili, ai fini della determinazione degli utili imponibili di detta impresa, nelle stesse condizioni in cui sarebbero deducibili se fossero pagati ad un residente del primo Stato. Parimenti, i debiti di un'impresa di uno Stato contraente nei confronti di un residente dell'altro Stato contraente sono deducibili, ai fini della determinazione del patrimonio imponibile di detta impresa, nelle stesse

condizioni in cui sarebbero deducibili se fossero stati contratti nei confronti di un residente del primo Stato.

4. Le imprese di uno Stato contraente, il cui capitale è, in tutto o in parte, direttamente o indirettamente, posseduto o controllato da uno o più residenti dell'altro Stato contraente, non sono assoggettate nel primo Stato ad alcuna imposizione od obbligo ad essa relativo, diversi o più onerosi di quelli cui sono o potranno essere assoggettate le altre imprese della stessa natura del primo Stato.

5. Le disposizioni del presente articolo si applicano, nonostante le disposizioni dell'articolo 2, alle imposte di ogni genere o denominazione.

Articolo 26

Procedura amichevole

1. Quando una persona ritiene che le misure adottate da uno Stato contraente o da entrambi gli Stati contraenti comportano o comporteranno per lei un'imposizione non conforme alle disposizioni della presente Convenzione, essa può, indipendentemente dai ricorsi previsti dal diritto interno di detti Stati, sottoporre il caso all'autorità competente dello Stato contraente di cui è residente o, se il suo caso ricade nell'ambito di applicazione del paragrafo 1 dell'articolo 25, a quella dello Stato contraente di cui possiede la nazionalità. Il caso dovrà essere sottoposto entro i due anni che seguono la prima notificazione della misura che comporta un'imposizione non conforme alla Convenzione.

2. L'autorità competente, se il ricorso le appare fondato e se essa non è in grado di giungere ad una soddisfacente soluzione, farà del suo meglio per regolare il caso per via di amichevole composizione con l'autorità competente dell'altro Stato contraente, al fine di evitare una tassazione non conforme alla Convenzione.

3. Le autorità competenti degli Stati contraenti faranno del loro meglio per risolvere per via di amichevole composizione le difficoltà o i dubbi inerenti all'interpretazione o all'applicazione della Convenzione.

4. Le autorità competenti degli Stati contraenti potranno comunicare direttamente tra loro al fine di pervenire ad un accordo come indicato nei paragrafi precedenti. Qualora venga ritenuto che degli scambi verbali di opinione possano facilitare il raggiungimento di tale accordo, questi potranno aver luogo in seno ad una Commissione formata da rappresentanti delle autorità competenti degli Stati contraenti.

Articolo 27

Scambio di informazioni

1. Le autorità competenti degli Stati contraenti si scambieranno le informazioni necessarie per applicare le disposizioni della presente Convenzione o quelle della legislazione interna degli Stati contraenti relativa alle imposte previste dalla Convenzione nella misura in cui la tassazione che essa prevede non è contraria alla Convenzione, nonché per prevenire le evasioni fiscali. Lo scambio di informazioni non è limitato dall'articolo 1. Le informazioni ricevute da uno Stato contraente sono tenute segrete come le informazioni ottenute in applicazione della legislazione interna di detto Stato e saranno comunicate soltanto alle persone od autorità (ivi compresi i tribunali e gli organi amministrativi) incaricate dell'accertamento o della riscossione delle imposte che formano oggetto della Convenzione, delle procedure o dei procedimenti concernenti tali imposte, o delle decisioni di ricorsi relativi a tali imposte. Dette persone od autorità utilizzeranno tali informazioni soltanto per questi fini. Esse potranno servirsi di queste informazioni nel corso di udienze pubbliche di tribunali o nei giudizi, a condizione che l'autorità competente dell'altro Stato contraente non vi si opponga.

2. Le disposizioni del paragrafo 1 non possono in nessun caso essere interpretate nel senso di imporre ad uno Stato contraente l'obbligo:

- a) di adottare misure amministrative in deroga alla propria legislazione ed alla propria prassi amministrativa o a quelle dell'altro Stato contraente;
- b) di fornire informazioni che non potrebbero essere ottenute in base alla propria legislazione o nel quadro della propria normale prassi amministrativa o di quelle dell'altro Stato contraente;
- c) di fornire informazioni che potrebbero rivelare un segreto commerciale, industriale o professionale o un processo commerciale oppure informazioni la cui comunicazione sarebbe contraria all'ordine pubblico.

Articolo 28

Membri di missioni diplomatiche e di sedi consolari

Le disposizioni della presente Convenzione non pregiudicano i privilegi fiscali di cui beneficiano i membri di missioni diplomatiche o di sedi consolari in virtù delle regole generali del diritto internazionale o delle disposizioni di accordi particolari.

Articolo 29

Istanza di rimborso

1. Le imposte prelevate in uno degli Stati contraenti mediante ritenuta alla fonte sono rimborsate a richiesta dell'interessato o dello Stato di cui esso è residente qualora il diritto alla percezione di dette imposte sia limitato dalle disposizioni della presente Convenzione.

2. Le istanze di rimborso, da prodursi nell'osservanza dei termini stabiliti dalla legislazione dello Stato contraente tenuto ad effettuare il rimborso stesso, devono essere corredate di un attestato ufficiale dello Stato contraente di cui il contribuente è residente certificante che sussistono le condizioni richieste per avere diritto all'applicazione delle esenzioni o riduzioni previste dalla presente Convenzione.

3. Le autorità competenti degli Stati contraenti stabiliranno di comune accordo, conformemente alle disposizioni dell'articolo 26, le modalità di applicazione del presente articolo.

Articolo 30

Clausola di Berlino

La presente Convenzione si applicherà anche al Land di Berlino, salvo dichiarazione contraria effettuata dal Governo della Repubblica federale di Germania al Governo della Repubblica italiana entro i tre mesi successivi all'entrata in vigore della presente Convenzione.

Articolo 31

Entrata in vigore

1. La presente Convenzione sarà ratificata e gli strumenti di ratifica saranno scambiati a Roma non appena possibile.

2. La presente Convenzione entrerà in vigore un mese dopo la data dello scambio degli strumenti di ratifica e si applicherà:

- a) alle imposte sul reddito e sul patrimonio prelevate per i periodi d'imposta che iniziano il, o successivamente al, 1° gennaio dell'anno solare immediatamente successivo a quello nel corso del quale sono stati scambiati gli strumenti di ratifica;
- b) alle imposte prelevate mediante ritenuta alla fonte sui dividendi, sugli interessi e sui canoni versati il, o successivamente

al, 1° gennaio dell'anno solare immediatamente successivo a quello nel corso del quale sono stati scambiati gli strumenti di ratifica.

3. La Convenzione conclusa tra la Germania e l'Italia per evitare le doppie imposizioni e risolvere talune altre questioni in materia di imposte dirette firmata a Roma il 31 ottobre 1925 è abrogata con l'entrata in vigore della presente Convenzione e cessa di avere effetto per le imposte cui è applicabile la presente Convenzione conformemente al paragrafo 2. Parimenti avverrà per l'Accordo firmato a Roma il 17 settembre 1968 tra la Repubblica federale di Germania e la Repubblica italiana per evitare la doppia imposizione in materia di imposte dirette per le imprese di navigazione aerea.

4. Tuttavia, qualora le disposizioni della Convenzione del 31 ottobre 1925 prevedano un trattamento fiscale più favorevole di quello previsto dagli articoli 11 e 12 della presente Convenzione, dette disposizioni possono essere applicate, su istanza delle persone interessate, fino al 31 dicembre 1992, a condizione che la persona che riceve i redditi di cui trattasi ne sia il beneficiario effettivo ai sensi del numero 9 del Protocollo allegato alla presente Convenzione.

Articolo 32

Denuncia

La presente Convenzione rimarrà in vigore sino alla denuncia da parte di uno degli Stati contraenti. Ciascuno degli Stati contraenti può denunciare la Convenzione per via diplomatica con un preavviso minimo di sei mesi, prima della fine di ogni anno solare e a partire dal quinto anno successivo a quello della sua entrata in vigore. In questo caso, la Convenzione si applicherà per l'ultima volta:

- a) alle imposte prelevate mediante ritenuta alla fonte, sui redditi pagabili al più tardi il 31 dicembre dell'anno della denuncia;
- b) alle altre imposte prelevate sul reddito e sul patrimonio per i periodi d'imposta che terminano al più tardi il 31 dicembre dello stesso anno.

In fede di che, i plenipotenziari dei due Stati hanno firmato la presente Convenzione.

Fatta a Bonn il 18 ottobre 1989, in duplice esemplare, in lingua tedesca e italiana, i due testi facenti egualmente fede.

Per la Repubblica
federale di Germania:

Dr. HANS WERNER LAUTENSCHLAGER

Dr. THEO WAIGEL

Per la Repubblica
Italiana:

RINO FORMICA

[ITALIAN TEXT — TEXTE ITALIEN]

PROTOCOLLO ALLA CONVENZIONE TRA LA REPUBBLICA FEDERALE DI GERMANIA E LA REPUBBLICA ITALIANA PER EVITARE LE DOPPIE IMPOSIZIONI IN MATERIA DI IMPOSTE SUL REDDITO E SUL PATRIMONIO E PER PREVENIRE LE EVASIONI FISCALI

All'atto della firma della Convenzione conclusa in data odierna tra la Repubblica federale di Germania e la Repubblica italiana per evitare le doppie imposizioni in materia di imposte sul reddito e sul patrimonio e per prevenire le evasioni fiscali, i sottoscritti hanno concordato le seguenti disposizioni che formano parte integrante della Convenzione.

1. Ad articolo 2

Resta inteso che qualora venisse introdotta nella Repubblica italiana un'imposta sul patrimonio, la Convenzione si applicherà a tale imposta.

2. Ad articoli da 4 a 23

Una società di persone è considerata residente dello Stato contraente in base all'articolo 4, paragrafo 1, qualora sia stata costituita in conformità della legislazione di detto Stato od abbia in tale Stato l'oggetto principale della propria attività. Tuttavia, le limitazioni al diritto di imposizione dell'altro Stato contraente contenute negli articoli da 6 a 23 sono applicabili soltanto nella misura in cui i redditi provenienti da questo Stato o il patrimonio ivi situato sono assoggettati all'imposta del primo Stato.

3. Ad articolo 4

Se una persona fisica è considerata residente dello Stato contraente in base all'articolo 4 soltanto per una frazione dell'anno ed è considerata residente dell'altro Stato contraente per il resto dell'anno (cambio di residenza), l'assoggettamento all'imposta, nei limiti in cui esso dipenda dal luogo di residenza, termina nel primo Stato alla fine del giorno in cui è stato effettuato il cambio di domicilio. Nell'altro Stato, l'assoggettamento all'imposta, nei limiti in cui esso dipenda dal luogo di residenza, inizia il giorno successivo al cambio di domicilio.

4. Ad articoli 6 e 24

Per l'imposizione dei redditi derivanti da beni immobili tedeschi di cui all'articolo 6, che sono assoggettati ad imposta nella Repubblica federale di Germania, la Repubblica italiana riprenderà le basi imponibili utilizzate per l'imposizione tedesca, purché non ne risulti un'imposizione minore secondo il diritto italiano.

5. Ad articolo 7

- a) Ad una stabile organizzazione che consiste in tutto o in parte in un cantiere di costruzione o di montaggio possono essere attribuiti, per le sue attività di costruzione o di montaggio nello Stato contraente in cui è situata, soltanto gli utili derivanti direttamente dalle predette attività. In particolare, non possono essere ad essa attribuiti, a titolo di tali attività, gli utili risultanti da una consegna di materiale effettuata in connessione con le attività in questione o, indipendentemente da queste, da parte della stabile organizzazione principale o da un'altra stabile organizzazione dell'impresa o ancora da parte di una terza persona.
- b) Nel caso di contratti, in particolare di contratti di studio, di fornitura, di installazione o di costruzione di attrezzature di stabilimenti industriali, commerciali o scientifici, o di opere pubbliche, allorquando l'impresa ha una stabile organizzazione, gli utili di detta stabile organizzazione non sono determinati sulla base dell'ammontare globale del contratto, ma soltanto sulla base della parte di contratto effettivamente eseguita da tale stabile organizzazione nello Stato in cui la stessa è situata. Gli utili relativi alla parte del contratto eseguita nello Stato in cui è situata la sede di direzione effettiva sono imponibili soltanto in questo Stato.
- c) Resta inteso che per quanto concerne il paragrafo 3 dello articolo, per «spese sostenute per gli scopi perseguiti dalla stabile organizzazione», si intendono le spese direttamente connesse con l'attività propria della stabile organizzazione.

6. Ad articolo 8

Tale articolo si applica altresì agli utili che un'impresa di uno Stato contraente ritrae dalla locazione di contenitori utilizzati in traffico internazionale per il trasporto di merci.

7. Ad articolo 9

Se uno Stato contraente procede ad una rettifica degli utili di un'impresa in conformità all'articolo 9, l'altro Stato procede ad un aggiustamento corrispondente agli utili dell'impresa associata di questo altro Stato nei limiti in cui riconosce che la rettifica rispecchia condizioni che sarebbero state convenute tra imprese indipendenti. Tale aggiustamento corrispondente sarà effettuato soltanto in conformità alle disposizioni sulla procedura amichevole dell'articolo 26 e alle relative disposizioni del presente Protocollo.

8. Ad articoli 10 e 11

In deroga alle disposizioni degli articoli 10 e 11, i dividendi e gli interessi sono imponibili nello Stato contraente da cui essi provengono e in conformità alla legislazione fiscale di tale Stato:

- a) allorché essi derivino da diritti o da crediti comportanti una partecipazione agli utili (ivi compresi i redditi che uno «*stiller Gesellschafter*» ritrae dalla sua partecipazione, i redditi derivanti da un «*partiarisches Darlehen*» ed i redditi derivanti da «*Gewinnobligationen*» ai sensi della legislazione della Repubblica federale di Germania) e
- b) a condizione che essi siano deducibili all'atto della determinazione degli utili del loro debitore.

9. Ad articoli 10, 11 e 12

La persona che percepisce dividendi, interessi e canoni è considerata beneficiario effettivo ai sensi degli articoli 10, 11 e 12 se ad essa spetta il diritto al quale tali pagamenti si ricollegano e se i redditi che ne ritrae devono essere ad essa attribuiti in virtù della legislazione fiscale dei due Stati.

10. Ad articoli 10, 11, 12 e 22

Per quanto concerne il paragrafo 7 dell'articolo 10, il paragrafo 5 dell'articolo 11, il paragrafo 5 dell'articolo 12 ed il paragrafo 2 dell'articolo 22, l'ultima frase ivi contenuta non può essere interpretata nel senso che costituisca una deroga ai principi contenuti negli articoli 7 e 14 della presente Convenzione.

11. Ad articolo 11

Gli interessi di cui al paragrafo 1 dell'articolo 11 pagati per un prestito di qualunque natura concesso da un istituto bancario ad un altro istituto bancario sono esenti da imposta nello Stato contraente da cui gli interessi provengono. Qualora venissero apportate delle modifiche alla legislazione interna di uno degli Stati contraenti, le autorità competenti potranno consultarsi al fine di modificare l'esenzione prevista dalla disposizione che precede.

12. Ad articolo 13

Se uno Stato contraente in occasione della partenza di una persona fisica residente di detto Stato assoggetta ad imposizione la plusvalenza derivante da una partecipazione rilevante in una società residente dello stesso Stato, l'altro Stato in caso di ulteriore cessione di tale partecipazione e purché sottoponga ad imposizione l'utile derivante da una tale cessione in conformità al paragrafo 4, considererà come costo d'acquisto, per la determinazione dell'utile di cessione, l'ammontare che il primo Stato avrà

considerato come valore teorico della partecipazione al momento della partenza della persona fisica. Il termine «partecipazione rilevante» designa una partecipazione al capitale della società di almeno il 25 per cento.

13. Ad articoli 15 e 24

Nonostante le disposizioni dell'articolo 15, le remunerazioni che un lavoratore dipendente residente di uno Stato contraente riceve in corrispettivo di un'attività dipendente svolta nell'altro Stato contraente nell'ambito di un contratto che lo stesso ha concluso con un professionista del lavoro temporaneo sono imponibili in quest'altro Stato. Dette remunerazioni, nonostante le disposizioni dell'articolo 24, sono anche imponibili nello Stato di cui è residente il lavoratore dipendente. Tale Stato detrae l'imposta dell'altro Stato in conformità ai principi enunciati ai paragrafi 2a) o 3b) dell'articolo 24. Conformemente al proprio diritto interno, gli Stati contraenti possono richiedere all'utilizzatore o al prenditore il pagamento dell'imposta applicabile a dette remunerazioni o ritenersi responsabili della stessa.

14. Ad articolo 19

- a) Le disposizioni dei paragrafi 1 e 2 dell'articolo 19 si applicano anche alle remunerazioni e pensioni corrisposte al proprio personale dall'«Ente Nazionale Italiano per il Turismo (E.N.I.T.)» e dall'«Istituto Nazionale per il Commercio Estero (I.C.E.)». Le stesse disposizioni si applicano altresì alle remunerazioni e pensioni pagate al proprio personale dalla «Deutsche Zentrale für Tourismus» e dalla «Deutsch-Italienische Handelskammer» nella misura in cui tali remunerazioni e pensioni provengano da fondi pubblici tedeschi ed a condizione che le stesse siano assoggettate ad imposta nella Repubblica federale di Germania.
- b) La disposizione del paragrafo 1, capoverso b), sottocapoverso i), dell'articolo 19 si applica soltanto ai contratti conclusi successivamente al 1° gennaio 1990.
- c) i) Le disposizioni del paragrafo 1 dell'articolo 19 si applicano anche alle remunerazioni pagate alle persone che hanno la nazionalità italiana (ancorché posseggano anche la nazionalità tedesca) e che svolgono la propria attività presso istituzioni culturali italiane o istituti scolastici, nella misura in cui dette remunerazioni provengano da fondi pubblici italiani ed a condizione che le stesse siano assoggettate ad imposta nella Repubblica italiana.
- ii) Le disposizioni del paragrafo 1 dell'articolo 19 si applicano altresì alle remunerazioni pagate alle persone che hanno la nazionalità tedesca (ancorché posseggano anche la nazio-

nalità italiana) e che svolgono la propria attività presso istituzioni culturali tedesche o istituti scolastici, nella misura in cui dette remunerazioni provengano da fondi pubblici tedeschi ed a condizione che le stesse siano assoggettate ad imposta nella Repubblica federale di Germania.

- d) Le autorità competenti degli Stati contraenti possono estendere le disposizioni dell'articolo ai dipendenti di altre analoghe organizzazioni.
- e) Per quanto concerne le pensioni ed ogni altro assegno, periodico o non, pagati in base alla legislazione sulla sicurezza sociale di uno Stato contraente a persone che sono residenti dell'altro Stato contraente e che ne possiedono la nazionalità,
 - i) se il beneficiario era residente della Repubblica federale di Germania, l'imposta italiana è prelevata soltanto sull'ammontare che sarebbe imponibile secondo la legislazione tedesca;
 - ii) la base imponibile dell'imposta tedesca calcolata secondo la legislazione di tale paese non può eccedere l'ammontare che sarebbe assoggettato all'imposta italiana.

Le autorità competenti regoleranno di comune accordo le modalità di applicazione di tale limitazione.

15. Ad articolo 22

Gli assegni versati da un residente di uno Stato contraente per il mantenimento di un residente dell'altro Stato contraente, ivi compreso un bambino, sono imponibili soltanto nel primo Stato.

16. Ad articolo 24

- a) Nel caso in cui venga introdotta nella Repubblica italiana una imposta sul patrimonio, l'imposta tedesca sul patrimonio, prelevata in conformità alle disposizioni della Convenzione, sarà portata in deduzione dall'imposta italiana sul patrimonio conformemente alle disposizioni previste al paragrafo 2 dell'articolo 24.
- b) Qualora una società residente di uno Stato contraente destini dei redditi provenienti da fonti situate nell'altro Stato contraente a distribuzioni di dividendi, l'articolo 24 non comporterà pregiudizio alla percezione di un'imposta compensativa sugli ammontari distribuiti conformemente alle disposizioni della legislazione fiscale dell'uno o dell'altro Stato contraente.
- c) L'ammontare totale da dedurre da parte di uno Stato contraente in conformità dell'articolo 24, paragrafo 2, o paragrafo 3, capoverso b), non verrà ridotto se l'altro Stato contraente elimina la propria ritenuta alla fonte sui dividendi al fine

di compensare una maggiorazione dell'aliquota dell'imposta sulle società.

- d) Per l'applicazione del paragrafo 3, capoverso a), dell'articolo 24, i redditi di un residente di uno Stato contraente sono considerati provenienti dall'altro Stato contraente se essi hanno effettivamente scontato l'imposta prevista in questo altro Stato contraente conformemente alla presente Convenzione.
- e) Se una persona residente di uno degli Stati contraenti percepisce, tra il 1° gennaio 1989 e la data in cui la Convenzione sarà applicabile ai sensi dell'articolo 31, paragrafo 2, redditi di lavoro subordinato di cui all'articolo 15, paragrafo 2, tali redditi, nonostante le disposizioni degli articoli 7 e 11 della Convenzione del 31 ottobre 1925, sono imponibili anche in detto Stato. Questo Stato eviterà una doppia imposizione deducendo l'imposta riscossa nello Stato in cui il lavoro viene svolto dall'imposta che lo stesso percepisce sui redditi di cui trattasi. Mutatis mutandis, si applicano i principi dell'articolo 24, paragrafi 2 e 3b).

17. Ad articoli 24 e da 6 a 22

Resta inteso che gli articoli 24 e da 6 a 22 della presente Convenzione non impediranno alla Repubblica federale di Germania

- a) per quanto concerne i nazionali tedeschi che ricadono nell'ambito di applicazione degli articoli 2, 3 e 5 della Legge dell'8 settembre 1972 relativa all'obbligazione fiscale nelle relazioni con l'estero, di sottoporre ad imposizione i loro redditi provenienti dalla Repubblica federale di Germania ed il loro patrimonio situato in tale Paese in conformità alle disposizioni della legislazione fiscale tedesca; ciò vale ugualmente per i nazionali tedeschi che, ai sensi dell'articolo 4, paragrafo 2, della Convenzione, sono considerati residenti della Repubblica italiana e che non ricadono nell'ambito di applicazione degli articoli 2, 3 e 5 della Legge dell'8 settembre 1972 relativa all'obbligazione fiscale nelle relazioni con l'estero per il semplice fatto che hanno ancora un domicilio o la loro dimora abituale nella Repubblica federale di Germania.

Resta inteso a questo proposito che l'imposta sul reddito prelevata in Italia non costituisce una debole imposizione ai sensi dell'articolo 2, paragrafo 2, cifra 1, della Legge dell'8 settembre 1972 relativa all'obbligazione fiscale nelle relazioni con l'estero. Questa non si applica alle persone che sono assoggettate ad imposta soltanto per i redditi di fonte italiana.

- b) di assoggettare ad imposizione le somme che, ai sensi della Parte Quarta della Legge dell'8 settembre 1972 relativa all'obbligazione fiscale nelle relazioni con l'estero, sono attribuibili ad una persona residente della Repubblica federale di Germania.

L'imposizione da parte della Repubblica italiana di tali redditi o di tali elementi di patrimonio in base alle disposizioni della Convenzione non viene pregiudicata da quanto precede.

La Repubblica federale di Germania deduce, in conformità alle disposizioni della legislazione fiscale tedesca concernenti la deduzione delle imposte straniere, l'imposta italiana prelevata su detti redditi o su detti elementi di patrimonio in applicazione della Convenzione. Tuttavia, l'imposta tedesca può essere prelevata a concorrenza dell'ammontare che risulterebbe dall'applicazione delle disposizioni della Convenzione.

18. Ad articoli 24 e 26

Per quanto concerne il paragrafo 3 dell'articolo 24 e l'articolo 26, qualora esista una differenza nella qualificazione o attribuzione di redditi nella Repubblica italiana e nella Repubblica federale di Germania, differenza non regolata in base ad una procedura amichevole ai sensi dell'articolo 26 e dalla quale

- a) conseguirebbe una doppia imposizione di detti redditi, la Repubblica federale di Germania elimina la doppia imposizione accordando un credito in conformità dei principi enunciati al paragrafo 3b dell'articolo 24,
- b) conseguirebbe un'esenzione o uno sgravio di detti redditi dall'imposta italiana ed un'esenzione dall'imposta tedesca, la Repubblica federale di Germania non accorda, nei confronti di tali redditi, un'esenzione ai sensi del paragrafo 3a) dell'articolo 24, ma accorda un credito in conformità dei principi enunciati al paragrafo 3b) dell'articolo 24.

19. Ad articolo 26

All'espressione di cui al paragrafo 1 dell'articolo 26 «indipendentemente dai ricorsi previsti dal diritto interno» si attribuisce il significato secondo cui l'avvio della procedura amichevole non può essere ritenuto sostitutivo dei mezzi di ricorso nazionali.

20. Ad articolo 27

Per quanto concerne lo scambio di informazioni previsto dall'articolo 27, resta inteso che detto scambio deve essere effettuato tenendo conto delle disposizioni delle legislazioni interne dei due Stati contraenti che hanno dato esecuzione alla direttiva 77/799/

CEE del 19 dicembre 1977 relativa all'assistenza reciproca tra le autorità competenti degli Stati membri della CEE nel settore delle imposte dirette o che daranno esecuzione a future direttive comunitarie in tale settore.

21. Ad articolo 29

- a) L'imposizione alla fonte dei canoni, quale prevista all'articolo 12 della Convenzione, può, a richiesta del creditore dei canoni, essere effettuata con l'aliquota prevista nella Convenzione invece di essere prelevata con l'aliquota prevista nella legislazione interna degli Stati contraenti. Una tale richiesta può, tuttavia, essere presentata anche dal debitore dei canoni o da un terzo, a condizione che costoro ne siano autorizzati con mandato scritto del creditore e che tale mandato sia prodotto all'autorità fiscale competente. Le richieste devono essere presentate utilizzando i modelli previsti a tal fine che, debitamente compilati, devono essere firmati e muniti dell'attestazione di domicilio dello Stato di residenza del creditore dei canoni assoggettato all'obbligo fiscale limitato.

Una analoga procedura può essere istituita ai sensi dell'articolo 29, paragrafo 3, per ogni altro reddito assoggettato ad un'imposizione alla fonte.

- b) La disposizione del paragrafo 3 dell'articolo non esclude l'interpretazione secondo la quale le autorità competenti degli Stati contraenti possono stabilire di comune accordo altre procedure per l'applicazione delle riduzioni d'imposta cui dà diritto la Convenzione.

22. Ad articolo 31

- a) L'articolo 5, paragrafo 2, capoverso g), si applica soltanto ai cantieri di costruzione o di montaggio aperti dopo l'entrata in vigore della Convenzione.
- b) In deroga al paragrafo 2, capoverso a), dell'articolo 31 della Convenzione, il numero 18, capoverso e), del presente Protocollo sarà applicabile a partire dal 1° gennaio 1989.

23. Le autorità competenti degli Stati contraenti faranno del loro meglio per risolvere, per via di amichevole composizione, le specifiche difficoltà che potranno insorgere nel caso in cui la presente Convenzione comporti una nuova ripartizione dei diritti di imposizione. Ciò si applicherà parimenti al caso in cui la vecchia Convenzione abbia formato oggetto di interpretazioni divergenti.

In fede di che, i plenipotenziari dei due Stati hanno firmato il presente Protocollo.

Fatto a Bonn il 18 ottobre 1989, in duplice esemplare, in lingua tedesca e italiana, i due testi facenti egualmente fede.

Per la Repubblica
federale di Germania:

Dr. HANS WERNER LAUTENSCHLAGER

Dr. THEO WAIGEL

Per la Repubblica
Italiana:

RINO FORMICA

[TRANSLATION — TRADUCTION]

CONVENTION¹ BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE ITALIAN REPUBLIC FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND ON CAPITAL AND THE PREVENTION OF FISCAL EVASION

The Federal Republic of Germany and the Italian Republic, desiring to conclude a new Convention for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital and the prevention of fiscal evasion,

Have agreed as follows:

Article 1. PERSONAL SCOPE

This Convention shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2. TAXES COVERED

1. This Convention shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State, of one of its *Länder* or of a political or administrative subdivision or local authority thereof, irrespective of the manner in which they are levied.

2. There shall be regarded as taxes on income and on capital taxes levied on total income, on total capital or on items of income or capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

3. The existing taxes to which the Convention shall apply are:

(a) In the Italian Republic:

- (i) The personal income tax (*l'imposta sul reddito delle persone fisiche*);
 - (ii) The corporate income tax (*l'imposta sul reddito delle persone giuridiche*);
 - (iii) The local income tax (*l'imposta locale sui redditi*),
- even if they are collected by withholding taxes at the source (hereinafter referred to as "Italian tax");

(b) In the Federal Republic of Germany:

- (i) The income tax (*die Einkommensteuer*);
- (ii) The corporation tax (*die Körperschaftsteuer*);
- (iii) The capital tax (*die Vermögensteuer*);
- (iv) The business tax (*die Gewerbesteuer*);

¹ Came into force on 27 December 1992, i.e., one month after the exchange of the instruments of ratification, which took place in Rome on 27 November 1992, in accordance with article 31 (2).

(v) The land tax (*die Grundsteuer*) (hereinafter referred to as “German tax”).

4. The Convention shall apply also to any identical or substantially similar taxes which are imposed after the date of signature of this Convention in addition to, or in place of, the taxes referred to in paragraph 3. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any substantial changes which have been made in their respective taxation laws.

Article 3. GENERAL DEFINITIONS

1. For the purposes of this Convention, unless the context otherwise requires:

(a) The terms “a Contracting State” and “the other Contracting State” mean the Italian Republic or the Federal Republic of Germany as the context requires;

(b) The term “Italian Republic”, when used in a geographical sense, means the territory in which the tax law of the Italian Republic is in force;

(c) The term “Federal Republic of Germany”, when used in a geographical sense, means the territory in which the tax law of the Federal Republic of Germany is in force;

(d) The term “person” includes an individual, a company and any other body of persons;

(e) The term “company” means any body corporate or any entity which is treated as a body corporate for tax purposes;

(f) The terms “enterprise of a Contracting State” and “enterprise of the other Contracting State” mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;

(g) The term “international traffic” means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise which has its place of effective management in a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;

(h) The term “nationals” means:

(i) In respect of the Italian Republic, all individuals who have Italian nationality;

(ii) In respect of the Federal Republic of Germany, all Germans within the meaning of article 116, paragraph 1, of the Basic Law of the Federal Republic of Germany;

(iii) All bodies corporate, partnerships and other bodies of persons established in accordance with the law in force in one of the Contracting States.

2. As regards the application of the Convention by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under the law of that State concerning the taxes to which the Convention applies.

Article 4. RESIDENT

1. For the purposes of this Convention, the term “resident of a Contracting State” means a person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by

reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature. However, the term does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein.

2. Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

(a) The person shall be deemed to be a resident of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);

(b) If the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident of the State in which he has an habitual abode;

(c) If he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident of the State of which he is a national;

(d) If he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

3. Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident of the State in which its place of effective management is situated.

Article 5. PERMANENT ESTABLISHMENT

1. For the purposes of this Convention, the term “permanent establishment” means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

2. The term “permanent establishment” includes especially:

(a) A place of management;

(b) A branch;

(c) An office;

(d) A factory;

(e) A workshop;

(f) A mine, a quarry or any other place of extraction of natural resources;

(g) A building site or an assembly project which continues for a period of more than 12 months.

3. The term “permanent establishment” shall be deemed not to include:

(a) The use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;

(b) The maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;

(c) The maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;

(d) The maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;

(e) The maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of advertising, for the supply of information, for scientific research or for similar activities of a preparatory or auxiliary character, for the enterprise.

4. A person — other than an agent of an independent status to whom paragraph 5 applies — who is acting in a Contracting State on behalf of an enterprise of the other Contracting State shall be deemed to be a “permanent establishment” in the first-mentioned State if he has and habitually exercises in that State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, unless the activities of such person are limited to the purchase of goods or merchandise for the enterprise.

5. An enterprise of a Contracting State shall not be deemed to have a permanent establishment in the other Contracting State merely because it carries on business in that other State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

6. The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise) shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6. INCOME FROM IMMOVABLE PROPERTY

1. Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. The term “immovable property” shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry and rights to which the provisions of general law respecting landed property apply. Usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources, shall also be regarded as “immovable property”. Ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.

3. The provisions of paragraph 1 shall also apply to income derived from the direct use, letting or use in any other form of immovable property.

4. The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

Article 7. BUSINESS PROFITS

1. The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State, unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on

business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State, but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

2. Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

3. In the determination of the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the business of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

4. Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this article.

5. No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods and merchandise for the enterprise.

6. For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

7. Where profits include items of income which are dealt with separately in other articles of this Convention, then the provisions of those articles shall not be affected by the provisions of this article.

Article 8. SHIPPING AND AIR TRANSPORT

1. Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

2. If the place of effective management of a shipping enterprise is aboard a ship, then it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship is situated, or, if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship is a resident.

3. The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

Article 9. ASSOCIATED ENTERPRISES

Where:

(a) An enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or

(b) The same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

Article 10. DIVIDENDS

1. Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the dividends, the tax so charged shall not exceed 15 per cent of the gross amount of the dividends.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of this limitation.

3. Notwithstanding paragraph 2, the tax on dividends paid by a company residing in the Italian Republic to a company residing in the Federal Republic of Germany which owns directly at least 25 per cent of the capital of the first company may not exceed 10 per cent of the gross amount of the dividends.

4. Persons residing in Italy who are not subject, in accordance with the tax legislation of the Federal Republic of Germany, to unlimited tax liability in respect of dividends paid to them by a company residing in the Federal Republic of Germany, shall have the right to reimbursement of the adjustment tax levied in the context of corporation tax (*Vergütung des Erhöhungsbetrags*), taking into account the provisions of paragraph 52 of the corporation tax law (*Körperschaftsteuergesetz*) of the Federal Republic of Germany.

5. A company of the Federal Republic of Germany which owns directly at least 25 per cent of the capital of a company residing in the Italian Republic and which receives dividends distributed by the latter company is entitled to a refund of the amount corresponding to the adjustment tax differential (*maggiorazione di conguaglio*) in respect of such dividends when the company has effectively paid that amount in respect of the dividends, subject to the tax deduction referred to in paragraph 3 of this article. Such refund shall be claimed, within the time limit established by Italian legislation, through the distributing company which, in this case, shall act in the name of and on behalf of the company residing in the Federal Republic of Germany.

This provision shall apply to dividends the distribution of which shall be considered to have come into effect upon the entry into force of this Convention.

The distributing company may pay the amount to be reimbursed to a company of the Federal Republic of Germany at the same time as it pays the dividends owed

to the latter and may deduct the same amount from the first declaration of income following the said payment.

A company of the Federal Republic of Germany shall be entitled to payment of the amount corresponding to the adjustment tax differential (*maggiorazione di conguaglio*) when, on the date of the decision to distribute the dividends, it is the beneficial owner of the dividends and it has owned the shares for a period of at least twelve months prior to that date.

In the event of a subsequent upward adjustment of the taxable income of the distributing company or in the event of the recovery of tax on reserves or other funds, the reduction of the tax owed by the company for the fiscal period during which the adjustment becomes definitive shall be limited to the part of the tax which corresponds to the adjustment tax differential (*maggiorazione di conguaglio*) in respect of the dividends (and which has effectively been paid to the Treasury).

6. The term “dividends” as used in this article means:

(a) Income from shares, “jouissance” shares or “jouissance” rights, mining shares, founders’ shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits (including those derived from shares in limited liability companies), and

(b) Other income assimilated to income from shares under the legislation of the State in which the company making the distribution is resident and, in the case of the Federal Republic of Germany, income derived by a silent partner (*stiller Gesellschafter*) according to German tax legislation from his investment as such in a commercial, industrial or craft enterprise and distributions made in respect of shares in a mutual fund.

7. The provisions of paragraphs 1 to 3 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the dividends shall be taxed in that other Contracting State according to its own laws.

8. Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or to a permanent establishment or a fixed base situated therein, nor subject the company’s undistributed profits to a tax on undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11. INTEREST

1. Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the interest the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the amount of the interest. The competent authorities of the Contracting States may by mutual agreement settle the mode of application of this limitation.

3. Notwithstanding the provisions of paragraph 2, the interest referred to in paragraph 1 may be taxed only in the Contracting State of which the recipient of the interest is a resident, providing that the said recipient is the beneficial owner of that interest and that the interest is paid:

(a) In connection with the sale on credit of goods delivered by one enterprise to another enterprise;

(b) In connection with the sale on credit of industrial, commercial or scientific equipment;

(c) In connection with a bond, bill of exchange, voucher or other similar security belonging to the Government of a Contracting State or one of its *Länder* or a political or administrative subdivision or local authority thereof, or

(d) To the Government of a Contracting State, or one of its *Länder* or a political or administrative subdivision thereof, or to the Central Bank of a Contracting State.

4. The term "interest" as used in this article means income from government securities, from bonds or debentures, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in profits, and from debt-claims of every kind, as well as any other income assimilated to income derived from loans by the tax laws of the State in which it arises. However, the term "interest" shall not include the income referred to in article 10.

5. The provisions of paragraphs 1, 2 and 3 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case, the interest shall be taxed in that other Contracting State according to its own laws.

6. Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a political or administrative subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment or fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

7. Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 12. ROYALTIES

1. Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such royalties may also be taxed in the Contracting State in which they arise according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the royalties, the tax so levied shall not exceed five per cent of the gross amount of the royalties. The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of this limitation.

3. Notwithstanding the provisions of paragraph 2, royalties in connection with copyright and other similar payments relating to the production or reproduction of literary, dramatic, musical or artistic work, including cinematograph films or films or tapes used for television or radio broadcasting, arising in one Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State who is the beneficial owner may be taxed in that other State.

4. The term “royalties” as used in this article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films or films or tapes used for radio or television broadcasting, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for the use of, or the right to use, industrial, commercial or scientific equipment, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

5. The provisions of paragraphs 1, 2 and 3 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the royalties shall be taxed in the other Contracting State according to its laws.

6. Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, one of its *Länder*, or a political or administrative subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the liability to pay the royalties was incurred and such royalties are borne by such permanent establishment or fixed base, then such royalties shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

7. Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount paid as royalties, having regard to the work for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments may be taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 13. CAPITAL GAINS

1. The gains that a resident of a Contracting State derives from the alienation of immovable property referred to in article 6 and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such a fixed base, may be taxed in that other State.

3. Gains from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic, as well as movable property used for the operation of the said ships or aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the effective place of management of the enterprise is situated.

4. Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1, 2 and 3 shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14. INDEPENDENT PERSONAL SERVICES

1. Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable only in that State, unless, for the purpose of performing such activities, such resident has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State. If he has such a fixed base, the income shall be taxable in the other State but only so much of it as is attributable to the activity performed therein.

2. The term "professional services" includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

Article 15. DEPENDENT PERSONAL SERVICES

1. Subject to the provisions of articles 16, 18 and 19, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

(a) The recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned; and

(b) The remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State; and

(c) The remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

3. Notwithstanding the preceding provisions of this article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

Article 16. DIRECTOR'S FEES

Director's fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the Board of Directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 17. ENTERTAINERS AND ATHLETES

1. Notwithstanding the provisions of articles 7, 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as an athlete, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other Contracting State.

2. Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or an athlete in his capacity as such accrues not to the entertainer or athlete himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or athlete are exercised.

3. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply to the professional entertainers or athletes whose stay in a Contracting State is supported wholly or substantially by public institutions of the other Contracting State, one of its *Länder* or a political or administrative subdivision or a local authority thereof.

Article 18. PENSIONS

Subject to the provisions of article 19, paragraphs 2, 3 and 4, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

Article 19. GOVERNMENT SERVICE

1. (a) Remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State, one of its *Länder* or a political or administrative subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State, *Land*, subdivision or authority shall be taxable only in that State.

(b) However, such remuneration shall be taxable only in the State in which the services are rendered when the recipient is a resident of that State who:

- (i) Is a national of that State and is not a national of the other State; or
- (ii) Is not a national of the other State and was a resident of the first-mentioned State before rendering services therein.

2. (a) Any pension paid directly by, or out of funds created by, a Contracting State, one of its *Länder* or a political or administrative subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State, *Land*, subdivision or authority shall be taxable only in that State.

(b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the recipient is a resident of, and a national of, that other State and is not a national of the State from which the pension is derived.

3. The provisions of articles 15, 16 and 18 shall apply to remuneration and pensions in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State, one of its *Länder* or a political or administrative subdivision or a local authority thereof.

However, the provisions of paragraphs 1 and 2 shall apply to remuneration and pensions paid to members of the staff of the following public bodies or organizations:

(a) In the case of the Italian Republic:

- The Bank of Italy (Banca d'Italia)
- The Italian State Railways (FF.SS.)
- The Post and Telegraph Service (PP.TT.)

(b) In the case of the Federal Republic of Germany:

- The German Federal Bank (Deutsche Bundesbank)
- The German Federal Railways (Deutsche Bundesbahn)
- The German Federal Postal Service (Deutsche Bundespost)

4. Pensions and any other payments made on a regular or occasional basis by a Contracting State, one of its *Länder* or a political or administrative subdivision or a local authority or a public corporation thereof in accordance with the social security legislation of that State, shall be taxable only in that State if the beneficiary is a national of that State and is not a national of the other Contracting State.

5. Indemnities in the form of pensions, life annuities or other allowances paid on a regular or occasional basis by a Contracting State, one of its *Länder* or a political or administrative subdivision or a local authority thereof in compensation for injuries suffered as a result of war or political persecution shall be taxable only in that State.

Article 20. STUDENTS AND APPRENTICES

Payments which a student or apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned Contracting State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training, shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.

Article 21. TEACHERS

An individual who is staying temporarily, for a period not exceeding two years, in a Contracting State, at the invitation of that State or of a university or institute of higher education or a school or a museum or other cultural institution thereof, or as part of an official cultural exchange, solely for the purpose of engaging in teaching, lecturing or advanced research at the said institutions and who is or was immediately before visiting that State a resident of the other Contracting State shall be exempt in the first-mentioned State from tax on payments received in respect of such activities, provided that such payments arise from sources outside that State.

Article 22. OTHER INCOME

1. Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing articles of this Convention shall be taxable only in that State.

2. The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property, as defined in article 6, paragraph 2, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case, the items of income may be taxed in the other Contracting State in accordance with that State's legislation.

Article 23. CAPITAL

1. Capital represented by immovable property referred to in article 6, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

2. Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or by movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, may be taxed in that other State.

3. Capital represented by ships and aircraft operated in international traffic and by movable property pertaining to the operation of such ships and aircraft shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

4. All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 24. METHODS FOR THE ELIMINATION OF DOUBLE TAXATION

1. It is agreed that double taxation shall be eliminated in accordance with the following paragraphs of this article.

2. (a) Notwithstanding subparagraph (b), if a resident of the Italian Republic receives items of income which are taxable in the Federal Republic of Germany, the Italian Republic, in determining its income taxes specified in article 2 of this Convention, may include the said items of income in the basis upon which such taxes are levied, unless specific provisions of this Convention stipulate otherwise.

In such case, the Italian Republic shall deduct from the taxes so calculated the income tax paid in the Federal Republic of Germany (including, if applicable, any taxes levied on business profits), but in an amount not exceeding that proportion of the aforesaid Italian tax which such items of income bear to the total income.

However, no deduction shall be granted if the item of income is subjected in the Italian Republic to a final withholding tax by request of the recipient of the said income in accordance with Italian law.

(b) There shall be excluded from the basis for the assessment of the Italian tax income derived from the dividends referred to in article 10, paragraph 6, subparagraph (a), paid to a company (other than a body of persons) residing in the Italian Republic by a company residing in the Federal Republic of Germany at least 25 per cent of whose capital is held directly by the Italian company.

3. With regard to residents of the Federal Republic of Germany, the tax shall be determined in the following manner:

(a) Notwithstanding the provisions of subparagraph (b), there shall be excluded from the basis for the assessment of the German tax income arising in the Italian Republic and items of capital situated in the Italian Republic which, according to this Convention, may be taxed in the Italian Republic. However, the Federal Republic of Germany retains the right to take into account, in the determination of the rate of tax, the income and items of capital so excluded.

The foregoing provisions shall apply to income derived from the dividends referred to in article 10, paragraph 6, subparagraph (a), only if the dividends are paid to a company (other than a body of persons) residing in the Federal Republic of Germany by a company residing in the Italian Republic at least 10 per cent of whose capital is held by the German company.

There shall also be excluded from the basis for the assessment of the German capital tax any participation, the dividends of which would be excluded, if paid, according to the preceding sentence, from the basis upon which such German capital tax is imposed.

(b) There shall be allowed as a credit against German income or corporation tax payable in respect of the following items of income arising in the Italian Republic the Italian tax paid in accordance with the legislation of the Italian Republic and this Convention:

- (i) The dividends referred to in article 10 not dealt with in subparagraph (a);
- (ii) The interest to which article 11 applies;
- (iii) The royalties to which article 12 applies;
- (iv) The income and remuneration referred to in articles 16 and 17.

The Italian tax to be credited on the basis of the foregoing may not, however, exceed the portion of the German tax, as computed before the credit is given, in respect of the income taxable in the Italian Republic.

Article 25. NON-DISCRIMINATION

1. Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances are or may be subjected. Notwithstanding the provisions of article 1, this provision applies also to persons who are not residents of a Contracting State or of both Contracting States. In particular, nationals of a Contracting State who may be taxed in the other Contracting State shall be granted exemptions, reliefs and reductions for taxation purposes on account of family responsibilities which are granted to nationals of that other State in the same circumstances.

2. The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a State to grant to residents of the other State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes which it grants to its own residents.

3. Except where the provisions of article 9, article 11, paragraph 7, and article 12, paragraph 7, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purposes of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

4. Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

5. The provisions of this article shall, notwithstanding the provisions of article 2, apply to taxes of every kind and description.

Article 26. MUTUAL AGREEMENT PROCEDURE

1. Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Convention, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under article 25, paragraph 1, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within two years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the Convention.

2. The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with this Convention.

3. The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention.

4. The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs. When it seems advisable in order to reach agreement to have an oral exchange of opinions, such exchange may take place through a commission consisting of representatives of the competent authorities of the Contracting States.

Article 27. EXCHANGE OF INFORMATION

1. The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Convention or of the domestic laws of the Contracting States concerning taxes covered by the Convention, insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Convention, or for preventing fiscal evasion. The exchange of information is not restricted by article 1. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) involved in the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to, the taxes which are the subject of the Convention. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions, provided that the competent authority of the other Contracting State does not object thereto.

2. In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

(a) To carry out administrative measures at variance with the laws or the administrative practice of that or of the other Contracting State;

(b) To supply information which is not obtainable under the laws or the normal administrative practice of that or of the other Contracting State;

(c) To supply information which would disclose any trade, industrial, business or professional secret or trade process or information the disclosure of which would be contrary to public order.

Article 28. DIPLOMATIC AGENTS AND CONSULAR OFFICERS

Nothing in this Convention shall affect the fiscal privileges of diplomatic agents or consular officers under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

Article 29. REFUNDS

1. Taxes withheld at source in a Contracting State shall be refunded at the request of the taxpayer or of the State of which he is a resident, if the right to collect such taxes is limited by the provisions of this Convention.

2. Claims for refunds, which shall be produced within the time limit established by the law of the Contracting State obliged to make such refund, shall be accompanied by an official certificate of the Contracting State of which the taxpayer is a resident, stating that the conditions required for entitlement to the benefits provided for in this Convention have been fulfilled.

3. The competent authorities of the Contracting States shall, by mutual agreement, settle the mode of application of this article in accordance with the provisions of article 26 of this Convention.

Article 30. "LAND BERLIN"

This Convention shall also apply to "Land Berlin", provided that the Government of the Federal Republic of Germany has not made a contrary declaration to the Government of the Italian Republic within three months following the entry into force of this Convention.

Article 31. ENTRY INTO FORCE

1. This Convention shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged at Rome as soon as possible.

2. This Convention shall enter into force one month after the date of the exchange of the instruments of ratification and shall have effect:

(a) In respect of income tax and capital tax for the tax periods commencing on or after 1 January of the calendar year immediately following that in which the instruments of ratification are exchanged;

(b) In respect of taxes withheld at source in respect of dividends, interest and royalties paid on or after 1 January of the calendar year immediately following that in which the instruments of ratification are exchanged.

3. The Convention between Germany and Italy for the Avoidance of Double Taxation and the Settlement of other Questions connected with Direct Taxes, signed at Rome on 31 October 1925, shall be abrogated upon the entry into force of this Convention and shall, in accordance with paragraph 2, cease to have effect in respect of the taxes to which this Convention applies. The same shall apply to the Agreement between the Federal Republic of Germany and the Italian Republic for the avoidance of double taxation with respect to direct taxes on airline companies, signed at Rome on 17 September 1968.

4. However, where the provisions of the Convention of 31 October 1925¹ accord more favourable treatment in respect of taxation than that provided for under articles 11 and 12 of this Convention, such provisions may be applied at the request of the persons concerned until 31 December 1992, provided that the recipient of the income in question is the beneficial owner thereof within the meaning of point 9 of the Protocol to this Convention.

Article 32. TERMINATION

This Convention shall remain in force until it is terminated by one of the Contracting States. Either Contracting State may terminate the Convention, through the diplomatic channel by giving at least six months' notice, prior to the end of any calendar year beginning after a five-year period has elapsed from the date of its entry into force. In such case, the Convention shall apply for the last time:

(a) In respect of taxes withheld at source on income payable no later than 31 December of the year during which termination takes place;

(b) In respect of other taxes on income and capital for the periods ending no later than 31 December of the same year.

¹ League of Nations, *Treaty Series*, vol. 53, p. 245.

IN WITNESS WHEREOF the plenipotentiaries of the two States have signed this Convention.

DONE at Bonn on 18 October 1989, in duplicate, in the German and Italian languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic
of Germany:

HANS WERNER LAUTENSCHLAGER

THEO WAIGEL

For the Italian
Republic:

RINO FORMICA

PROTOCOL TO THE CONVENTION BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE ITALIAN REPUBLIC FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND ON CAPITAL AND THE PREVENTION OF FISCAL EVASION

On signing the Convention concluded this day between the Federal Republic of Germany and the Italian Republic for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital and the prevention of fiscal evasion, the undersigned have agreed upon the following provisions, which shall form an integral part of the Convention.

1. *Ad article 2*

It is understood that if a tax on capital is subsequently introduced in the Italian Republic, the Convention shall also apply to such tax.

2. *Ad articles 4 to 23*

A body of persons is deemed to be a resident of the Contracting State within the meaning of article 4, paragraph 1, when it has been constituted in accordance with the legislation of the said State or has its principal place of business in that State. However, the limitations on the right of the other Contracting State to levy taxes provided for in articles 6 to 23 shall be applied only insofar as the income arising in that State or the capital situated therein is taxable in the first-mentioned State.

3. *Ad article 4*

If an individual is deemed to be a resident of the Contracting State within the meaning of article 4 only for part of the year and is deemed to be a resident of the other Contracting State for the remainder of the year (change of residence), his tax liability, insofar as it depends on the place of residence, shall cease in the first-mentioned State at the end of the day on which the change of residence is effected. Tax liability in the other State, insofar as it depends on the place of residence, shall begin on the day following the change of residence.

4. *Ad articles 6 and 24*

For the taxation of income derived from German immovable property within the meaning of article 6, which is subject to tax in the Federal Republic of Germany, the Italian Republic shall adopt the basis for assessment used for the German tax, provided that it does not give rise to a lower tax according to Italian law.

5. *Ad article 7*

(a) There shall be attributed to a permanent establishment consisting wholly or in part of a building site or an assembly project, in respect of its construction and assembly activities in the Contracting State in which it is situated, only the profits arising from the aforesaid activities. In particular, there shall not be attributed to it, in respect of such activities, any profits arising from the delivery of materials related or unrelated to the said activities by the main permanent establishment or another permanent establishment of the enterprise or by a third party.

(b) In respect of contracts, particularly with regard to research, supply, installation or construction of industrial, commercial or scientific plant equipment or public works, when the enterprise has a permanent establishment, the profits of that establishment shall not be determined on the basis of the total amount of the contract, but only on the basis of that part of the contract effectively carried out by such

permanent establishment in the State in which it is situated. Profits arising from the part of the contract carried out in the State in which the effective place of management is situated shall be taxable only in that State.

(c) It is understood, with reference to paragraph 3 of the article, that the term “expenses which are incurred for the purposes of the business of the permanent establishment” means expenses that are directly connected with the actual business of the permanent establishment.

6. *Ad article 8*

Such article shall apply likewise to the profits which an enterprise of a Contracting State derives from the renting out of containers used for freight transport in international traffic.

7. *Ad article 9*

If a Contracting State adjusts the profits of an enterprise in accordance with article 9, the other State shall undertake a corresponding adjustment to the profits of the associated enterprise of that other State insofar as it recognizes that the adjustment corresponds to the conditions that would have been agreed between independent enterprises. Such corresponding adjustment shall be effected only in conformity with the provisions of article 26 concerning the mutual agreement procedure and the related provisions of this Protocol.

8. *Ad articles 10 and 11*

Notwithstanding the provisions of articles 10 and 11, dividends and interest may be taxed in the Contracting State in which they arise, in accordance with the tax law of that State, and provided that they are:

(a) Based on rights or debt-claims involving a share in profits (including the income derived from the investment of a silent partner (*stiller Gesellschafter*) or from loans (*partiarischen Darlehen*) or from participating bonds (*Gewinnobligationen*) within the meaning of the law of the Federal Republic of Germany), and

(b) Deductible for the computation of the profits derived by the payer of the dividends or interest.

9. *Ad articles 10, 11 and 12*

A person who receives dividends, interest and royalties shall be deemed to be the beneficial owner within the meaning of articles 10, 11 and 12 if he has a right to such payments and if the income that he derives therefrom must be attributed to him under the tax law of the two States.

10. *Ad articles 10, 11, 12 and 22*

The final sentence of article 10, paragraph 7, article 11, paragraph 5, article 12, paragraph 5, and article 22, paragraph 2, shall not be construed as constituting an exception to the principles stated in articles 7 and 14 of this Convention.

11. *Ad article 11*

Interest within the meaning of article 11, paragraph 1, paid in respect of a loan of any kind made by a banking institution to another banking institution shall be exempt from tax in the Contracting State in which the interest arises. If amendments are made to the domestic law of either Contracting State, the competent authorities may enter into consultations in order to modify the exemption referred to in the preceding provision.

12. *Ad article 13*

If, on the occasion of the departure of an individual who is a resident of a Contracting State, that State imposes a capital gains tax on the significant share of that individual in a company which is a resident of that State, the other State shall, should such share be subsequently sold and provided that the profit derived from such sale is taxed in accordance with paragraph 4, regard as the purchase cost, for the purpose of determining the profit derived from the sale, the amount that the first State considers to be the hypothetical value of the share at the moment of the individual's departure. The term "significant share" means a share of at least 25 per cent of the company.

13. *Ad articles 15 and 24*

Notwithstanding the provisions of article 15, remuneration which a resident of a Contracting State receives in respect of an employment in the other Contracting State in connection with a contract which that State has concluded with a professional person for temporary employment may be taxed in that other State. Notwithstanding the provisions of article 24, such remuneration may also be taxed in the State of which the employee is a resident. That State shall deduct the tax of the other State in accordance with the principles stated in article 24, paragraph 2, subparagraph (a), or paragraph 3, subparagraph (b). In accordance with their domestic legislation, the Contracting States may require the user or recipient to pay the tax applicable to such remuneration or deem them liable therefor.

14. *Ad article 19*

(a) The provisions of article 19, paragraphs 1 and 2, shall also apply to remuneration and pensions paid to members of the staff of the Italian National Tourist Authority (ENIT) and the National Institute for Foreign Trade (ICE). The same provisions shall apply likewise to remuneration and pensions paid to members of the staff of the German National Tourist Board (Deutsche Zentrale für Tourismus) and the German-Italian Chamber of Commerce (Deutsch-Italienische Handelskammer) insofar as such remuneration and pensions are paid out of German public funds and provided that they are subject to taxation in the Federal Republic of Germany.

(b) The provision in article 19, paragraph 1, subparagraph (b) (i), shall apply only to contracts concluded after 1 January 1990.

(c) (i) The provisions of article 19, paragraph 1, shall apply likewise to remuneration paid to Italian nationals (even if they also have German nationality) who carry out their activities in Italian cultural institutions or educational establishments, insofar as such remuneration is paid out of Italian public funds and provided that it is subject to tax in the Italian Republic.

(ii) The provisions of article 19, paragraph 1, shall apply likewise to remuneration paid to German nationals (even if they also have Italian nationality) who carry out their activities in German cultural institutions or educational establishments, insofar as such remuneration is paid out of German public funds and provided that it is subject to tax in the Federal Republic of Germany.

(d) The competent authorities of the Contracting States may extend the provisions of the article to include members of the staff of other similar organizations.

(e) With regard to pensions and all other payments made on a regular or occasional basis under the social security legislation of a Contracting State to persons who are residents and nationals of the other Contracting State,

- (i) If the beneficiary was a resident of the Federal Republic of Germany, the Italian tax shall be levied only on the amount that would be taxable according to German law;
- (ii) The basis for assessment of the German tax calculated according to the law of that country shall not exceed the amount that would be subject to the Italian tax.

The competent authorities shall by mutual agreement settle the mode of application of this limitation.

15. *Ad article 22*

Payments made by a resident of a Contracting State for the maintenance of a resident of the other Contracting State, including a child, may be taxed only in the first State.

16. *Ad article 24*

(a) If a tax on capital is subsequently introduced in the Italian Republic, the German capital tax, levied in accordance with the provisions of this Convention, shall be deducted from the Italian capital tax in accordance with the provisions of article 24, paragraph 2.

(b) Where a company which is a resident of a Contracting State distributes dividends arising from income derived from sources situated in the other Contracting State, article 24 shall not preclude the levying of a compensatory tax on the sums distributed in accordance with the tax law of either Contracting State.

(c) The total amount to be deducted by one of the Contracting States in accordance with article 24, paragraph 2, or paragraph 3, subparagraph (b), shall not be reduced if the other Contracting State eliminates its own withholding tax on dividends in order to compensate for an increase in the companies' tax share.

(d) For the purposes of the application of article 24, paragraph 3, subparagraph (a), the income of a resident of a Contracting State shall be deemed to arise in the other Contracting State if the tax provided for in that other Contracting State has effectively been deducted from it in accordance with this Convention.

(e) If a person who is a resident of one of the Contracting States receives, between 1 January 1989 and the date of the entry into force of this Convention in accordance with article 31, paragraph 2, income from dependent personal services within the meaning of article 15, paragraph 2, such income, notwithstanding the provisions of articles 7 and 11 of the Convention of 31 October 1925, shall be taxable also in that State. The State in question shall avoid double taxation by deducting the tax levied in the State in which the work is carried out from the tax which it itself receives in respect of such income. The principles of article 24, paragraph 2, and paragraph 3, subparagraph (b), shall apply, *mutatis mutandis*.

17. *Ad articles 24 and 6 to 22*

It is understood that articles 24 and 6 to 22 of this Convention shall not prevent the Federal Republic of Germany

(a) In respect of German nationals to whom articles 2, 3 and 5 of the Law of 8 September 1972 concerning foreign tax legislation apply, from levying taxes on their income arising in the Federal Republic of Germany and their capital situated therein in accordance with German tax law; the same shall apply also in respect of German nationals who are deemed to be residents of the Italian Republic, within the

meaning of article 4, paragraph 2, of the Convention, and to whom articles 2, 3 and 5 of the Law of 8 September 1972 concerning foreign tax legislation do not apply for the simple reason that they still retain a domicile or an habitual abode in the Federal Republic of Germany. It is understood, in this regard, that the tax on income levied in Italy does not constitute a lower level of tax within the meaning of article 2, paragraph 2, subparagraph (i), of the Law of 8 September 1972 concerning foreign tax legislation. This shall not apply to persons who are liable for tax only in respect of income derived from Italian sources.

(b) From levying tax on the sums which, within the meaning of Part Four of the Law of 8 September 1972 concerning foreign tax legislation, can be attributed to a person who is a resident of the Federal Republic of Germany.

The taxation of such income or such items of capital in accordance with the provisions of this Convention shall not be prejudiced by the foregoing.

The Federal Republic of Germany shall, in accordance with the provisions of German tax law in respect of deductions of foreign tax, deduct the Italian tax levied on such income or on such items of capital under this Convention. However, the German tax may be increased to correspond to the sum that would arise from the application of the provisions of this Convention.

18. *Ad* articles 24 and 26

With regard to article 24, paragraph 3, and article 26, where there is a difference in the determination or attribution of income in the Italian Republic and in the Federal Republic of Germany which is not regulated by the mutual agreement procedure within the meaning of article 26, and which would give rise to

(a) Double taxation of the said income, the Federal Republic of Germany shall eliminate the double taxation by granting a credit in accordance with the principles stated in article 24, paragraph 3, subparagraph (b).

(b) Exemption or relief from the Italian tax and exemption from the German tax on such income, the Federal Republic of Germany shall not accord, in respect of such income, an exemption within the meaning of article 24, paragraph 3, subparagraph (a), but shall grant a credit in accordance with the principles stated in article 24, paragraph 3, subparagraph (b).

19. *Ad* article 26

The phrase “irrespective of the remedies provided by the domestic law” in article 26, paragraph 1, means that the initiation of the mutual agreement procedure shall not be deemed to take the place of national remedies.

20. *Ad* article 27

With regard to the exchange of information referred to in article 27, it is understood that that exchange shall be effected taking into account the provisions of the domestic law of the two Contracting States which have implemented Directive 77/799/EEC of 19 December 1977 concerning mutual assistance between the competent authorities of members of EEC in the area of direct taxation or which will implement future Community directives in that area.

21. *Ad* article 29

(a) The tax on royalties, within the meaning of article 12 of the Convention, may, at the request of the person to whom the royalties are owed, be withheld at

source at the rate provided for under this Convention instead of at the rate provided for under the domestic laws of the Contracting States. Such request may, however, also be presented by the person owing the royalties or by a third person, provided that they have a mandate in writing from the person to whom the royalties are owed authorizing them to do so, and that such mandate is submitted to the competent tax authorities. Such requests shall be submitted using the forms provided for the purpose, which, when duly completed, must be signed and accompanied by a declaration as to the domicile in the State of residence of the person to whom the royalties are owed and who is subject to limited tax liability.

A similar procedure may be used within the meaning of article 29, paragraph 3, for all other income subject to withholding of tax at source.

(b) The provisions of paragraph 3 of the article shall not exclude the interpretation according to which the competent authorities of the Contracting States may by mutual agreement establish other procedures for the application of the tax reductions provided for in the Convention.

22. *Ad* article 31

(a) Article 5, paragraph 2, subparagraph (g), shall apply only to building sites or assembly projects which are opened after the entry into force of the Convention.

(b) Notwithstanding article 31, paragraph 2, subparagraph (a), of the Convention, point 18 (e) of this Protocol shall apply as of 1 January 1989.

23. The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any specific difficulties that may arise should this Convention give rise to a new distribution of tax rights. This shall apply likewise to cases in which the old Convention has given rise to divergent interpretations.

IN WITNESS WHEREOF, the plenipotentiaries of the two States have signed this Protocol.

DONE at Bonn on 18 October 1989, in duplicate, in the German and Italian languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic
of Germany:

HANS WERNER LAUTENSCHLAGER
THEO WAIGEL

For the Italian
Republic:

RINO FORMICA

[TRADUCTION — TRANSLATION]

CONVENTION¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA RÉPUBLIQUE ITALIENNE TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET SUR LA FORTUNE ET À PRÉVENIR L'ÉVASION FISCALE

La République fédérale d'Allemagne et la République italienne,
Désireuses, par une nouvelle convention, d'éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune et de prévenir les évasions fiscales,
Sont convenues des dispositions ci-après :

Article premier. PERSONNES

La présente Convention s'applique aux personnes résidentes de l'un des Etats contractants ou des deux.

Article 2. IMPÔTS

1. La présente Convention s'applique aux impôts sur le revenu et sur la fortune perçus pour le compte de l'un ou l'autre Etat contractant ou de l'une de ses subdivisions politiques ou administratives ou de l'une de ses collectivités locales, quel que soit le mode de perception.

2. Sont des impôts sur le revenu et sur la fortune tous les impôts perçus sur tout ou partie du revenu ou de la fortune, y compris les impôts sur les bénéfices de l'aliénation des biens mobiliers ou immobiliers, les impôts sur la masse salariale ainsi que les impôts sur les plus-values.

3. Les impôts existants auxquels s'applique la Convention sont :

a) En ce qui concerne la République italienne :

- i) L'impôt sur le revenu des personnes physiques (*imposta sul reddito delle persone fisiche*);
- ii) L'impôt sur le revenu des personnes morales (*imposta sul reddito delle persone giuridiche*);
- iii) L'impôt local sur les revenus (*imposta locale sui redditi*);
même s'ils sont perçus par retenue à la source (ci-après dénommé « l'impôt italien »);

b) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne :

- i) L'impôt sur le revenu (*Einkommensteuer*);
- ii) L'impôt sur les sociétés (*Körperschaftsteuer*);
- iii) L'impôt sur la fortune (*Vermögensteuer*);

¹ Entrée en vigueur le 27 décembre 1992, soit un mois après l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Rome le 27 novembre 1992, conformément au paragraphe 2 de l'article 31.

iv) Les contributions des patentes (*Gewerbesteuer*);

v) L'impôt immobilier (*Grundsteuer*)

(ci-après dénommé « l'impôt-allemand »).

4. La présente Convention s'applique aussi à tous les impôts de nature identique ou analogue qui seront institués après la date de sa signature et qui s'ajouteront ou se substitueront aux impôts visés au paragraphe 3 de son article 2. Les autorités compétentes des Etats contractants se notifient les modifications importantes apportées à leurs législations fiscales respectives.

Article 3. DÉFINITIONS GÉNÉRALES

1. Au sens de la présente Convention, à moins que le contexte n'exige une interprétation différente, on entend par :

a) Un « Etat contractant » et l'« autre Etat contractant », suivant le contexte, la République italienne ou la République fédérale d'Allemagne;

b) « République italienne », au sens géographique, le territoire de la République italienne sur lequel s'applique le droit fiscal de la République italienne;

c) « République fédérale d'Allemagne », au sens géographique, le territoire de la République fédérale d'Allemagne sur lequel s'applique le droit fiscal allemand;

d) « Personne », les personnes physiques, les sociétés et toutes les autres associations de personnes;

e) « Société », toute personne morale ou toute entité considérée comme une personne morale aux fins de l'imposition;

f) « Entreprise d'un des Etats contractants » et « entreprise de l'autre Etat contractant », respectivement, une entreprise exploitée par un résident d'un Etat contractant ou une entreprise exploitée par un résident de l'autre Etat contractant;

g) « Trafic international », tout transport effectué par un navire ou un aéronef exploité par une entreprise dont le siège de direction effective est situé sur le territoire d'un Etat contractant, sauf si le navire ou l'aéronef n'est exploité qu'entre des points situés sur le territoire de l'autre Etat contractant;

h) « Ressortissant » :

i) En ce qui concerne la République italienne, toutes les personnes physiques qui possèdent la nationalité italienne;

ii) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, tous les Allemands au sens du paragraphe 1 de l'article 116 de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne;

iii) Toutes les personnes morales, les sociétés et autres associations de personnes constituées selon le droit en vigueur dans l'un des Etats contractants;

i) « Autorités compétentes » :

i) En Italie, le Ministère des finances;

ii) En République fédérale d'Allemagne, le Ministère fédéral des finances.

2. Aux fins de l'application de la présente Convention par un Etat contractant, toute expression non définie autrement a le sens que lui attribue la législation de cet

Etat applicable aux impôts qui font l'objet de la Convention, à moins que le contexte n'exige une interprétation différente.

Article 4. DOMICILE FISCAL

1. Au sens de la présente Convention, on entend par les mots « résident d'un Etat contractant » une personne qui, en vertu de la législation de cet Etat, est assujettie sur le territoire de cet Etat à l'impôt dudit Etat en raison de son domicile, de sa résidence permanente, du siège de sa direction ou de tout autre critère de nature analogue. Toutefois, ces mots ne désignent pas les personnes qui sont imposables sur le territoire de cet Etat seulement au titre des revenus qu'elles tirent de sources situées dans ledit Etat ou de la fortune qu'elles y possèdent.

2. Lorsque, selon les dispositions du paragraphe 1 du présent article, une personne physique est résidente à la fois des deux Etats contractants, sa situation est déterminée de la manière suivante :

a) Cette personne est considérée comme résidente de l'Etat contractant sur le territoire duquel elle dispose d'un foyer d'habitation permanent. Si elle dispose d'un foyer d'habitation permanent sur le territoire de chacun des Etats contractants, elle est réputée résidente de l'Etat contractant avec lequel ses liens personnels et économiques sont les plus étroits (centre des intérêts vitaux);

b) Si l'Etat contractant sur le territoire duquel cette personne a le centre de ses intérêts vitaux ne peut pas être déterminé ou si elle ne dispose d'un foyer d'habitation permanent sur le territoire d'aucun des Etats contractants, elle est réputée résidente de l'Etat contractant où elle séjourne habituellement;

c) Si cette personne séjourne habituellement sur le territoire de chacun des Etats contractants ou ne séjourne habituellement dans aucun d'eux, elle est réputée résidente de l'Etat contractant dont elle possède la nationalité;

d) Si cette personne possède la nationalité de chacun des Etats contractants ou ne possède la nationalité d'aucun d'eux, les autorités compétentes des Etats contractants tranchent la question d'un commun accord.

3. Si, selon les dispositions du paragraphe 1 du présent article, une personne autre qu'une personne physique est résidente de chacun des Etats contractants, elle est réputée résidente de l'Etat contractant où se trouve le siège de sa direction effective.

Article 5. ETABLISSEMENT STABLE

1. Au sens de la présente Convention, on entend par « établissement stable » une installation fixe d'affaires où l'entreprise exerce tout ou partie de son activité.

2. Les mots « établissement stable » s'entendent notamment :

a) Des sièges de direction;

b) Des succursales;

c) Des bureaux;

d) Des usines;

e) Des ateliers;

f) Des mines, carrières ou autres lieux d'extraction de richesses naturelles;

- g) Des chantiers de construction ou de montage dont la durée dépasse 12 mois.
3. Ne constituent pas des « établissements stables » :
- a) Les installations qui servent uniquement à l'entreposage, l'exposition ou la livraison de marchandises de l'entreprise;
- b) Les marchandises appartenant à l'entreprise qui sont entreposées aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison;
- c) Les marchandises appartenant à l'entreprise qui sont entreposées aux seules fins de transformation par une autre entreprise;
- d) Les installations fixes d'affaires utilisées aux seules fins d'acquérir des marchandises ou de réunir des informations pour l'entreprise;
- e) Les installations fixes d'affaires qui sont utilisées pour l'entreprise uniquement pour de la publicité, la fourniture d'informations, des recherches scientifiques ou des activités analogues qui ont un caractère préparatoire ou auxiliaire.
4. Une personne agissant sur le territoire d'un Etat contractant pour le compte d'une entreprise de l'autre Etat contractant — autre qu'un agent jouissant d'un statut indépendant au sens du paragraphe 5 du présent article — est réputée « établissement stable » sur le territoire du premier Etat si elle dispose de pouvoirs, qu'elle y exerce habituellement, lui permettant de conclure des contrats au nom de l'entreprise, à moins que son activité ne se limite à l'achat de marchandises pour l'entreprise.
5. Une entreprise d'un Etat contractant n'est pas considérée comme ayant un établissement stable sur le territoire de l'autre Etat contractant du seul fait qu'elle y exerce son activité par l'entremise d'un courtier, d'un commissionnaire général ou de tout autre intermédiaire jouissant d'un statut indépendant, à condition que ces personnes agissent dans le cadre de leur activité habituelle.
6. Qu'une société résidente d'un Etat contractant contrôle ou soit contrôlée par une société qui est résidente de l'autre Etat contractant ou qui exerce son activité (que ce soit par l'intermédiaire d'un établissement stable ou non) sur le territoire de l'autre Etat contractant ne suffit pas à faire de l'une quelconque de ces sociétés un établissement stable de l'autre.

Article 6. REVENUS IMMOBILIERS

1. Les revenus que les résidents d'un des Etats contractants tirent de biens immobiliers, y compris d'exploitations agricoles ou forestières situés sur le territoire de l'autre Etat contractant, sont imposables sur le territoire de l'Etat où ils sont situés.
2. Les mots « biens immobiliers » ont le sens que leur attribue le droit de l'Etat contractant où les biens sont situés. En tout cas, ils s'entendent aussi des accessoires, du cheptel mort ou vif des exploitations agricoles et forestières, ainsi que des droits auxquels s'appliquent les dispositions du droit privé concernant la propriété foncière. Ils désignent en outre l'usufruit des biens immobiliers et les droits à des redevances variables ou fixes pour l'exploitation ou la concession de l'exploitation de gisements minéraux, de sources et d'autres richesses naturelles. Les bateaux et aéronefs ne sont pas considérés comme des biens immobiliers.

3. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliquent aussi aux revenus provenant de l'exploitation directe, de la location ou de l'affermage, ainsi que de toute autre forme d'exploitation des biens immobiliers.

4. Les dispositions des paragraphes 1 et 3 s'appliquent également aux revenus provenant des biens immobiliers d'entreprises ainsi qu'aux revenus des biens immobiliers servant à l'exercice d'une profession libérale.

Article 7. BÉNÉFICES DES ENTREPRISES

1. Les bénéfices d'une entreprise d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat, à moins que l'entreprise n'exerce son activité dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé. Si l'entreprise exerce son activité d'une telle façon, ses bénéfices sont imposables dans l'autre Etat, mais uniquement dans la mesure où ils sont imputables à l'établissement stable.

2. Sous réserve des dispositions du paragraphe 3 du présent article, si une entreprise d'un Etat contractant exerce son activité dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, il est imputé, dans chaque Etat contractant, à cet établissement stable les bénéfices qu'il aurait pu faire s'il avait constitué une entreprise distincte et séparée exerçant des activités identiques ou analogues dans des conditions identiques ou analogues et traitant en toute indépendance avec l'entreprise dont il constitue un établissement stable.

3. Dans le calcul des bénéfices des établissements stables, sont admises en déduction les dépenses encourues aux fins poursuivies par cet établissement stable, y compris les dépenses de direction et les frais généraux d'administration, soit dans l'Etat où est situé l'établissement stable, soit ailleurs.

4. Si, dans un Etat contractant, il est d'usage de déterminer les bénéfices imputables à un établissement stable sur la base d'une répartition des bénéfices totaux de l'entreprise entre ses diverses parties, aucune disposition du paragraphe 2 du présent article n'empêche cet Etat contractant de déterminer les bénéfices imposables selon la répartition en usage; la méthode de répartition adoptée doit cependant être telle que le résultat obtenu soit conforme aux principes énoncés dans le présent article.

5. Aucun bénéfice n'est imputé à un établissement stable du seul fait qu'il a acheté des marchandises pour l'entreprise.

6. Aux fins de l'application des dispositions du paragraphe 5 du présent article, les bénéfices à imputer à l'établissement stable sont calculés chaque année selon la même méthode à moins qu'il n'existe des motifs valables de procéder autrement.

7. Si les bénéfices comprennent des éléments de revenu qui font l'objet de dispositions dans d'autres articles de la présente Convention, les dispositions de ces articles ne sont en rien modifiées par celles du présent article.

Article 8. NAVIGATION MARITIME ET AÉRIENNE

1. Les bénéfices provenant de l'exploitation de navires ou d'aéronefs en trafic international ne sont imposables que dans l'Etat contractant où est situé le siège de la direction effective de l'entreprise.

2. Si le siège de la direction effective d'une entreprise de navigation maritime est situé à bord d'un navire, il est réputé situé dans l'Etat contractant où se trouve le port d'attache du navire ou, à défaut de port d'attache, dans l'Etat contractant dont l'exploitant du navire est résident.

3. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliquent aussi aux bénéfices provenant de la participation à un fonds commun, une exploitation en commun ou un organisme international d'exploitation.

Article 9. ENTREPRISES ASSOCIÉES

a) Si une entreprise d'un Etat contractant participe directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'autre Etat contractant;

b) Ou si les mêmes personnes participent directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise d'un Etat contractant et d'une entreprise de l'autre Etat contractant;

et si, dans l'un et l'autre cas, les deux entreprises sont, dans leurs relations commerciales ou financières, liées par des conditions convenues ou imposées qui diffèrent de celles dont conviendraient des entreprises indépendantes, les bénéfices qui auraient été faits par l'une des entreprises sans ces conditions mais n'ont pu l'être à cause d'elles peuvent être inclus dans les bénéfices de cette entreprise et imposés en conséquence.

Article 10. DIVIDENDES

1. Les dividendes payés par une société résidente de l'un des Etats contractants à un résident de l'autre Etat sont imposables dans cet autre Etat.

2. Ces dividendes peuvent cependant être aussi imposés dans l'Etat contractant dont la société distributrice est résidente, conformément à la législation de cet Etat; si la personne à laquelle sont payés les dividendes en est effectivement le bénéficiaire, l'impôt ne peut excéder 15 p. 100 du montant brut des dividendes.

Les dispositions du présent paragraphe ne modifient en rien l'imposition des bénéfices de la société à partir desquels les dividendes sont payés.

Les autorités compétentes des deux Etats contractants conviennent des modalités d'application de cette limite.

3. Nonobstant les dispositions du paragraphe 2 du présent article, l'impôt sur les dividendes payé par une société de capitaux résidente de la République italienne à une société résidente de la République fédérale d'Allemagne qui détient directement au moins 25 p. 100 de son capital social ne peut excéder 10 p. 100 du montant brut des dividendes.

4. Les résidents de la République italienne qui ne sont pas imposables sans limites selon le droit fiscal de la République fédérale d'Allemagne au titre des dividendes qui leur sont payés par des sociétés résidentes de ce pays ont droit au remboursement de la majoration de l'impôt sur les sociétés conformément aux dispositions du paragraphe 52 de la loi relative à l'impôt sur les sociétés — *Körperschaftsteuergesetz* — de la République fédérale d'Allemagne.

5. Une société de la République fédérale d'Allemagne qui détient directement au moins 25 p. 100 du capital social d'une société de capitaux résidente de la Répu-

blique italienne et qui reçoit des dividendes distribués par celle-ci a droit au remboursement d'un montant qui correspond à la « *maggiorazione di conguaglio* » afférente à ces dividendes pour autant qu'elle a effectivement payé cette « *maggiorazione* » au titre de ces dividendes et dont est déduit le montant de l'impôt visé au paragraphe 3 du présent article. Ce remboursement doit être demandé dans les délais prévus par le droit italien par l'intermédiaire de la société distributrice qui, dans ce cas, agit au nom et pour le compte de la société résidente de la République fédérale d'Allemagne.

Ces dispositions s'appliquent aux dividendes dont la distribution est décidée à compter de la date d'entrée en vigueur de la présente Convention.

La société distributrice peut payer le montant remboursable à une société de la République fédérale d'Allemagne au moment du paiement des dividendes dus à cette société et déduire son montant dans la première déclaration d'impôts qui suit ce paiement.

Ont droit au paiement d'un montant correspondant à la « *maggiorazione di conguaglio* » les sociétés de la République fédérale d'Allemagne qui étaient bénéficiaires effectifs des dividendes à la date à laquelle la distribution de ceux-ci a été décidée et qui ont conservé les actions pendant au moins 12 mois à compter de cette date.

En cas d'augmentation ultérieure du revenu imposable de la société distributrice ou d'imposition rétroactive de réserves ou d'autres fonds, la réduction de l'impôt dû par la société au titre de l'exercice fiscal pendant lequel la rectification est devenue effective se limite à la portion de l'impôt qui correspond aux dividendes assujettis à la « *maggiorazione di conguaglio* » (et effectivement versés au Trésor public).

6. Au sens du présent article, le mot « dividendes » s'entend :

a) Des bénéfices distribués d'actions, y compris les revenus d'actions, d'usufruits, de droits de jouissance ou de parts minières, de parts de fondateurs ou d'autres droits — à l'exception de créances — assortis d'une participation aux bénéfices (y compris les revenus de participation à des sociétés à participation limitée);

b) Des autres revenus assimilés par le droit de l'Etat dont la société distributrice est résidente aux distributions de revenus d'actions aux fins de l'impôt et, aux fins de l'imposition en République fédérale d'Allemagne, les revenus que les commanditaires au sens de la législation fiscale allemande retirent de leur participation en telle qualité dans une entreprise commerciale, industrielle ou artisanale et les distributions résultant d'une participation à des fonds d'investissements.

7. Les dispositions des paragraphes 1 à 3 du présent article ne s'appliquent pas si le bénéficiaire effectif des dividendes, résident d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant dont la société distributrice est résidente, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession libérale au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la participation génératrice des dividendes se rattache effectivement à cet établissement stable ou à cette base fixe. Dans ce cas, les dividendes sont imposables dans l'autre Etat contractant selon la législation de celui-ci.

8. Si une société résidente d'un Etat contractant tire des bénéfices ou des revenus de l'autre Etat contractant, cet autre Etat ne peut imposer ni les dividendes payés par la société, sauf si ces dividendes sont payés à un résident de cet

autre Etat ou à un établissement stable ou à une base fixe située dans ledit autre Etat, ni assujettir les bénéfices de la société à l'impôt sur les bénéfices non distribués, même si les dividendes payés ou les bénéfices non distribués consistent en tout ou en partie en bénéfices ou revenus provenant de cet autre Etat.

Article 11. INTÉRÊTS

1. Les intérêts provenant d'un des Etats contractants et payés à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

2. Toutefois, ces intérêts peuvent être imposés aussi dans l'Etat contractant d'où ils proviennent et selon la législation de cet Etat; si la personne qui perçoit les intérêts en est le bénéficiaire effectif, l'impôt ne peut excéder 10 p. 100 du montant brut des intérêts.

Les autorités compétentes des Etats contractants règlent d'un commun accord les modalités d'application de cette limitation.

3. Nonobstant les dispositions du paragraphe 2 du présent article, les intérêts visés au paragraphe 1 ne sont imposables que dans l'Etat contractant dont le bénéficiaire est résident si celui-ci est le bénéficiaire effectif et que les intérêts sont :

a) Soit liés à la vente à crédit de marchandises qui sont livrées par une entreprise à une autre;

b) Soit liés à la vente à crédit de matériel industriel, commercial ou scientifique;

c) Soit sont versés en raison d'une dette ou d'une autre obligation du gouvernement d'un Etat contractant, d'une de ses subdivisions politiques ou administratives ou d'une de ses entités locales;

d) Soit sont payés au gouvernement, à une subdivision politique ou administrative ou à la Banque centrale d'un des Etats contractants.

4. Le mot « intérêts » employé dans le présent article désigne les revenus d'emprunts publics, d'obligations assorties ou non de garanties hypothécaires ou d'une clause de participation aux bénéfices, et de créances de toute nature, ainsi que tous autres produits que la législation fiscale de l'Etat d'où ils proviennent assimile aux revenus de montants prêtés.

5. Les dispositions des paragraphes 1, 2 et 3 du présent article ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des intérêts, résident d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant d'où proviennent les intérêts soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession libérale au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la créance génératrice des intérêts se rattache effectivement à l'établissement stable ou à la base fixe. Dans ce cas, les intérêts sont imposables dans l'autre Etat contractant, selon sa législation intérieure.

6. Les intérêts sont réputés provenir d'un Etat contractant si le débiteur est cet Etat lui-même ou une subdivision politique ou administrative, une collectivité locale ou un résident de cet Etat. Toutefois, si le débiteur des intérêts, résident ou non d'un Etat contractant, a dans un Etat contractant un établissement stable ou une base fixe pour lequel l'emprunt générateur des intérêts a été contracté et qui supporte la charge de ces intérêts, lesdits intérêts sont réputés provenir de l'Etat contractant où est situé l'établissement stable ou la base fixe.

7. Si des relations spéciales existent entre le débiteur et le bénéficiaire effectif ou entre l'un d'eux et un tiers et que pour cela le montant des intérêts payés, compte tenu de la créance pour laquelle ils sont versés, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le créancier en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. En ce cas, la partie excédentaire des paiements est imposable conformément à la législation de chaque Etat contractant et compte tenu des autres dispositions de la présente Convention.

Article 12. REDEVANCES

1. Les redevances provenant d'un Etat contractant et payées à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

2. Toutefois, ces redevances sont imposables aussi dans l'Etat contractant d'où elles proviennent conformément à la législation de celui-ci; si la personne qui perçoit les redevances en est le bénéficiaire effectif, l'impôt ne peut excéder 5 p. 100 du montant brut des redevances.

Les autorités compétentes des Etats contractants conviennent des modalités d'application de ces limitations.

3. Nonobstant les dispositions du paragraphe 2 du présent article, sont imposables seulement sur le territoire de l'autre Etat contractant les redevances et droits d'auteur ainsi que les autres paiements analogues au titre de la création ou de la reproduction d'œuvres littéraires, dramatiques, musicales ou artistiques, y compris de films cinématographiques ou de films ou enregistrements destinés à la retransmission radiophonique ou télévisée qui proviennent d'un Etat contractant et sont payés à une personne qui est résidente de l'autre Etat contractant et qui en est le bénéficiaire effectif.

4. Le mot « redevance » employé dans le présent article désigne les rémunérations de toute nature payées pour l'usage ou la concession de l'usage de droits d'auteur d'œuvres littéraires, artistiques ou scientifiques, y compris les films cinématographiques et les films ou enregistrements destinés à la télévision, de brevets, de marques de fabrique ou de commerce, de dessins ou de modèles, de plans, de formules ou de procédés secrets, ainsi que pour l'usage ou la concession de l'usage de matériel industriel, commercial ou scientifique ou pour des informations ayant trait à une expérience acquise dans le domaine industriel, commercial ou scientifique.

5. Les dispositions des paragraphes 1, 2 et 3 du présent article ne s'appliquent que lorsque le bénéficiaire des redevances, résident d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant, d'où proviennent les redevances, soit une activité industrielle et commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession libérale au moyen d'une base fixe qui y est située et que les droits ou les biens générateurs de redevances se rattachent effectivement à cet établissement stable ou à cette base fixe. Dans ce cas, les redevances sont imposables dans l'autre Etat contractant selon la législation de celui-ci.

6. Les redevances sont réputées provenir d'un Etat contractant si le débiteur est lui-même résident de cet Etat, d'une de ses subdivisions politiques ou administratives ou d'une de ses administrations locales ou d'un de ses résidents. Toutefois, si le débiteur des redevances a un établissement stable ou une base fixe sur le territoire de l'autre Etat contractant, que lui-même y réside ou non, et si l'obligation

de payer les redevances est liée à cet établissement ou cette base et que ce sont eux qui supportent la charge des redevances, celles-ci sont réputées provenir de l'Etat contractant où se trouve l'établissement stable ou la base fixe.

7. Si, par suite de relations spéciales qui existent entre le débiteur et le créancier ou que l'un ou l'autre entretient avec des tiers, le montant des redevances payées, compte tenu de la prestation correspondante, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le créancier en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. Dans ce cas, la partie excédentaire des paiements reste imposable conformément à la législation de chaque Etat contractant et compte tenu des autres dispositions de la présente Convention.

Article 13. GAINS PROVENANT DE L'ALIÉNATION DE CAPITAL

1. Les gains que les résidents de l'un des Etats contractants retirent de l'aliénation de biens immobiliers tels qu'ils sont définis à l'article 6 de la présente Convention sont imposables dans l'Etat contractant où ces biens sont situés.

2. Les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans l'autre Etat contractant ou de biens mobiliers constitutifs d'une base fixe dont dispose un résident d'un Etat contractant dans l'autre Etat contractant pour l'exercice d'une profession libérale, y compris les gains provenant de l'aliénation d'un tel établissement stable (seul ou avec l'ensemble de l'entreprise) ou d'une telle base fixe, sont imposables dans cet autre Etat.

3. Les gains provenant de l'aliénation de navires ou d'aéronefs exploités en trafic international ainsi que de biens meubles servant à l'exploitation de ces navires ou aéronefs ne sont imposables que dans l'Etat contractant où se trouve le siège de la direction effective de l'entreprise.

4. Les gains provenant de l'aliénation de tous biens autres que ceux qui sont visés aux paragraphes 1, 2 et 3 du présent article ne sont imposables que dans l'Etat contractant dont le cédant est résident.

Article 14. PROFESSIONS INDÉPENDANTES

1. Les revenus que les résidents d'un Etat contractant tirent d'une profession libérale ou d'autres activités indépendantes de caractère analogue sont imposables seulement dans cet Etat, à moins que ces résidents ne disposent habituellement dans l'autre Etat contractant d'une base fixe pour l'exercice de leurs activités. S'ils disposent d'une telle base, les revenus sont imposables dans l'autre Etat mais uniquement dans la mesure où ils sont imputables à cette base fixe.

2. Les mots « profession libérale » désignent en particulier les activités indépendantes d'ordre scientifique, littéraire, artistique, éducatif ou pédagogique, ainsi que les activités indépendantes des médecins, avocats, ingénieurs, architectes, dentistes et comptables.

Article 15. PROFESSIONS SALARIÉES

1. Sous réserve des dispositions des articles 16, 18 et 19 de la présente Convention, les salaires, traitements et autres rémunérations similaires que les résidents

d'un Etat contractant perçoivent au titre d'un emploi salarié sont imposables seulement dans cet Etat, à moins que l'emploi ne soit exercé dans l'autre Etat contractant. Dans ce dernier cas, les rémunérations reçues à ce titre sont imposables dans cet autre Etat.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 du présent article, les rémunérations que les résidents d'un Etat contractant reçoivent au titre d'un emploi salarié exercé dans l'autre Etat contractant sont imposables seulement dans le premier Etat si :

- a) Le bénéficiaire ne séjourne pas dans l'autre Etat pendant plus de 183 jours en tout au cours de l'année fiscale considérée;
- b) Les rémunérations sont payées par un employeur ou au nom d'un employeur qui n'est pas résident de l'autre Etat;
- c) La charge des rémunérations n'est supportée ni par un établissement stable ni par une base fixe de l'employeur dans l'autre Etat.

3. Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article, les rémunérations au titre d'un emploi salarié exercé à bord d'un navire ou d'un aéronef exploité en trafic international sont imposables dans l'Etat contractant où est situé le siège de la direction effective de l'entreprise.

Article 16. TANTIÈMES ET JETONS DE PRÉSENCE

Les tantièmes, jetons de présence et autres rétributions similaires qu'un résident d'un Etat contractant reçoit en qualité de membre du conseil d'administration ou de surveillance d'une société résidente de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

Article 17. ARTISTES ET SPORTIFS

1. Nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15 de la présente Convention, les revenus que les artistes du spectacle, notamment les artistes de théâtre, de cinéma, de la radio ou de la télévision, et les musiciens ainsi que les sportifs retirent de leurs activités personnelles exercées en cette qualité sont imposables dans l'Etat contractant où ces activités sont exercées.

2. Lorsque le revenu d'activités exercées personnellement et en cette qualité par un artiste du spectacle ou un sportif est attribué à une autre personne que l'artiste ou le sportif lui-même, il peut, nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15 de la présente Convention, être imposé dans l'Etat contractant où sont exercées ces activités.

3. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article ne s'appliquent pas si le séjour des professionnels du spectacle et des sportifs est financé en totalité ou en grande partie par des fonds publics de l'autre Etat contractant, d'une de ses subdivisions politiques ou administratives ou d'une de ses collectivités locales.

Article 18. PENSIONS

Sous réserve des dispositions des paragraphes 2, 3 et 4 de l'article 19 de la présente Convention, les pensions et autres rémunérations analogues versées à un résident d'un Etat contractant pour un travail salarié antérieur ne sont imposables que dans cet Etat.

Article 19. FONCTION PUBLIQUE

1. a) Les rémunérations autres que les pensions, versées par un Etat contractant, l'une de ses subdivisions politiques ou administratives ou l'une de ses collectivités locales à une personne physique au titre de services rendus à cet Etat ou à une de ces subdivisions ou collectivités sont imposables seulement dans cet Etat;

b) Toutefois, ces rémunérations sont imposables seulement dans l'Etat contractant où les services sont rendus si le bénéficiaire de la rémunération est résident de cet Etat et :

- i) Soit possède la nationalité dudit Etat sans posséder celle de l'autre Etat;
- ii) Soit était résident du premier Etat avant d'y fournir les services sans être résident de l'autre Etat.

2. a) Les pensions qui sont payées soit par un Etat contractant, une de ses subdivisions politiques ou administratives ou une de ses collectivités locales, soit directement, soit par un fonds spécial constitué par un Etat contractant, une de ses subdivisions politiques ou administratives ou une de ses collectivités locales à une personne physique en raison de services fournis à cet Etat, cette subdivision ou cette collectivité sont imposables seulement dans cet Etat;

b) Ces pensions sont cependant imposables uniquement dans l'autre Etat si le bénéficiaire est résident et ressortissant de celui-ci sans être ressortissant de l'Etat d'où elles proviennent.

3. Les dispositions des articles 15, 16 et 18 de la présente Convention s'appliquent aux rémunérations et pensions versées au titre de services liés à une activité industrielle ou artisanale d'un Etat contractant, d'une de ses subdivisions politiques ou administratives ou d'une de ses collectivités locales.

Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article s'appliquent toutefois aux rémunérations et pensions payées par les administrations ou organismes suivants à leur personnel :

a) En ce qui concerne la République italienne :

- La « Banca d'Italia »;
- Les « Ferrovie dello Stato (F.S.) »;
- L'« Amministrazione delle poste e delle telecomunicazioni (PP.TT.) »;

b) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne :

- La « Deutsche Bundesbank »;
- La « Deutsche Bundesbahn »;
- La « Deutsche Bundespost ».

4. Les pensions et toutes les autres prestations, périodiques ou non, payées conformément à la législation de la sécurité sociale d'un autre Etat contractant par cet Etat, l'une de ses subdivisions politiques ou administratives, l'une de ses collectivités locales ou l'une de ses personnes morales de droit public sont imposables seulement dans cet Etat si le bénéficiaire en est ressortissant sans avoir la nationalité aussi de l'autre.

5. Les indemnités qu'un Etat contractant, l'une de ses subdivisions politiques ou administratives, ou l'une de ses collectivités locales verse sous forme de pen-

sions, rentes ou autres prestations, périodiques ou non, en raison de dommages subis à la suite de guerres ou de persécutions politiques ne sont imposables que dans cet Etat.

Article 20. ETUDIANTS, STAGIAIRES ET APPRENTIS

Les montants perçus par les étudiants, stagiaires ou apprentis, qui séjournent dans un Etat contractant à seule fin d'y poursuivre leurs études ou leur formation et sont résidents de l'autre Etat ou l'étaient immédiatement avant de pénétrer sur le territoire du premier Etat pour couvrir leurs frais d'entretien, d'études ou de formation sont exonérés d'impôts dans le premier Etat à condition que leur origine soit extérieure à cet Etat.

Article 21. ENSEIGNANTS

Les personnes physiques qui, à l'invitation d'un Etat contractant, d'une université, d'un établissement d'enseignement supérieur, d'une école, d'un musée ou d'une autre institution culturelle de cet Etat contractant, ou au titre d'un échange culturel officiel, séjournent pendant une période ne dépassant pas deux ans dans cet Etat à seule fin d'y enseigner, d'y donner des cours ou d'exercer une activité de recherche dans cette institution et qui sont résidentes de l'autre Etat contractant ou l'étaient immédiatement avant de pénétrer sur le territoire du premier Etat, sont exonérées d'impôts dans ce premier Etat en ce qui concerne les rémunérations de cette activité, à condition que l'origine de ces rémunérations soit extérieure à cet Etat.

Article 22. AUTRES REVENUS

1. D'où qu'ils proviennent, les éléments du revenu d'un résident d'un Etat contractant dont il n'est pas traité dans les articles précédents de la présente Convention sont imposables seulement dans cet Etat.

2. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article ne s'appliquent pas aux revenus autres que ceux de biens immobiliers au sens du paragraphe 2 de l'article 6 si le bénéficiaire du revenu, résident d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession libérale au moyen d'une base fixe qui y est située, et que le droit ou le bien générateur du revenu se rattache effectivement à cet établissement stable ou à cette base fixe. Dans ce cas, les revenus sont imposables dans l'autre Etat contractant conformément à sa législation.

Article 23. FORTUNE

1. La fortune constituée par des biens immobiliers, au sens de l'article 6 de la présente Convention, qui appartient à un résident d'un des Etats contractants et est située dans l'autre Etat contractant, est imposable dans ce dernier.

2. La fortune constituée par des biens mobiliers faisant partie de l'actif d'un établissement stable appartenant à une entreprise d'un Etat contractant et situé dans l'autre Etat ou par des biens constitutifs d'une base fixe qui sert à un résident d'un Etat contractant à exercer une profession libérale dans l'autre Etat est imposable dans cet autre Etat.

3. Les navires et aéronefs exploités en tarif international ainsi que les biens mobiliers servant à l'exploitation de tels navires ou aéronefs sont seulement imposables dans l'Etat contractant sur le territoire duquel se trouve le siège de la direction effective de l'entreprise.

4. Tous les autres éléments de fortune des résidents de l'un des Etats contractants sont imposables seulement dans cet Etat.

Article 24. DISPOSITIONS PERMETTANT D'ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION

1. Les deux Parties contractantes sont convenues d'éviter la double imposition conformément aux dispositions énoncées dans la suite du présent article.

2. *a)* Si un résident de la République italienne perçoit des revenus imposables en République fédérale d'Allemagne, pour déterminer l'impôt sur le revenu visé à l'article 2 de la présente Convention, la République italienne peut inclure ces revenus dans la base imposable sous réserve des dispositions de l'alinéa *b* du présent paragraphe, à moins de dispositions contraires de la présente Convention;

En pareil cas, la République italienne déduit de l'impôt ainsi calculé l'impôt sur le revenu payé en République fédérale d'Allemagne (le cas échéant, y compris l'impôt sur les activités commerciales, industrielles et artisanales dans la mesure où il est prélevé sur leurs bénéfices); le montant de la déduction ne doit cependant pas excéder la fraction de l'impôt italien correspondant à la part de ces revenus dans la formation du revenu total;

Toutefois, aucune déduction n'est accordée si les revenus en République italienne sont assujettis par le droit italien à une imposition par retenue à la demande du bénéficiaire des revenus pour lesquels l'impôt est retenu à la source;

b) Sont déduits de la base imposable en République italienne les revenus provenant de dividendes visés à l'alinéa 6, *a* de l'article 10 de la présente Convention qui sont payés à une société — autre qu'une société de personnes — ayant son siège en République italienne par une société ayant son siège en République fédérale d'Allemagne dont au moins 25 p. 100 du capital appartient directement à la société italienne.

3. L'impôt des résidents de la République fédérale d'Allemagne est calculé comme suit :

a) Sauf en cas d'application des dispositions de l'alinéa *b* du présent paragraphe, sont exclus de la base imposable en Allemagne les revenus provenant de la République italienne ainsi que les éléments de fortune situés dans ce pays qui sont imposables en République italienne conformément à la présente Convention. Pour déterminer le taux de l'impôt, la République fédérale d'Allemagne conserve cependant le droit de tenir compte des revenus et des éléments de fortune ainsi exclus;

Ces dispositions s'appliquent aux revenus des dividendes visés à l'alinéa 6, *a* de l'article 10 de la présente Convention seulement si ces dividendes sont payés à une société — autre qu'une société de personnes — ayant son siège en République fédérale d'Allemagne par une société résidente de la République italienne dont 10 p. 100 au moins du capital appartient à la société allemande;

Aux fins de l'imposition sur la fortune, sont exclus également de la base imposable de l'impôt italien les participations dont les dividendes, en cas de distribution,

seraient exclus de cette base conformément aux dispositions de la phrase précédente;

b) L'impôt italien perçu conformément à la législation italienne et à la présente Convention sur les revenus ci-après provenant de la République italienne est déduit de l'impôt allemand sur le revenu et de l'impôt allemand sur les sociétés :

- i) Les dividendes au sens de l'article 10 de la présente Convention qui ne sont pas visés à l'alinéa *a* du présent paragraphe;
- ii) Les intérêts au sens de l'article 11 de la présente Convention;
- iii) Les redevances au sens de l'article 12 de la présente Convention;
- iv) Les revenus et rétributions visés aux articles 16 et 17 de la présente Convention;

L'impôt italien déductible en raison des dispositions ci-dessus ne doit toutefois pas dépasser la fraction de l'impôt allemand calculé avant la déduction qui correspond aux revenus imposables en République italienne.

Article 25. NON-DISCRIMINATION, ÉGALITÉ DE TRAITEMENT

1. Les ressortissants de chacun des Etats contractants ne sont assujettis dans l'autre Etat à aucune imposition ni obligation connexe autre ou plus lourde que celles auxquelles sont assujettis les ressortissants de l'autre Etat contractant qui se trouvent ou pourraient se trouver dans la même situation. Indépendamment des dispositions de l'article premier de la présente Convention, la présente disposition s'applique aussi aux personnes qui ne sont résidentes d'aucun des deux Etats. En particulier, les ressortissants de chaque Etat contractant qui sont imposables dans l'autre bénéficient des exemptions, abattements à la base, déductions et réductions d'impôt pour charge de famille qui sont accordés aux ressortissants de l'autre Etat dans les mêmes conditions.

2. Les établissements stables que des entreprises d'un des Etats contractants ont dans l'autre Etat ne doivent pas être imposés dans ce dernier moins favorablement que les entreprises dudit autre Etat exerçant la même activité. La présente disposition ne doit pas être interprétée comme obligeant l'un des Etats contractants à accorder aux résidents de l'autre les déductions personnelles, les abattements à la base et les réductions d'impôt qu'il accorde à ses résidents.

3. Dans les cas où les dispositions de l'article 9, du paragraphe 7 de l'article 11 ou du paragraphe 7 de l'article 12 ne s'appliquent pas, les intérêts, redevances et autres rémunérations payés par une entreprise d'un des Etats contractants à un résident de l'autre Etat sont déductibles, aux fins du calcul des bénéfices imposables de l'entreprise, dans les mêmes conditions que les paiements à un résident du premier Etat contractant. De même, les dettes qu'une entreprise d'un des Etats contractants a envers un résident de l'autre Etat sont, pour le calcul du patrimoine imposable de cette entreprise, déductibles dans les mêmes conditions que s'il s'agissait de dettes envers un résident de ce premier Etat contractant.

4. Les entreprises d'un Etat contractant dont le capital est détenu ou contrôlé, en totalité ou en partie, directement ou indirectement, par un ou plusieurs résidents de l'autre Etat contractant, ne sont assujetties dans le premier Etat à aucune imposition, ni obligation liée à une imposition, autre ou plus lourde que celles auxquelles sont ou peuvent être assujetties les entreprises de même nature du premier Etat.

5. Nonobstant les dispositions de l'article 2 de la présente Convention, les dispositions du présent article s'appliquent aux impôts de toute nature, quelle que soit leur désignation.

Article 26. PROCÉDURE AMIABLE

1. Si une personne estime que les mesures prises par un des Etats contractants ou par les deux Etats entraînent ou entraîneront pour elle une imposition non conforme aux dispositions de la présente Convention, elle peut, indépendamment des recours prévus par la législation de ces Etats, saisir l'autorité compétente de l'Etat contractant dont elle est ressortissante à condition que son cas soit visé par les dispositions du paragraphe 1 de l'article 25 de la présente Convention. Le cas doit être soumis dans les deux ans suivant la première notification de la mesure qui entraîne une imposition non conforme à la Convention.

2. Si la réclamation lui paraît fondée et si elle n'est pas elle-même en mesure d'y apporter une solution satisfaisante, l'autorité compétente s'efforce de régler la question par accord amiable avec l'autorité compétente de l'autre Etat contractant, afin d'éviter une imposition non conforme à la présente Convention.

3. Les autorités compétentes des Etats contractants s'efforcent, par accord amiable, de résoudre les difficultés ou de dissiper les doutes auxquels peut donner lieu l'interprétation ou l'application de la présente Convention.

4. Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent communiquer directement entre elles pour parvenir à un accord au sens des paragraphes 1 à 3 du présent article. Si des échanges de vues de vive voix semblent devoir faciliter cet accord, ils pourront avoir lieu au sein d'une commission composée de représentants des autorités compétentes des Etats contractants.

Article 27. ECHANGE D'INFORMATIONS

1. Les autorités compétentes des Etats contractants échangent les informations nécessaires à l'application de la présente Convention et des dispositions de leur droit interne relatives aux impôts visés par la Convention, dans la mesure où l'imposition qu'il prévoit n'est pas contraire à la Convention, et pour prévenir les évasions fiscales. L'échange d'informations n'est pas restreint par l'article premier de la présente Convention. Chaque Etat contractant tient les informations qu'il reçoit secrètes tout comme celles qu'il obtient en application de son droit interne et il ne les communique qu'aux personnes ou autorités (y compris les tribunaux et les organes administratifs) concernées par l'établissement ou le recouvrement des impôts visés par la présente Convention, par les procédures ou les poursuites concernant ces impôts ou les décisions sur les recours relatifs à ces impôts. Les personnes ou autorités susmentionnées n'utilisent ces informations qu'à ces fins. Elles peuvent en faire état au cours d'audiences publiques ou dans des jugements, à condition que les autorités compétentes de l'autre Etat contractant se n'y opposent pas.

2. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article ne peuvent en aucun cas être interprétées comme imposant à l'un des Etats contractants l'obligation de :

a) Prendre des dispositions administratives dérogeant à sa législation et à sa pratique administrative ou à celles de l'autre Etat contractant;

b) Fournir des informations qui ne pourraient pas être obtenues conformément à sa législation ou à sa pratique administrative normale ou à celles de l'autre Etat contractant;

c) Transmettre des renseignements qui révéleraient un secret commercial, industriel ou professionnel ou un procédé commercial ou des renseignements dont la communication serait contraire à l'ordre public.

Article 28. MEMBRES DE MISSIONS DIPLOMATIQUES OU CONSULAIRES

Les dispositions de la présente Convention ne portent pas atteinte aux privilèges fiscaux dont bénéficient les membres des missions diplomatiques ou consulaires en vertu des règles générales du droit international public ou des dispositions d'accords particuliers.

Article 29. DEMANDES DE REMBOURSEMENT

1. Les impôts prélevés dans l'un des Etats contractants par retenue à la source sont remboursés sur demande du contribuable ou de l'Etat dont il est résident si le droit de percevoir ces impôts est limité par la présente Convention.

2. Les demandes de remboursement, qui doivent être présentées dans les délais définis par la législation de l'Etat contractant tenu de procéder au remboursement, doivent être accompagnées d'une attestation officielle de l'Etat contractant dont le contribuable est résident, qui certifie l'existence des conditions requises pour bénéficier des avantages prévus dans la présente Convention.

3. Les autorités compétentes des Etats contractants conviennent des modalités d'application du présent article conformément aux dispositions de l'article 26 de la présente Convention.

Article 30. CLAUSE DE BERLIN

La présente Convention s'applique aussi au Land de Berlin à moins que le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne ne fasse une déclaration en sens contraire au Gouvernement de la République italienne dans les trois mois qui suivront son entrée en vigueur.

Article 31. ENTRÉE EN VIGUEUR

1. La présente Convention est soumise à ratification; les instruments de ratification seront échangés dès que possible à Rome.

2. La présente Convention entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification et s'appliquera :

a) Aux impôts sur le revenu et sur la fortune prélevés pour les années fiscales qui commenceront le premier janvier de l'année civile suivant celle au cours de laquelle les instruments de ratification auront été échangés, ou après cette date;

b) Aux impôts prélevés par retenue à la source sur les dividendes, les intérêts et les redevances à compter du premier janvier de l'année civile suivant l'année civile au cours de laquelle les instruments de ratification auront été échangés, ou après cette date.

3. La Convention conclue entre l'Allemagne et l'Italie tendant à éviter la double imposition et régler d'autres questions en matière fiscale, signée à Rome le 31 octobre 1925¹, est abrogée à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention et cesse de produire ses effets sur les impôts auxquels la présente Convention s'applique conformément au paragraphe 2 du présent article. Il en est de même de l'accord signé le 17 septembre 1968 à Rome entre la République fédérale d'Allemagne et la République italienne tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts directs pour les entreprises de navigation aérienne.

4. Toutefois, si les dispositions de la Convention du 31 octobre 1925 accordent un traitement fiscal plus favorable que celui qui est prévu pour les articles 11 et 12 de la présente Convention, à la demande de l'intéressé, les dispositions de cette convention peuvent s'appliquer jusqu'au 31 décembre 1992, à condition que la personne qui perçoit les revenus en soit le bénéficiaire effectif au sens du paragraphe 9 du protocole à la présente Convention.

Article 32. DÉNONCIATION

La présente Convention restera en vigueur tant qu'aucune des Parties contractantes ne l'aura pas dénoncée. Chacune des Parties contractantes pourra la dénoncer à compter de la cinquième année qui suivra l'année de son entrée en vigueur, par notification transmise par la voie diplomatique six mois au moins avant la fin de l'année civile en cours. Dans ce cas, la présente Convention s'appliquera la dernière fois :

a) Aux impôts prélevés par retenue à la source sur les revenus payables jusqu'au 31 décembre de l'année de dénonciation;

b) Aux autres impôts sur le revenu et sur la fortune payables pour l'année fiscale qui se termine au plus tard le 31 décembre de cette même année.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires des deux Etats contractants ont signé la présente Convention.

FAIT à Bonn, le 18 octobre 1989, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et italienne, les deux textes faisant également foi.

Pour la République
fédérale d'Allemagne :

Dr HANS WERNER LAUTENSCHLAGER

Dr THEO WAIGEL

Pour la République
italienne :

RINO FORMICA

¹ Société des Nations, *Recueil des Traités*, vol. 53, p. 245.

PROTOCOLE À LA CONVENTION ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA RÉPUBLIQUE ITALIENNE TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET SUR LA FORTUNE ET À PRÉVENIR L'ÉVASION FISCALE

A l'occasion de la signature, ce jour, entre la République fédérale d'Allemagne et la République italienne, de la Convention tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune et à prévenir l'évasion fiscale, les soussignés sont convenus des dispositions ci-après qui font partie intégrante de la Convention.

1) *Au sujet de l'article 2*

Il est convenu qu'en cas d'adoption d'un impôt sur la fortune en République italienne, la Convention s'appliquera aussi à cet impôt.

2) *Au sujet des articles 4 à 23*

Sont considérées comme résidentes d'un Etat contractant les sociétés de personnes, au sens du paragraphe 1 de l'article 4 de la Convention, qui sont constituées conformément au droit de cet Etat ou ont l'objet principal de leur activité sur le territoire de cet Etat. Toutefois, les limitations concernant le droit fiscal de l'autre Etat contractant énoncées aux articles 6 à 23 ne s'appliquent que dans la mesure où les revenus provenant de cet Etat ou le patrimoine situé sur son territoire sont assujettis à l'impôt dans le premier Etat.

3) *Au sujet de l'article 4*

Les personnes physiques qui sont considérées comme résidentes d'un Etat contractant uniquement pendant une partie de l'année et comme résidentes de l'autre Etat contractant pendant le reste de l'année, conformément aux dispositions de l'article 4 (changement de résidence), cessent d'être imposables sur le territoire du premier Etat, dans la mesure où l'imposition dépend de la résidence, à la fin du jour où a lieu le changement de résidence. L'assujettissement à l'impôt sur le territoire de l'autre Etat, dans la mesure où il dépend du lieu de résidence, commence le lendemain du changement de résidence.

4) *Au sujet des articles 6 et 24*

Aux fins de l'imposition des revenus provenant de biens immobiliers allemands, au sens de l'article 6 de la Convention, qui sont imposables en République fédérale d'Allemagne, la République italienne reprend la base d'imposition utilisée par le fisc allemand à moins que, selon le droit italien, il n'en résulte un impôt moins élevé.

5) *Au sujet de l'article 7*

a) Ne peuvent être attribués à des établissements stables constitués en tout ou en partie par des chantiers de construction ou de montage, en raison de leur activité de construction ou de montage sur le territoire de l'Etat contractant où ils sont situés, que les bénéfices résultant directement de cette activité. En particulier, au titre de ladite activité, les bénéfices résultant d'une livraison de matériel, liée à l'activité considérée, ou indépendamment de celle-ci, par l'établissement principal stable ou par un autre établissement de l'entreprise ou par un tiers ne peuvent leur être attribués.

b) Dans le cas de contrats, particulièrement de contrats d'études, de livraison, d'installation ou de construction de matériel pour des entreprises artisanales, industrielles, commerciales ou scientifiques, ou dans le cas de travaux publics, si l'entreprise a un établissement fixe, les bénéfices de celui-ci sont déterminés sur la base non pas du montant global du contrat mais seulement de la partie du contrat effectivement exécutée par cet établissement stable sur le territoire de l'Etat où il est situé. Les bénéfices relatifs à la partie du contrat exécutée sur le territoire de l'Etat où est situé le siège de direction effective sont imposables uniquement sur le territoire de cet Etat;

c) En ce qui concerne le paragraphe 3, il est convenu que les mots « les dépenses encourues aux fins poursuivies par cet établissement stable » désignent les dépenses effectivement liées à l'activité propre de l'établissement stable.

6) *Au sujet de l'article 8*

Cet article s'applique aussi aux bénéficiaires que les entreprises d'un Etat contractant retirent de la location de conteneurs pour le transport de marchandises en trafic international.

7) *Au sujet de l'article 9*

Si un des Etats contractants ajuste les bénéfices d'une entreprise conformément aux dispositions de l'article 9, l'autre Etat procède à un ajustement correspondant des bénéfices de l'entreprise associée sur son territoire pour autant qu'il reconnaît que l'ajustement est conforme aux conditions dont seraient convenues des entreprises indépendantes. Cet ajustement correspondant n'a lieu que conformément aux dispositions de l'article 26 relatives à la procédure amiable ainsi qu'aux dispositions pertinentes du présent Protocole.

8) *Au sujet des articles 10 et 11*

Par dérogation aux dispositions des articles 10 et 11, les dividendes et les intérêts sont imposables dans l'Etat contractant d'où ils proviennent, conformément à la législation de cet Etat :

a) S'ils dérivent de droits ou de créances assortis d'une participation aux bénéfices (y compris les revenus que les commanditaires retirent de leur participation, ou les revenus provenant de « partiarisches Darlehen » ou de « Gewinnogligationen ») au sens de la législation allemande;

b) S'ils sont déductibles lors de la détermination des bénéfices de la personne qui doit les dividendes ou les intérêts.

9) *Au sujet des articles 10, 11 et 12*

La personne qui perçoit les dividendes, intérêts et droits de licence en est considérée comme le bénéficiaire effectif au sens des articles 10, 11 et 12 si elle a droit à ces paiements et si les revenus qu'elle en retire doivent lui être attribués conformément au droit fiscal des deux Etats contractants.

10) *Au sujet des articles 10, 11, 12 et 22*

La dernière phrase des paragraphes 7 de l'article 10, 5 de l'article 11, 5 de l'article 12 et 2 de l'article 22 ne peut être interprétée comme constituant une dérogation aux principes énoncés aux articles 7 et 14 de la Convention.

11) *Au sujet de l'article 11*

Les intérêts visés au paragraphe 1 de l'article 11 qui sont payés au titre d'un prêt quelconque accordé par un établissement bancaire à un autre établissement bancaire sont exonérés d'impôts dans l'Etat contractant d'où ils proviennent. En cas de changement apporté au droit interne de l'un des Etats contractants, les autorités compétentes peuvent se consulter pour modifier l'exonération prévue par la disposition ci-dessus.

12) *Au sujet de l'article 13*

Si un Etat contractant, en cas de départ d'une personne physique qui en est résidente, impose la plus-value d'une participation importante dans une société également résidente, l'autre Etat contractant, en prévision d'une cession ultérieure de cette participation et dans la mesure où il impose le bénéfice d'une telle cession conformément aux dispositions du paragraphe 4, considère comme frais d'acquisition, pour déterminer la plus-value, le montant que le premier Etat aura retenu comme valeur fictive de la participation au moment du départ de la personne physique.

13) *Au sujet des articles 15 et 24*

Nonobstant les dispositions de l'article 15, les rémunérations qu'un salarié résident d'un Etat contractant retire d'un travail salarié accompli dans le cadre d'un contrat qu'il a conclu avec un fournisseur de personnel temporaire sur le territoire de l'autre Etat contractant, sont imposables dans cet autre Etat. Nonobstant les dispositions de l'article 24, ces rémunérations peuvent aussi être imposées dans l'Etat dont le salarié est résident. Cet Etat déduit le montant de l'impôt dans l'autre Etat contractant conformément aux principes énoncés à l'alinéa *a* du paragraphe 2 ou à l'alinéa *b* du paragraphe 3 de l'article 24. Conformément à leur législation, les Etats contractants peuvent faire payer l'impôt sur ces rémunérations à l'employeur ou au salarié ou tenir l'un ou l'autre responsables de ce paiement.

14) *Au sujet de l'article 19*

a) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 de l'article 19 s'appliquent aussi aux rémunérations et pensions payées à leurs salariés par l'« Ente Nazionale Italiano per il Turismo (E.N.I.T.) » et l'« Istituto Nazionale per il Commercio Estero (I.C.E.) ». Elles s'appliquent aussi aux rémunérations et pensions payées à leurs salariés par la « Deutsche Zentrale für Tourismus » et la « Deutsch-Italienische Handelskammer » dans la mesure où ces rémunérations et pensions proviennent de fonds publics allemands et à condition qu'elles soient imposables en République fédérale d'Allemagne;

b) Les dispositions du sous-alinéa *b*, i du paragraphe 1 de l'article 19 ne s'appliquent qu'aux contrats conclus après le 1^{er} janvier 1990;

c) i) Les dispositions du paragraphe 1 de l'article 19 s'appliquent aussi aux rémunérations des ressortissants italiens (même s'ils ont aussi la nationalité allemande) qui exercent leur activité dans des établissements culturels ou scolaires italiens pour autant que ces rémunérations proviennent de fonds publics italiens et sont imposables en République italienne;

ii) Les dispositions du paragraphe 1 de l'article 19 s'appliquent aussi aux rémunérations des ressortissants allemands (même s'ils ont aussi la nationalité italienne) qui exercent leur activité dans des établissements culturels ou scolaires allemands pour autant que ces rémunérations proviennent de fonds publics allemands et sont imposables en Allemagne;

d) Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent étendre l'application des dispositions de cet article au personnel d'autres organismes du même genre;

e) En ce qui concerne les pensions et autres paiements, récurrents ou non, qui sont versés conformément au droit de la sécurité sociale d'un des Etats contractants à des personnes qui sont résidentes et ont la nationalité de l'autre Etat :

- i) L'impôt italien n'est perçu que sur le montant qui serait imposable en droit allemand si le prestataire était résident de la République fédérale d'Allemagne;
- ii) La base imposable de l'impôt allemand calculée selon la législation allemande ne peut être supérieure au montant qui serait assujéti à l'impôt italien.

Les autorités compétentes conviennent des modalités d'application de cette limitation.

15) *Au sujet de l'article 22*

Les remboursements payés par un résident de l'un des Etats contractants pour l'entretien d'un résident, qui peut être un enfant, de l'autre Etat ne sont imposables que dans le premier Etat.

16) *Au sujet de l'article 24*

a) Au cas où la République italienne créerait un impôt sur la fortune, l'impôt sur la fortune allemand perçu conformément aux dispositions de la Convention sera déduit de l'impôt italien sur la fortune conformément aux dispositions du paragraphe 2 de l'article 24;

b) Si une société résidente de l'un des Etats contractants affecte à la distribution de dividendes des revenus provenant du territoire de l'autre Etat, l'article 24 ne fait pas obstacle à la création d'une taxe compensatoire sur les montants distribués conformément au droit fiscal de l'un ou l'autre Etat contractant;

c) Le montant total que l'un des Etats contractants déduit conformément aux dispositions du paragraphe 2 ou de l'alinéa 3, b de l'article 24 n'est pas réduit si l'autre Etat cesse d'appliquer la retenue qu'il pratique à la source sur les dividendes pour compenser une augmentation du taux de l'impôt sur les sociétés;

d) Aux fins de l'application de l'alinéa 3, a de l'article 24, les revenus des résidents de l'un des Etats contractants sont réputés provenir de l'autre Etat s'ils y ont été effectivement assujéti à l'impôt conformément aux dispositions de la Convention;

e) Si, entre le 1^{er} janvier 1989 et la date d'entrée en vigueur de la Convention, au sens du paragraphe 2 de son article 31, un résident de l'un des Etats contractants perçoit une rémunération d'un travail salarié au sens du paragraphe 2 de l'article 15, cette rémunération est aussi imposable dans cet Etat, nonobstant les dispositions des articles 7 et 11 de la Convention du 31 octobre 1925. Ledit Etat évite une double imposition en déduisant de l'impôt qu'il perçoit lui-même sur ces revenus celui qui est perçu dans l'Etat où le travail est accompli. Les principes du paragraphe 2 et de l'alinéa 3, b de l'article 24 s'appliquent *mutatis mutandis*.

17) *Au sujet de l'article 24 et des articles 6 à 22*

Il est entendu que les dispositions de l'article 24 et des articles 6 à 22 de la Convention n'empêchent pas la République fédérale d'Allemagne :

a) Conformément au droit fiscal allemand, d'imposer les revenus que perçoivent ses ressortissants visés aux paragraphes 2, 3 et 5 de la loi du 8 septembre

1972 relative à la fiscalité dans les relations avec l'étranger (Aubensteuergesetz), et qui ont leur source en Allemagne, de même que les éléments de fortune qui y sont situés; il en est de même dans le cas des ressortissants allemands qui sont réputés résidents italiens en application des dispositions du paragraphe 2 de l'article 4 de la Convention et ne sont pas assujettis aux dispositions des articles 2, 3 et 5 de la loi déjà citée au seul motif qu'ils ont un autre domicile ou leur résidence habituelle en République fédérale d'Allemagne;

A ce sujet, il est entendu que l'impôt sur le revenu perçu en République italienne ne constitue pas une imposition moins lourde au sens du sous-paragraphe 2.1 de l'article 2 de la loi susmentionnée. Cette disposition ne s'applique pas aux personnes qui sont imposées seulement sur des revenus d'origine italienne;

b) D'imposer les montants qui, au sens du titre 4 de la loi susmentionnée du 8 septembre 1972, sont imposables à un résident de la République fédérale d'Allemagne.

Les dispositions ci-dessus ne modifient en rien l'imposition de ces revenus ou de ces éléments de fortune par la République italienne conformément aux dispositions de la Convention.

Conformément à son droit fiscal relatif à la déductibilité des impôts étrangers, la République fédérale d'Allemagne déduit l'impôt italien perçu sur ces revenus ou sur ces éléments de fortune conformément aux dispositions de la Convention. L'impôt allemand peut cependant être perçu à concurrence du montant qui résulterait de l'application de la Convention.

18) *Au sujet des articles 24 et 26*

En ce qui concerne le paragraphe 3 de l'article 24 ainsi que l'article 26, s'il existe une différence de qualification ou de classement des revenus entre la République italienne et la République fédérale d'Allemagne, et si cette différence ne peut être éliminée par un règlement amiable au sens de l'article 26 :

a) S'il en résulte une double imposition de ces revenus, la République fédérale d'Allemagne l'évite en accordant un crédit conformément aux principes énoncés à l'alinéa 3, b de l'article 24;

b) S'il risque d'en résulter une absence d'imposition ou une imposition réduite de ces revenus en République italienne en même temps qu'une exonération de l'impôt allemand, la République fédérale d'Allemagne accorde pour ces revenus, non pas une exonération au sens du paragraphe 3, a de l'article 24 mais un crédit conformément aux principes énoncés à l'alinéa 3, b de l'article 24.

19) *Au sujet de l'article 26*

Au paragraphe 1 de l'article 26, les mots « indépendamment des recours prévus par la législation de ces Etats » signifient que l'ouverture d'une procédure amiable ne peut pas remplacer les moyens de recours interne.

20) *Au sujet de l'article 27*

En ce qui concerne l'échange d'informations prévu à l'article 27, il est entendu qu'il doit avoir lieu compte tenu des dispositions du droit interne des deux Etats contractants qui garantissent l'application de la directive 77/799/CEE du 19 décembre 1977 relative à l'entraide administrative entre les autorités compétentes des Etats membres de la CEE dans le domaine de l'impôt direct ou qui garantissent l'application de directives à venir.

21) *Au sujet de l'article 29*

a) L'imposition à la source des droits de licence prévue à l'article 12 de la Convention peut, à la demande de celui qui les perçoit, être calculée au taux prévu dans la Convention et non à celui que définit le droit interne des Etats contractants. Cette demande peut être faite cependant par celui qui doit acquitter les droits ou par un tiers, à condition d'y être autorisé par écrit par celui qui les perçoit et que l'autorisation soit présentée aux services fiscaux compétents. Les demandes doivent être établies sur les formules prévues à cet effet qui doivent être entièrement remplies et signées et doivent porter une attestation de domicile de l'Etat où réside le bénéficiaire des droits imposables de façon limitée;

Une méthode analogue peut être instaurée au sens du paragraphe 3 de l'article 29 pour tous les autres revenus imposables à la source;

b) Les dispositions du paragraphe 3 de l'article 29 n'interdisent pas aux autorités compétentes des Etats contractants de convenir d'autres modalités d'application des réductions d'impôts autorisées par la Convention.

22) *Au sujet de l'article 31*

a) Les dispositions de l'alinéa 2, g de l'article 5 ne s'appliquent qu'aux chantiers de construction ou de montage ouverts après l'entrée en vigueur de la Convention;

b) Par dérogation au paragraphe 2, a de l'article 31 de la Convention, l'alinéa 16, e du présent Protocole s'appliquera à partir du 1^{er} janvier 1989.

23) Les autorités compétentes des Etats contractants s'emploieront à résoudre d'un commun accord les difficultés particulières qui pourraient se poser si la Convention aboutit à une nouvelle répartition des droits fiscaux. Il en sera de même dans les cas où l'ancienne Convention a suscité des divergences d'interprétation.

FAIT à Bonn, le 18 octobre 1989, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et italienne, les deux textes faisant également foi.

Pour la République
fédérale d'Allemagne :

Dr HANS WERNER LAUTENSCHLAGER

Dr THEO WAIGEL

Pour la République
italienne :

RINO FORMICA

ANNEX A

***Ratifications, accessions, subsequent agreements, etc.,
concerning treaties and international agreements
registered
with the Secretariat of the United Nations***

ANNEXE A

***Ratifications, adhésions, accords ultérieurs, etc.,
concernant des traités et accords internationaux
enregistrés
au Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies***

ANNEX A

No. 4739. CONVENTION ON THE RECOGNITION AND ENFORCEMENT OF FOREIGN ARBITRAL AWARDS. DONE AT NEW YORK, ON 10 JUNE 1958¹

ACCESSION

Instrument deposited on:

7 February 1996

UZBEKISTAN

(With effect from 7 May 1996.)

Registered ex officio on 7 February 1996.

ANNEXE A

N° 4739. CONVENTION POUR LA RECONNAISSANCE ET L'EXÉCUTION DES SENTENCES ARBITRALES ÉTRANGÈRES. FAITE À NEW-YORK, LE 10 JUIN 1958¹

ADHÉSION

Instrument déposé le :

7 février 1996

OUZBÉKISTAN

(Avec effet au 7 mai 1996.)

Enregistré d'office le 7 février 1996.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 330, p. 3; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 4 to 21, as well as annex A in volumes 1252, 1265, 1279, 1297, 1306, 1317, 1331, 1342, 1351, 1372, 1394, 1410, 1426, 1434, 1455, 1458, 1484, 1492, 1494, 1501, 1509, 1513, 1516, 1518, 1523, 1526, 1537, 1549, 1552, 1591, 1592, 1665, 1671, 1673, 1679, 1714, 1720, 1723, 1727, 1732, 1736, 1771, 1774, 1777, 1821, 1824, 1829, 1830, 1856, 1860, 1864, 1887 and 1896.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 330, p. 3; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 4 à 21, ainsi que l'annexe A des volumes 1252, 1265, 1279, 1297, 1306, 1317, 1331, 1342, 1351, 1372, 1394, 1410, 1426, 1434, 1455, 1458, 1484, 1492, 1494, 1501, 1509, 1513, 1516, 1518, 1523, 1526, 1537, 1549, 1552, 1591, 1592, 1665, 1671, 1673, 1679, 1714, 1720, 1723, 1727, 1732, 1736, 1771, 1774, 1777, 1821, 1824, 1829, 1830, 1856, 1860, 1864, 1887 et 1896.

No. 4789. AGREEMENT CONCERNING THE ADOPTION OF UNIFORM CONDITIONS OF APPROVAL AND RECIPROCAL RECOGNITION OF APPROVAL FOR MOTOR VEHICLE EQUIPMENT AND PARTS. DONE AT GENEVA, ON 20 MARCH 1958¹

N° 4789. ACCORD CONCERNANT L'ADOPTION DE CONDITIONS UNIFORMES D'HOMOLOGATION ET LA RECONNAISSANCE RÉCIPROQUE DE L'HOMOLOGATION DES ÉQUIPEMENTS ET PIÈCES DE VÉHICULES À MOTEUR. FAIT À GENÈVE, LE 20 MARS 1958¹

APPLICATION of Regulation No. 44 annexed to the above-mentioned Agreement

APPLICATION du Règlement n° 44 annexé à l'Accord susmentionné

Notification received on:

Notification reçue le :

2 February 1996

2 février 1996

SPAIN

ESPAGNE

(With effect from 2 April 1996.)

(Avec effet au 2 avril 1996.)

Registered ex officio on 2 February 1996.

Enregistré d'office le 2 février 1996.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 335, p. 211; see also vol. 516, p. 378 (rectification of the authentic English and French texts of article 1 (8)); vol. 609, p. 290 (amendment to article 1 (1)); and vol. 1059, p. 404 (rectification of the authentic French text of article 12 (2)); for other subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 4 to 21, as well as annex A in volumes 1252, 1253, 1254, 1255, 1256, 1259, 1261, 1271, 1273, 1275, 1276, 1277, 1279, 1284, 1286, 1287, 1291, 1293, 1294, 1295, 1299, 1300, 1301, 1302, 1308, 1310, 1312, 1314, 1316, 1317, 1321, 1323, 1324, 1327, 1328, 1330, 1331, 1333, 1335, 1336, 1342, 1347, 1348, 1349, 1350, 1352, 1355, 1358, 1361, 1363, 1364, 1367, 1374, 1379, 1380, 1389, 1390, 1392, 1394, 1398, 1401, 1402, 1404, 1405, 1406, 1408, 1409, 1410, 1412, 1413, 1417, 1419, 1421, 1422, 1423, 1425, 1428, 1429, 1434, 1436, 1438, 1443, 1444, 1458, 1462, 1463, 1464, 1465, 1466, 1474, 1477, 1483, 1484, 1485, 1486, 1487, 1488, 1489, 1490, 1492, 1494, 1495, 1499, 1500, 1502, 1504, 1505, 1506, 1507, 1509, 1510, 1511, 1512, 1513, 1514, 1515, 1516, 1518, 1519, 1520, 1522, 1523, 1524, 1525, 1526, 1527, 1530, 1537, 1541, 1543, 1545, 1546, 1547, 1548, 1549, 1552, 1555, 1557, 1558, 1559, 1563, 1565, 1566, 1567, 1568, 1569, 1573, 1575, 1578, 1580, 1581, 1582, 1583, 1584, 1585, 1589, 1590, 1593, 1597, 1598, 1605, 1607, 1637, 1639, 1641, 1642, 1647, 1649, 1654, 1656, 1658, 1664, 1671, 1672, 1673, 1678, 1685, 1686, 1688, 1689, 1691, 1693, 1695, 1696, 1698, 1699, 1700, 1702, 1703, 1709, 1714, 1717, 1722, 1723, 1724, 1725, 1728, 1730, 1731, 1745, 1747, 1748, 1753, 1762, 1763, 1764, 1765, 1768, 1769, 1770, 1771, 1774, 1775, 1777, 1785, 1787, 1792, 1819, 1822, 1823, 1824, 1829, 1830, 1832, 1840, 1843, 1844, 1846, 1849, 1860, 1861, 1862, 1863, 1864, 1870, 1871, 1872, 1880/1881, 1882, 1884, 1886, 1887, 1890, 1891, 1893, 1898, 1900, 1901, 1902 and 1903.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 335, p. 211; voir aussi vol. 516, p. 379 (rectification des textes authentiques anglais et français du paragraphe 8 de l'article 1); vol. 609, p. 291 (amendement du paragraphe 1 de l'article 1); et vol. 1059, p. 404 (rectification du texte authentique français du paragraphe 2 de l'article 12; pour les autres faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 4 à 21, ainsi que l'annexe A des volumes 1252, 1253, 1254, 1255, 1256, 1259, 1261, 1271, 1273, 1275, 1276, 1277, 1279, 1284, 1286, 1287, 1291, 1293, 1294, 1295, 1299, 1300, 1301, 1302, 1308, 1310, 1312, 1314, 1316, 1317, 1321, 1323, 1324, 1327, 1328, 1330, 1331, 1333, 1335, 1336, 1342, 1347, 1348, 1349, 1350, 1352, 1355, 1358, 1361, 1363, 1364, 1367, 1374, 1379, 1380, 1389, 1390, 1392, 1394, 1398, 1401, 1402, 1404, 1405, 1406, 1408, 1409, 1410, 1412, 1413, 1417, 1419, 1421, 1422, 1423, 1425, 1428, 1429, 1434, 1436, 1438, 1443, 1444, 1458, 1462, 1463, 1464, 1465, 1466, 1474, 1477, 1483, 1484, 1485, 1486, 1487, 1488, 1489, 1490, 1492, 1494, 1495, 1499, 1500, 1502, 1504, 1505, 1506, 1507, 1509, 1510, 1511, 1512, 1513, 1514, 1515, 1516, 1518, 1519, 1520, 1522, 1523, 1524, 1525, 1526, 1527, 1530, 1537, 1541, 1543, 1545, 1546, 1547, 1548, 1549, 1552, 1555, 1557, 1558, 1559, 1563, 1565, 1566, 1567, 1568, 1569, 1573, 1575, 1578, 1580, 1581, 1582, 1583, 1584, 1585, 1589, 1590, 1593, 1597, 1598, 1605, 1607, 1637, 1639, 1641, 1642, 1647, 1649, 1654, 1656, 1658, 1664, 1671, 1672, 1673, 1678, 1685, 1686, 1688, 1689, 1691, 1693, 1695, 1696, 1698, 1699, 1700, 1702, 1703, 1709, 1714, 1717, 1722, 1723, 1724, 1725, 1728, 1730, 1731, 1745, 1747, 1748, 1753, 1762, 1763, 1764, 1765, 1768, 1769, 1770, 1771, 1774, 1775, 1777, 1785, 1787, 1792, 1819, 1822, 1823, 1824, 1829, 1830, 1832, 1840, 1843, 1844, 1846, 1849, 1860, 1861, 1862, 1863, 1864, 1870, 1871, 1872, 1880/1881, 1882, 1884, 1886, 1887, 1890, 1891, 1893, 1898, 1900, 1901, 1902 et 1903.

No. 6262. AGREEMENT BETWEEN FINLAND, DENMARK, ICELAND, NORWAY AND SWEDEN CONCERNING CO-OPERATION. SIGNED AT HELSINKI, ON 23 MARCH 1962¹

N° 6262. ACCORD DE COOPÉRATION ENTRE LA FINLANDE, LE DANEMARK, L'ISLANDE, LA NORVÈGE ET LA SUÈDE. SIGNÉ À HELSINKI, LE 23 MARS 1962¹

AGREEMENT² AMENDING THE ABOVE-MENTIONED AGREEMENT, AS AMENDED.³ SIGNED AT COPENHAGEN ON 29 SEPTEMBER 1995

ACCORD² MODIFIANT L'ACCORD SUSMENTIONNÉ, TEL QUE MODIFIÉ³. SIGNÉ À COPENHAGUE LE 29 SEPTEMBRE 1995

Authentic texts: Danish, Finnish, Icelandic, Norwegian and Swedish.

Textes authentiques : danois, finnois, islandais, norvégien et suédois.

Registered by Finland on 7 February 1996.

Enregistré par la Finlande le 7 février 1996.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 434, p. 145, and annex A in volumes 795, 985, 1357, 1440, 1676 and 1753.

² Came into force on 2 January 1996, i.e., 15 days after the exchange of notifications confirming the completion of the constitutional requirements, in accordance with section II:

<i>Participant</i>	<i>Date of the notification</i>
Denmark	5 December 1995
Sweden	14 December 1995
Iceland	15 December 1995
Norway	15 December 1995
Finland	18 December 1995

³ United Nations, *Treaty Series*, vol. 795, p. 370; vol. 985, p. 407; vol. 1357, p. 355; vol. 1440, p. 390; vol. 1676, No. A-6262 and vol. 1753, No. A-6262.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 434, p. 145, et annexe A des volumes 795, 985, 1357, 1440, 1676 et 1753.

² Entré en vigueur le 2 janvier 1996, soit 15 jours après l'échange de notifications confirmant l'accomplissement des formalités constitutionnelles, conformément à la section II :

<i>Participant</i>	<i>Date de la notification</i>
Danemark	5 décembre 1995
Suède	14 décembre 1995
Islande	15 décembre 1995
Norvège	15 décembre 1995
Finlande	18 décembre 1995

³ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 795, p. 371; vol. 985, p. 410; vol. 1357, p. 358; vol. 1440, p. 393; vol. 1676, n° A-6262 et vol. 1753, n° A-6262.

[DANISH TEXT — TEXTE DANOIS]

OVERENSKOMST

om ændring af samarbejdsoverenskomsten
mellem Danmark, Finland, Island, Norge og Sverige

Danmarks, Finlands, Islands, Norges og Sveriges regeringer,

som ved overenskomster af 13. februar 1971, 11. marts 1974, 15. juni 1983, 6. maj 1985, 21. august 1991 og 18. marts 1993 har ændret samarbejdsoverenskomsten af 23. marts 1962 mellem de nordiske lande, og

som ønsker at forny og udvikle det nordiske samarbejde i lyset af de nordiske landes udvidede deltagelse i det europæiske samarbejde,

er blevet enige om følgende:

I

Artiklerne 2, 48, 51, 52, 53, 54 og 55 i samarbejdsoverenskomsten får følgende nye ordlyd:

Artikel 2

Ved udformningen af love og andre retsregler i de nordiske lande skal statsborgere i de øvrige nordiske lande sidestilles med landets egne statsborgere. Dette gælder inden for samarbejdsoverenskomstens virkeområde.

Undtagelse fra første stykke kan dog gøres, hvis krav om statsborgerskab er grundlovsfæstet, nødvendigt på grund af andre internationale forpligtelser eller det i øvrigt af særlige grunde skønnes nødvendigt.

Artikel 48

Danmarks Riges delegation består af de af Folketinget valgte medlemmer og de af regeringen udpegede repræsentanter samt Færøernes og Grønlands i andet stykke nævnte delegationer. Finlands delegation består af de af Riksdagen valgte medlemmer og de af regeringen udpegede repræsentanter samt af Ålands i andet stykke nævnte delegation. For hvert af de øvrige lande består delegationen af de af den folkevalgte forsamling valgte medlemmer og de af regeringen udpegede repræsentanter.

Færøernes delegation består af de af Lagtinget valgte medlemmer og de af landsstyret udpegede repræsentanter. Grønlands delegation består af de af Landstinget valgte medlemmer og de af landsstyret udpegede repræsentanter. Ålands delegation består af de af Lagtinget valgte medlemmer og de af landskapsstyrelsen udpegede repræsentanter.

Ved "delegation" forstås i artikel 58, andet stykke, landets delegation.

Artikel 51

Plenarforsamlingen består af alle medlemmer af Rådet.

Plenarforsamlingen holder ordinær session mindst én gang om året. Ekstraordinære sessioner eller temasesioner holdes, når Præsidiets træffer beslutning herom, eller når mindst to regeringer eller mindst femogtyve valgte medlemmer begærer det.

Rådets beføjelser udøves af plenarforsamlingen, såfremt ikke andet er særligt foreskrevet.

Plenarforsamlingens forhandlinger er offentlige, såfremt plenarforsamlingen ikke beslutter andet.

Artikel 52

Plenarforsamlingen udpeger for et kalenderår ved den årlige ordinære session et præsidium bestående af en præsident og det antal medlemmer, som er anført i Nordisk Råds forretningsorden.

Forskellige politiske meningsretninger skal være repræsenteret i Præsidiets. Hvert land skal være repræsenteret i Præsidiets.

Medlemmerne af Præsidiets skal være valgte medlemmer af Rådet.

Præsidiets varetager Rådets løbende forretninger og repræsenterer i øvrigt Rådet i den udstrækning, som fremgår af denne overenskomst og Rådets forretningsorden.

Rådets formandskab varetages på skift af de nordiske lande i overensstemmelse med Nordisk Råds forretningsorden.

Artikel 53

Plenarforsamlingen bestemmer udvalgenes antal og virksomhedsområder. Udvalgene har til opgave at forberede sagernes behandling i rådet.

Artikel 54

Rådet bistås i sin virksomhed af et præsidiasekretariat.

Artikel 55

Regeringerne, Færøernes landsstyre, Grønlands landsstyre, Ålands landskapsstyrelse, Ministerrådet, Rådets Præsidium og udvalgene samt ethvert medlem har ret til at stille forslag i Rådet.

II

Overenskomsten træder i kraft femten dage efter den dag, da samtlige parter har givet det finske udenrigsministerium meddelelse om deres godkendelse af overenskomsten.

Det finske udenrigsministerium underretter de øvrige parter om modtagelsen af disse meddelelser og om tidspunktet for overenskomstens ikrafttrædelse.

III

Originalteksten til denne overenskomst deponeres i det finske udenrigsministerium, som tilstiller de øvrige parter bekræftede genparter deraf.

Til bekræftelse heraf har undertegnede befuldmægtigede repræsentanter undertegnet denne overenskomst.

Udfærdiget i København den 29. september 1995 i ét eksemplar på dansk, finsk, islandsk, norsk og svensk, hvilke tekster alle har samme gyldighed.

[For the signatures, see p. 437 of this volume — Pour les signatures, voir p. 437 du présent volume.]

[FINNISH TEXT — TEXTE FINNOIS]

SOPIMUS

Tanskan, Suomen, Islannin, Norjan ja Ruotsin välillä tehdyn yhteistyösopimuksen muuttamisesta

Tanskan, Suomen, Islannin, Norjan ja Ruotsin hallitukset.

jotka ovat 13 päivänä helmikuuta 1971, 11 päivänä maaliskuuta 1974, 15 päivänä kesäkuuta 1983, 6 päivänä toukokuuta 1985, 21 päivänä elokuuta 1991 ja 18 päivänä maaliskuuta 1993 tehdyillä sopimuksilla muuttaneet Pohjoismaiden välillä 23 päivänä maaliskuuta 1962 tehtyä yhteistyösopimusta, ja

jotka haluavat edelleen uudistaa ja kehittää pohjoismaista yhteistyötä Pohjoismaiden Euroopan yhteistyöhön osallistumisen laajenemisen valossa,

ovat sopineet seuraavasta:

1

Yhteistyösopimuksen 2, 48, 51, 52, 53, 54 ja 55 artikla muutetaan kuulumaan seuraavasti:

2 artikla

Lakeja ja muita määräyksiä laadittaessa Pohjoismaissa on muiden Pohjoismaiden kansalaisia kohdeltava yhdenvertaisesti oman maan kansalaisten kanssa. Tämä koskee yhteistyösopimuksen soveltamisaluetta.

Ensimmäisen kappaleen määräyksistä voidaan kuitenkin poiketa, jos kansalaisuusvaatimus johtuu perustuslaista, on tarpeen muiden kansainvälisten velvoitteiden johdosta tai jos jama muista erityisistä syistä katsotaan tarpeelliseksi.

48 artikla

Tanskan valtakunnan valtuuskunnan muodostavat kansankäräjien valitsemat jäsenet ja hallituksen määräämät edustajat sekä Fär-saarten ja Grönlannin toisessa kappaleessa mainitut valtuuskunnat. Suomen valtuuskunnan muodostavat eduskunnan valitsemat jäsenet ja hallituksen määräämät edustajat sekä toisessa kappaleessa mainittu Ahvenanmaan valtuuskunta. Kunkin muun maan valtuuskunnan muodostavat kansanedustajainkoksen valitsemat jäsenet ja hallituksen määräämät edustajat.

Fär-saarten valtuuskunnan muodostavat maakäräjien valitsemat jäsenet ja maakuntahallituksen määräämät edustajat. Grönlannin valtuuskunnan muodostavat maakäräjien valitsemat jäsenet ja maakuntahallituksen määräämät edustajat. Ahvenanmaan valtuuskunnan muo-

dostavat maakuntapäivien valitsemat jäsenet ja maakuntahallituksen määräämät edustajat.

Valtuuskunta tarkoittaa 58 artiklan 2 kappaleessa maan valtuuskuntaa.

51 artikla

Yleiskokouksen muodostavat kaikki neuvoston jäsenet.

Yleiskokous pitää vähintään kerran vuodessa varsinaisen istuntonsa. Ylimääräinen istunto tai aihekohtainen istunto pidetään, kun puheenjohtajisto niin päättää tai milloin vähintään kaksi hallitusta tai vähintään kaksikymmentäviisi valittua jäsentä sitä pyytävät.

Yleiskokous käyttää neuvoston toimivaltaa, jollei muuta ole erikseen määrätty.

Asian käsittely yleiskokouksessa on julkista, ellei yleiskokous toisin päättää.

52 artikla

Yleiskokous valitsee kalenterivuodeksi kerrallaan vuotuisessa varsinaisessa istunnossa puheenjohtajiston, johon kuuluvat presidentti ja Pohjoismaiden neuvoston työjärjestyksessä mainittu määrä muita jäseniä.

Eri poliittisten mielipidesuuntausten on oltava edustettuna puheenjohtajistossa. Kunkin maan tulee olla edustettuna puheenjohtajistossa.

Puheenjohtajiston jäsenen on oltava neuvoston valittu jäsen.

Puheenjohtajisto huolehtii neuvoston juoksevien asiain hoidosta ja edustaa muutoin neuvostoa siinä laajuudessa kuin tasta sopimuksesta ja neuvoston työjärjestyksestä ilmenee.

Neuvoston presidenttitys kiertää Pohjoismaiden kesken Pohjoismaiden neuvoston työjärjestyksestä ilmenevällä tavalla.

53 artikla

Yleiskokous määrää valiokuntien lukumäärän ja toimialat.

Valiokuntien tehtävänä on valmistella asioiden käsittelyä neuvostossa.

54 artikla

Neuvostoa avustaa sen toiminnassa puheenjohtajiston sihteensto.

§§ artikla

Oikeus tehdä ehdotuksia neuvostolle on hallituksilla, Fär-saarten maakuntahallituksella, Groniannin maakuntahallituksella, Ahvenanmaan maakuntahallituksella, ministerineuvostolla, neuvoston puheenjohtajistolla ja valio-kunnilla sekä jäsenellä.

II

Sopimus tulee voimaan viidentoista päivän kuluttua siitä, kun kaikki osapuolet ovat ilmoittaneet Suomen ulkoasiainministeriolle sopimuksen hyväksymisestä.

Suomen ulkoasiainministerio ilmoittaa muille osapuolille näiden ilmoitusten vastaanottamisesta ja sopimuksen voimaantuloajankohdasta.

III

Tämän sopimuksen alkuperäiskappale talletetaan Suomen ulkoasiainministerion huostaan, joka toimittaa sitä muille osapuolille oikeaksi todistetun jäljennöksen.

Tämän vakuudeksi ovat asianmukaisesti valtuutetut edustajat allekirjoittaneet tämän sopimuksen.

Tehty Kööpenhaminassa 29 päivänä syyskuuta 1995 yhtenä tanskan-, suomen-, islannin-, norjan- ja ruotsinkielisenä kappaleena, jonka kaikki tekstit ovat yhtä todistusvoimaiset.

[For the signatures, see p. 437 of this volume — Pour les signatures, voir p. 437 du présent volume.]

[ICELANDIC TEXT — TEXTE ISLANDAIS]

SAMKOMULAG

um breytingu á samstarfssamningnum milli Danmerkur, Finnlands, Íslands, Noregs og Svíþjóðar

Ríkisstjórnir Danmerkur, Finnlands, Íslands, Noregs og Svíþjóðar.

sem með samkomulagi frá 13. febrúar 1971, 11. mars 1974, 15. júní 1983, 6. maí 1985, 21. ágúst 1991 og 18. mars 1993 hafa breytt samstarfssamningnum frá 23. mars 1962 milli Norðurlandanna, og

sem óska þess að endurnýja og þróa enn frekar norrænt samstarf í ljósi aukinnar þátttöku Norðurlanda í evrópskri samvinnu

hafa orðið sammála um eftirfarandi:

I

2., 48., 51., 52., 53., 54. og 55. gr. samstarfssamningsins breytast og orðast svo:

2. grein

Við setningu laga og annarra réttarreglna á Norðurlöndum skulu ríkisborgarar annarra norrænna landa njóta sama réttar og ríkisborgarar viðkomandi lands. Þetta gildir á því sviði sem samstarfssamningurinn tekur til.

Undanþágu frá 1. mgr. má þó gera, ef skilyrði um ríkisborgararétt er bundið í stjórnarskrá, nauðsynlegt vegna annarra alþjóðlegra skuldbindinga eða það telst nauðsynlegt af öðrum sérstökum ástæðum.

48. grein

Í deild danska ríkisins eru þeir fulltrúar sem þjóðþingið kys og þeir fulltrúar sem ríkisstjórnin velur, svo og deildir Færeyja og Grænlands sem nefndar eru í 2. mgr. Í deild Finnlands eru þeir fulltrúar, sem ríkisþingið kys og þeir fulltrúar sem ríkisstjórnin velur, svo og deild Álandseyja sem talin er í 2. mgr. Deildir hinna ríkjanna skipa kjörnir fulltrúar þjóðþinganna og fulltrúar sem ríkisstjórnirnar velja.

Í deild Færeyja eru þeir fulltrúar sem lögþingið kys og þeir fulltrúar sem landsstjórnin velur. Í deild Grænlands eru þeir fulltrúar sem landsþingið kys og þeir fulltrúar, sem landsstjórnin velur. Í deild Álandseyja eru þeir fulltrúar sem lögþingið kys og þeir fulltrúar sem stjórn Álandseyja velur.

Orðið „deild“ í 2. mgr. 58. gr. merkir deild viðkomandi lands.

51. grein

Þing Norðurlandaráðs skipa allir fulltrúar ráðsins.

Reglulegt þing er háð einu sinni á ári hið minnsta. Til aukþings eða þings um sérstakt málefni skal kvatt, þegar stjórnarnefndin ákveður eða þegar að minnsta kosti tvær ríkisstjórnir eða eigi færri en 25 kjörnir fulltrúar æskja þess.

Vald ráðsins er í höndum þingsins, nema annað sé ákveðið.

Þingfundir eru háðir í heyranda hljóði, nema þingið ákveði annað.

52. grein

Á árlegu reglulegu þingi Norðurlandaráðs kys það stjórnarnefnd til eins almanaksárs í senn, sem í eiga sæti forseti ásamt þeim fjölda annarra fulltrúa, sem þingskop Norðurlandaráðs kveða á um.

Þess skal gætt að mismunandi stjórnmalastefnur eigi fulltrúa í stjórnarnefndinni. Sérhvert land skal eiga fulltrúa í stjórnarnefndinni.

Fulltrúi í stjórnarnefndinni skal vera kjörinn fulltrúi í ráðinu.

Stjórnarnefndin annast dagleg störf ráðsins og er að öðru leyti fulltrúi þess í samræmi við samning þennan og þingsköp ráðsins.

Embætti forseta ráðsins færast milli landanna með þeim hætti sem fram kemur í þingsköpum Norðurlandaráðs.

53. grein

Þingið ákveður fjölda nefnda og starfssvið þeirra. Verkefni nefndanna er að undirbúa afgreiðslu mála í ráðinu.

54. grein

Ráðinu til aðstoðar í störfum sínum er skrifstofa stjórnarnefndarinnar.

55. grein

Sérhver ríkisstjórn, landsstjórnir Færeyja og Grænlands, stjórn Álandseyja, ráðherranefndin, stjórnarnefnd ráðsins og nefndirnar svo og sérhver fulltrúi hefur tillögurétt í ráðinu.

II

Samkomulag þetta öðlast gildi fimmtán dögum eftir þann dag er allir samningsaðilar hafa tilkynnt finnska utanríkisráðuneytinu, að þeir hafi samþykkt það.

Finnska utanríkisráðuneytið tilkynnir hinum samningsaðilunum um móttöku tilkynninga skv. ofansögðu og hvenær samkomulagið taki gildi.

III

Frumriti þessa samkomulags skal komið til vörslu hjá finnska utanríkisráðuneytinu sem lætur öðrum samningsaðilum í té staðfest afrit af því.

Þessu til staðfestu hafa fulltrúar, sem til þess hafa fullt umboð, undirritað samkomulag þetta.

Gjört í ~~Kaupmannavíki~~ ~~á~~ ~~hinn~~ ~~29.~~ ~~sept.~~ 1995 í einu eintaki á dönsku, finnsku, íslensku, norsku og sænsku og skulu allir textar jafngildir.

[For the signatures, see p. 437 of this volume — Pour les signatures, voir p. 437 du présent volume.]

[NORWEGIAN TEXT — TEXTE NORVÉGIEN]

OVERENSKOMST

om endringer i samarbeidsoverenskomsten mellom Danmark, Finland, Island, Norge og Sverige

Danmarks, Finlands, Islands, Norges og Sveriges regjeringer,

som ved overenskomster av 13. februar 1971, 11. mars 1974, 15. juni 1983, 6. mai 1985, 21. august 1991 og 18. mars 1993 har endret samarbeidsoverenskomsten av 23. mars 1962 mellom de nordiske land, og

som ønsker å fornye og utvikle det nordiske samarbeidet ytterligere i lys av de nordiske lands utvidede deltakelse i europeisk samarbeid,

er blitt enige om følgende:

I

Artikkel 2, 48, 51, 52, 53, 54 og 55 i samarbeidsoverenskomsten endres, og får følgende ordlyd:

Artikkel 2

Ved utformingen av lover og andre rettsregler i de nordiske land skal statsborgere i de øvrige nordiske land behandles likt med landets egne statsborgere. Dette gjelder innenfor samarbeidsoverenskomstens virkeområde.

Det kan likevel gjøres unntak fra første avsnitt dersom krav til statsborgerskap er grunnlovsfestet, nødvendig på grunn av andre internasjonale forpliktelser eller det ellers av særlige grunner anses som nødvendig.

Artikkel 48

Danmarks rikes delegasjon består av de medlemmer som er valgt av folketinget og de representanter som er utpekt av regjeringen samt av Færøyenes og Grønlands delegasjoner som nevnt i annet avsnitt. Finlands delegasjon består av medlemmer som er valgt av riksdagen og de representanter som er utpekt av regjeringen samt av

Ålands delegasjon nevnt i annet avsnitt. Delegasjonen for hvert av de øvrige land består av de medlemmer som er valgt av den folkevalgte forsamling og de representanter som er utpekt av regjeringen.

Færøyenes delegasjon består av de medlemmer som er valgt av lagtinget og de representanter som er utpekt av landsstyret. Grønlands delegasjon består av de medlemmer som er valgt av landstinget og de representanter som er utpekt av landsstyret. Ålands delegasjon består av de medlemmer som er valgt av lagtinget og de representanter som er utpekt av landskapsstyrelsen.

Med "delegasjon" forstås i artikkel 58. annet avsnitt, landets delegasjon.

Artikkel 51

Plenarforsamlingen består av alle medlemmer av Rådet.

Plenarforsamlingen avholder ordinær sesjon minst en gang i året. Ekstraordinær sesjon eller temasesjon holdes når presidiet beslutter det, eller når minst to regjeringer eller minst femogtyve valgte medlemmer henstiller om det.

Rådets forføyninger utøves av plenarforsamlingen, hvis ikke noe annet er særlig foreskrevet.

Plenarforsamlingens forhandlinger er offentlige, med mindre plenarforsamlingen bestemmer noe annet.

Artikkel 52

Plenarforsamlingen utpeker for et kalenderår ved årlig ordinær sesjon et presidium bestående av en president og det antall andre medlemmer som angis i forretningsorden for Nordisk Råd. Ulike politiske meningsretninger skal være representert i presidiet.

Medlemmer av presidiet skal være valgte medlemmer av Rådet.

Presidiet ivaretar Rådets løpende forretninger og opptrer for øvrig på Rådets vegne i den utstrekning som fremgår av denne overenskomst og Rådets forretningsorden.

Presidentskapet i Rådet roterer mellom de nordiske land på den måte som fremgår av forretningsorden for Nordisk Råd.

Artikkel 53

Plenarforsamlingen bestemmer utvalgenes antall og forretningsområde. Utvalgenes oppgave er å forberede behandlingen av sakene i Rådet.

Artikkel 54

Rådet bistås i sin virksomhet av et presidiesekretariat.

Artikkel 55

Regjeringene, Færøvenes landsstyre, Grønlands landsstyre, Ålands landskapsstyrelse, Ministerrådet, Rådets presidium og utvalg samt medlemmene har rett til å fremsette forslag for Rådet.

II

Overenskomsten trer i kraft femten dager etter den dag da samtlige avtaleparter har meddelt Finlands utenriksministerium at overenskomsten er godkjent.

Finlands utenriksministerium underretter de øvrige avtaleparter om mottakelsen av disse meddelelser, og om tidspunktet for overenskomstens ikrafttredelse.

III

Originaleksemplaret til denne overenskomst deponeres hos Finlands utenriksministerium, som tilstiller de øvrige avtaleparter bekreftede gjenparter.

Til bekreftelse av dette har de behørig befullmektigede representanter undertegnet denne overenskomst.

Som fant sted i København den 29. september 1995 i ett eksemplar på dansk, finsk, islandsk, norsk og svensk, som alle har samme gyldighet.

[For the signatures, see p. 437 of this volume — Pour les signatures, voir p. 437 du présent volume.]

[SWEDISH TEXT — TEXTE SUÉDOIS]

ÖVERENSKOMMELSE

om ändring av samarbetsöverenskommelsen mellan Danmark, Finland, Island, Norge och Sverige

Danmarks, Finlands, Islands, Norges och Sveriges regeringar,

som genom överenskommelser den 13 februari 1971, den 11 mars 1974, den 15 juni 1983, den 6 maj 1985, den 21 augusti 1991 och den 18 mars 1993 ändrat samarbetsöverenskommelsen av den 23 mars 1962 mellan de nordiska länderna, och

som önskar ytterligare förnya och utveckla det nordiska samarbetet i ljuset av de nordiska ländernas utvidgade deltagande i europeiskt samarbete.

har kommit överens om följande:

I

Samarbetsöverenskommelsens artiklar 2, 48, 51, 52, 53, 54 och 55 ändras och får följande ordalydelse:

Artikel 2

Vid utformningen av lagar och andra rättsregler i de nordiska länderna skall medborgare i de övriga nordiska länderna behandlas lika med landets egna medborgare. Det gäller inom samarbetsöverenskommelsens tillämpningsområde.

Undantag från första stycket kan dock göras, om krav på medborgarskap är grundlagstäst, nödvändigt på grund av andra internationella åtaganden eller det i övrigt av särskilda skäl bedöms nödvändigt.

Artikel 48

Danmarks rikets delegation består av de av folketinget valda medlemmarna och de av regeringen utsedda representanterna samt av Färöarnas och Grönlands i andra stycket nämnda delegationer. Finlands delegation består av de av riksdagen valda medlemmarna och de av regeringen utsedda representanterna samt av Ålands i andra stycket nämnda delegation. För ettvar av de övriga länderna består delegationen av de av folkrepresentationen valda medlemmarna och de av regeringen utsedda representanterna .

Färöarnas delegation består av de av lagtinget valda medlemmarna och de av landsstyret utsedda representanterna. Grönlands delegation består av de av landstinget valda medlemmarna och de av landsstyret utsedda representanterna. Ålands delegation består av de av lagtinget valda medlemmarna och de av landskapsstyrelsen utsedda representanterna.

Med "delegation" förstås i artikel 58. andra stycket, landets delegation.

Artikel 51

Plenartörsamlingen utgöres av alla medlemmar av rådet.

Plenartörsamlingen håller ordinarie session minst en gång om året. Extra session eller temasession hålles när presidiet så beslutar eller när minst två regeringar eller minst tjugofem valda medlemmar begär det.

Rådets befogenheter utövas av plenartörsamlingen, om icke annat är särskilt föreskrivet.

Plenartörsamlingens förhandlingar är offentliga, om plenartörsamlingen icke beslutar annat.

Artikel 52

Plenartörsamlingen utser för ett kalenderår vid årlig ordinarie session ett presidium bestående av en president och det antal andra medlemmar som anges i arbetsordningen för Nordiska rådet.

Olika politiska meningsriktningar skall vara företrädna i presidiet. Varje land skall vara representerat i presidiet.

Medlem av presidiet skall vara vald medlem av rådet.

Presidiet handhar rådets löpande angelägenheter och företräder i övrigt rådet i den utsträckning som framgår av denna överenskommelse och rådets arbetsordning.

Presidentskapet i rådet roterar mellan de nordiska länderna på det sätt som framgår av arbetsordningen för Nordiska rådet.

Artikel 53

Plenarförsamlingen bestämmer utskottens antal och verksamhetsområden. Utskotten har till uppgift att förbereda sakernas behandling i rådet.

Artikel 54

Rådet bistås i sin verksamhet av ett presidiesekretariat.

Artikel 55

Regeringarna. Färöarnas landsstyre. Grönlands landsstyre. Ålands landskapsstyrelse. ministerrådet. rådets presidium och utskotten samt medlem har rätt att väcka förslag i rådet.

II

Överenskommelsen träder i kraft femton dagar efter den dag då samtliga parter meddelat det finska utrikesministeriet att överenskommelsen godkänts.

Det finska utrikesministeriet meddelar de övriga parterna om mottagandet av dessa meddelanden och om tidpunkten för överenskommelsens ikraftträdande.

III

Original exemplet till denna överenskommelse deponeras hos det finska utrikesministeriet, som tillställer de övriga parterna bestyrkta kopior därav.

Till bekräftelse härav har de vederbörligen befullmäktigade ombuden undertecknat denna överenskommelse.

Som skedde i Köpenhamn den 29 september 1995 i ett exemplar på danska, finska, isländska, norska och svenska språken, vilka samtliga texter äger lika giltighet.

[For the signatures, see p. 437 of this volume — Pour les signatures, voir p. 437 du présent volume.]

For Danmarks regering:

[MARIANNE JELVED]

Suomen hallituksen puolesta:

[OLE NORRBACK]

Fyrir ríkisstjórn Íslands:

[HALLDOR ASGRIMSSON]

For Norges regjering:

[GUNNAR BERGE]

För Sveriges regering:

[MATS HELLSTROM]

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ AMENDING THE AGREEMENT BETWEEN FINLAND,
DENMARK, ICELAND, NORWAY AND SWEDEN CONCERNING COOPERATION

The Governments of Denmark, Finland, Iceland, Norway and Sweden,

Having amended the Cooperation Agreement of 23 March 1962² between the Nordic countries by agreements of 13 February 1971, 11 March 1974, 15 June 1983, 6 May 1985, 21 August 1991 and 18 March 1993,

Desiring to renew and develop Nordic cooperation in the light of the Nordic countries' expanded participation in European cooperation,

Have agreed as follows:

I

Articles 2, 48, 51, 52, 53, 54 and 55 of the Cooperation Agreement shall be amended to read as follows:

Article 2

In the drafting of laws and other regulations in the Nordic countries, nationals in the other Nordic countries shall be treated in the same way as the country's own nationals. This shall be applicable within the Cooperation Agreement's scope of activities.

An exception to the first paragraph can be made if nationality is required under constitutional law, required under other international obligations or is otherwise deemed necessary for special reasons.

Article 48

The delegation of the Kingdom of Denmark shall consist of the members elected by the Folketing and the representatives appointed by the Government and of the delegations from the Faroe Islands and Greenland referred to in the second paragraph. The delegation of Finland shall consist of the members elected by the Eduskunta and the representatives appointed by the Government and of the delegation of Ahvenanmaa (Åland) referred to in the second paragraph. The delegation of each of the other countries shall consist of the members elected by the elected assembly and the representatives appointed by the Government.

The delegation of the Faroe Islands shall consist of the members elected by the Lagting and the representatives appointed by the National Executive. The delegation of Greenland shall consist of the members elected by the Landsting and the representatives appointed by the National Executive. The delegation of Ahvenanmaa (Åland) shall consist of the members elected by the Lagting and the representatives appointed by the Provincial Government.

The term "delegation" in article 58, second paragraph, shall mean the delegation of the country.

Article 51

The Plenary Assembly shall consist of all the members of the Council.

The Plenary Assembly shall hold a regular session at least once a year. Special sessions or sessions devoted to a particular theme shall be held when the Presidium so decides or when at least two Governments or at least 25 elected members so request.

¹ See footnote 2, p. 420.

² See footnote 1, p. 420.

The powers of the Council shall be exercised by the Plenary Assembly, save as otherwise specifically provided.

The proceedings of the Plenary Assembly shall be public unless the Plenary Assembly decides otherwise.

Article 52

At its annual regular session, the Plenary Assembly shall appoint, for one calendar year, a Presidium consisting of a president and the number of other members specified in the rules of procedures of the Nordic Council.

Different shades of political opinion shall be represented in the Presidium. Each country shall be represented in the Presidium.

Members of the Presidium shall be appointed from among the elected members of the Council.

The Presidium shall conduct the current business of the Council and otherwise act for the Council to the extent required by this Agreement and the rules of procedure of the Council.

The presidency of the Council shall rotate among the Nordic countries in accordance with the rules of procedure of the Nordic Council.

Article 53

The Plenary Assembly shall determine the number of committees and the scope of their activities. The committees shall be responsible for the preparatory work for the Council's proceedings.

Article 54

The Council shall be assisted in its activities by a Presidium Secretariat.

Article 55

Governments, the National Executive of the Faroe Islands and of Greenland, the Provincial Government of Ahvenanmaa (Åland), the Council of Ministers, the Presidium of the Council and the committees and members shall be entitled to submit proposals to the Council.

II

The Agreement shall enter into force 15 days after the date on which all the Parties have notified the Finnish Ministry of Foreign Affairs that the Agreement has been ratified.

The Finnish Ministry of Foreign Affairs shall inform the other Parties of its receipt of such notification and of the date on which the Agreement entered into force.

III

The original copy of this Agreement shall be deposited with the Finnish Ministry of Foreign Affairs, which shall transmit certified copies thereof to the other Parties.

IN WITNESS WHEREOF the plenipotentiaries have signed this Agreement.

DONE at Copenhagen on 29 September 1995 in one copy in the Danish, Finnish, Icelandic, Norwegian and Swedish languages, all the texts being equally authentic.

For the Government of Denmark:

MARIANNE JELVED

For the Government of Finland:

OLE NORRBACK

For the Government of Iceland:

HALLDÓR ÁSGRÍMSSON

For the Government of Norway:

GUNNAR BERGE

For the Government of Sweden:

MATS HELLSTRÖM

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ MODIFIANT L'ACCORD DE COOPÉRATION ENTRE LA FINLANDE,
LE DANEMARK, L'ISLANDE, LA NORVÈGE ET LA SUÈDE

Les Gouvernements danois, finlandais, islandais, norvégien et suédois,

Ayant modifié l'Accord de coopération du 23 mars 1962² entre les pays nordiques par les accords du 13 février 1971, 11 mars 1974, 15 juin 1983, 6 mai 1985, 21 août 1991 et 18 mars 1993.

Désireux de renouveler et de développer la coopération nordique en tenant compte de la participation plus étroite de leurs pays à la coopération européenne,

Sont convenus de ce qui suit :

I

Les articles 2, 48, 51, 52, 53, 54 et 55 de l'Accord de coopération seront modifiés comme indiqué ci-après :

Article 2

Les ressortissants des autres pays nordiques seront traités de la même façon que les propres ressortissants de leur pays dans les textes législatifs et autres règlements des pays nordiques. Ceci sera applicable dans le cadre des activités de l'Accord de coopération.

Exception au premier paragraphe sera faite si la nationalité est exigée sous le droit constitutionnel, sous d'autres obligations internationales ou autrement estimée nécessaire pour des raisons spéciales.

Article 48

La délégation du Royaume du Danemark sera composée de membres élus par le Folketing danois et les représentants désignés par le Gouvernement et des délégations des îles Féroé et du Groenland visées au second alinéa. La délégation de la Finlande sera composée des membres élus par le Eduskunta finlandais et les représentants désignés par le Gouvernement et de la délégation de Ahvenanmaa (Aland) visée au second alinéa. La délégation de chacun des autres pays sera composée des membres élus par l'assemblée des élus et les représentants désignés par le Gouvernement.

La délégation des îles Féroé sera composée des membres élus par le Lagting et des représentants désignés par l'Exécutif national. La délégation du Groenland sera composée des membres élus par le Landsting et des représentants désignés par l'Exécutif national. La délégation de Ahvenanmaa (Aland) sera composée par les membres élus par le Landsting et les représentants désignés par le Gouvernement provincial.

Le terme « délégation » au second alinéa de l'article 58, s'entend de la délégation du pays.

Article 51

L'Assemblée plénière sera composée des membres du Conseil.

L'Assemblée plénière tiendra une session ordinaire au moins une fois par an. Elle tiendra des sessions extraordinaires et des sessions sur un thème particulier sur décision du Présidium ou à la demande d'au moins deux Gouvernements ou d'au moins 25 membres élus.

¹ Voir note de bas de page 2, p. 420.

² Voir note de bas de page 1, p. 420.

Sauf décision expresse contraire, l'Assemblée plénière exercera les pouvoirs du Conseil.

Les débats de l'Assemblée plénière seront publics sauf, si elle en décide autrement.

Article 52

A sa session ordinaire annuelle, l'Assemblée plénière désignera pour un an un Présidium composé d'un président et le nombre d'autres membres spécifié dans le Règlement intérieur du Conseil nordique.

Des avis politiques divers devront être représentés au Présidium. Chaque pays sera représenté au Présidium.

Les membres du Présidium seront désignés parmi les membres élus du Conseil.

Le Présidium administrera les affaires courantes du Conseil et agira de façon générale au nom de celui-ci dans la mesure prévue par le présent Accord et le Règlement intérieur du Conseil.

La présidence du Conseil sera assurée à tour de rôle par les pays nordiques conformément au Règlement intérieur du Conseil nordique.

Article 53

L'Assemblée plénière déterminera le nombre de comités et l'étendue de leurs activités. Le comité sera responsable de la préparation des débats du Conseil.

Article 54

Le Conseil sera assisté dans ses activités d'un Secrétariat du Présidium.

Article 55

Les Gouvernements, l'Exécutif national des îles Féroé et du Groenland, le Gouvernement provincial de Ahvenanmaa (Aland), le Conseil des ministres, le Présidium du Conseil et les commissions du Conseil ainsi que de leurs membres auront le droit de soumettre des propositions au Conseil.

II

L'Accord entrera en vigueur quinze jours suivant une notification adressée au Ministère finlandais des affaires étrangères indiquant que l'Accord a été ratifié.

Le Ministère finlandais des affaires étrangères informera les autres Parties de la réception des notifications et de la date à laquelle l'Accord est entré en vigueur.

III

La copie originale du présent Accord sera déposée auprès du Ministère finlandais des affaires étrangères, qui en adressera des copies certifiées conformes aux autres parties.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires ont signé le présent Accord.

FAIT à Copenhague le 29 septembre 1995 en un seul exemplaire, en langues danoise, finnoise, islandaise, norvégienne et suédoise, chacun des textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement du Danemark :

MARIANNE JELVED

Pour le Gouvernement de la Finlande :

OLE NORRBACK

Pour le Gouvernement de l'Islande :

HALLDÓR ÁSGRÍMSSON

Pour le Gouvernement de la Norvège :

GUNNAR BERGE

Pour le Gouvernement de la Suède :

MATS HELLSTRÖM

No. 8641. CONVENTION ON TRANSIT
TRADE OF LAND-LOCKED STATES.
DONE AT NEW YORK, ON 8 JULY 1965¹

N° 8641. CONVENTION RELATIVE AU
COMMERCE DE TRANSIT DES
ÉTATS SANS LITTORAL. FAITE À
NEW YORK, LE 8 JUILLET 1965¹

ACCESSION

Instrument deposited on:

7 February 1996

UZBEKISTAN

(With effect from 8 March 1996.)

Registered ex officio on 7 February 1996.

ADHÉSION

Instrument déposé le :

7 février 1996

OUZBÉKISTAN

(Avec effet au 8 mars 1996.)

Enregistré d'office le 7 février 1996.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 597, p. 3; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 9 to 13, as well as annex A in volumes 1404, 1458, 1543, 1551, 1569, 1684, 1723 and 1736.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 597, p. 3; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 9 à 13, ainsi que l'annexe A des volumes 1404, 1458, 1543, 1551, 1569, 1684, 1723 et 1736.

No. 12330. AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF FINLAND AND THE GOVERNMENT OF THE UNION OF SOVIET SOCIALIST REPUBLICS ON THE RECIPROCAL EXEMPTION OF THE AIRLINES AND THEIR PERSONNEL FROM TAXES AND SOCIAL SECURITY PAYMENTS. SIGNED AT HELSINKI ON 5 MAY 1972¹

No 12330. ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE FINLANDE ET LE GOUVERNEMENT DE L'UNION DES RÉPUBLIQUES SOCIALISTES SOVIÉTIQUES VISANT À EXONÉRER RÉCIPROQUEMENT D'IMPÔTS ET DE COTISATIONS À LA SÉCURITÉ SOCIALE LEURS COMPAGNIES AÉRIENNES ET LE PERSONNEL DE CELLES-CI. SIGNÉ À HELSINKI LE 5 MAI 1972¹

TERMINATION with respect to Finland and Ukraine (*Note by the Secretariat*)

The Government of Finland registered on 7 February 1996 the Convention between the Government of the Republic of Finland and the Government of Ukraine for the avoidance of double taxation and the prevention of fiscal evasion with respect to taxes on income and on capital signed at Kiev on 14 October 1994.²

The said Convention, which came into force on 12 December 1995, provides, in its article 28 (3), for the termination of the above-mentioned Agreement of 5 May 1972 as between Finland and Ukraine.

(7 February 1996)

ABROGATION à l'égard de la Finlande et l'Ukraine (*Note du Secrétariat*)

Le Gouvernement finlandais a enregistré le 7 février 1996 la Convention entre le Gouvernement de la République de Finlande et le Gouvernement de l'Ukraine tendant à éviter la double imposition et à prévenir l'évasion fiscale en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune signée à Kiev le 14 octobre 1994.²

Ladite Convention, qui est entrée en vigueur le 12 décembre 1995, stipule, au paragraphe 3 de son article 28, l'abrogation de l'Accord susmentionné du 5 mai 1972 entre la Finlande et l'Ukraine.

(7 février 1996)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 861, p. 69.
² See p. 51 of this volume.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 861, p. 69.
² Voir p. 51 du présent volume.

No. 14403. STATUTES OF THE WORLD TOURISM ORGANIZATION (WTO). ADOPTED AT MEXICO CITY ON 27 SEPTEMBER 1970¹

Nº 14403. STATUTS DE L'ORGANISATION MONDIALE DU TOURISME (OMT). ADOPTÉS À MEXICO LE 27 SEPTEMBRE 1970¹

APPROVAL of the Statutes and acceptance of the obligations of membership in the World Tourism Organisation

APPROBATION des Statuts et acceptation des obligations inhérentes à la qualité de membre de l'Organisation mondiale du Tourisme

Notification under article 5 (2) received by the Government of Spain on:

Notification en vertu du paragraphe 2 de l'article 5 reçue par le Gouvernement espagnol le :

26 September 1995

26 septembre 1995

COSTA RICA

COSTA RICA

(With effect from 26 September 1995.)

(Avec effet au 26 septembre 1995.)

Certified statement was registered by Spain on 2 February 1996.

La déclaration certifiée a été enregistrée par l'Espagne le 2 février 1996.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 985, p. 339; for subsequent actions, see references in Cumulative Index No. 19, as well as annex A in volumes 1258, 1260, 1265, 1349, 1351, 1406, 1422, 1427, 1434, 1486, 1515, 1545, 1563, 1579, 1653, 1669, 1689, 1722, 1776, 1792 and 1858.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 985, p. 339; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans l'Index cumulatif n° 19, ainsi que l'annexe A des volumes 1258, 1260, 1265, 1349, 1351, 1406, 1422, 1427, 1434, 1486, 1515, 1545, 1563, 1579, 1653, 1669, 1689, 1722, 1776, 1792 et 1858.

No. 15511. CONVENTION FOR THE PROTECTION OF THE WORLD CULTURAL AND NATURAL HERITAGE. ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE UNITED NATIONS EDUCATIONAL, SCIENTIFIC AND CULTURAL ORGANIZATION AT ITS SEVENTEENTH SESSION, PARIS, 16 NOVEMBER 1972¹

N° 15511. CONVENTION POUR LA PROTECTION DU PATRIMOINE MONDIAL, CULTUREL ET NATUREL. ADOPTÉE PAR LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION DES NATIONS UNIES POUR L'ÉDUCATION, LA SCIENCE ET LA CULTURE À SA DIX-SEPTIÈME SESSION, PARIS, 16 NOVEMBRE 1972¹

RATIFICATION

Instrument deposited with the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization on:

19 December 1995

ICELAND

(With effect from 19 March 1996.)

Certified statement was registered by the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization on 6 February 1996.

RATIFICATION

Instrument déposé auprès du Directeur général de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture le :

19 décembre 1995

ISLANDE

(Avec effet au 19 mars 1996.)

La déclaration certifiée a été enregistrée par l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture le 6 février 1996.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1037, p. 151; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 17 to 21, as well as annex A in volumes 1256, 1262, 1272, 1276, 1282, 1289, 1294, 1296, 1305, 1312, 1318, 1321, 1330, 1336, 1342, 1348, 1351, 1360, 1387, 1390, 1392, 1405, 1408, 1417, 1428, 1436, 1455, 1457, 1460, 1463, 1480, 1484, 1487, 1491, 1507, 1518, 1523, 1526, 1540, 1562, 1568, 1583, 1589, 1641, 1651, 1653, 1656, 1658, 1672, 1678, 1679, 1689, 1693, 1696, 1699, 1705, 1720, 1749, 1753, 1762, 1776, 1787, 1843, 1851, 1864, 1887, 1890 and 1901.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1037, p. 151; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 17 à 21, ainsi que l'annexe A des volumes 1256, 1262, 1272, 1276, 1282, 1289, 1294, 1296, 1305, 1312, 1318, 1321, 1330, 1336, 1342, 1348, 1351, 1360, 1387, 1390, 1392, 1405, 1408, 1417, 1428, 1436, 1455, 1457, 1460, 1463, 1480, 1484, 1487, 1491, 1507, 1518, 1523, 1526, 1540, 1562, 1568, 1583, 1589, 1641, 1651, 1653, 1656, 1658, 1672, 1678, 1679, 1689, 1693, 1696, 1699, 1705, 1720, 1749, 1753, 1762, 1776, 1787, 1843, 1851, 1864, 1887, 1890 et 1901.

No. 15935. AGREEMENT ON TRADE AND PAYMENTS BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERATIVE REPUBLIC OF BRAZIL AND THE GOVERNMENT OF THE SOCIALIST REPUBLIC OF ROMANIA. SIGNED AT BRASÍLIA ON 5 JUNE 1975¹

Nº 15935. ACCORD DE COMMERCE ET DE PAIEMENTS ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRATIVE DU BRÉSIL ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE SOCIALISTE DE ROUMANIE. SIGNÉ À BRASÍLIA LE 5 JUIN 1975¹

TERMINATION (*Note by the Secretariat*)

The Government of Brazil registered on 1 February 1996 the Agreement on commerce and economic cooperation between the Government of the Federative Republic of Brazil and the Government of Romania signed at Brasília on 23 February 1994.²

The said Agreement, which came into force on 7 July 1995, provides, in its article XVII (1), for the termination of the above-mentioned Agreement of 5 June 1975.

(1 February 1996)

ABROGATION (*Note du Secrétariat*)

Le Gouvernement brésilien a enregistré le 1^{er} février 1996 l'Accord de commerce et de coopération économique entre le Gouvernement de la République fédérative du Brésil et le Gouvernement roumain signé à Brasília le 23 février 1994².

Ledit Accord, qui est entré en vigueur le 7 juillet 1995, stipule, au paragraphe 1 de son article XVII, l'abrogation de l'Accord susmentionné du 5 juin 1975.

(1^{er} février 1996)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1056, p. 59, and annex A in volume 1601.

² See p. 17 of this volume.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1056, p. 59, et annexe A du volume 1601.

² Voir p. 17 du présent volume.

No. 17119. CONVENTION ON THE PROHIBITION OF MILITARY OR ANY OTHER HOSTILE USE OF ENVIRONMENTAL MODIFICATION TECHNIQUES. ADOPTED BY THE GENERAL ASSEMBLY OF THE UNITED NATIONS ON 10 DECEMBER 1976¹

N° 17119. CONVENTION SUR L'INTERDICTION D'UTILISER DES TECHNIQUES DE MODIFICATION DE L'ENVIRONNEMENT À DES FINS MILITAIRES OU TOUTES AUTRES FINS HOSTILES. ADOPTÉE PAR L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION DES NATIONS UNIES LE 10 DÉCEMBRE 1976¹

ACCESSION

Instrument deposited on:

7 February 1996

COSTA RICA

(With effect from 7 February 1996.)

Registered ex officio on 7 February 1996.

ADHÉSION

Instrument déposé le :

7 février 1996

COSTA RICA

(Avec effet au 7 février 1996.)

Enregistré d'office le 7 février 1996.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1108, p. 151; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 19 to 21, as well as annex A in volumes 1256, 1272, 1279, 1284, 1295, 1310, 1314, 1329, 1342, 1347, 1356, 1361, 1368, 1372, 1379, 1398, 1410, 1412, 1421, 1429, 1437, 1443, 1458, 1498, 1511, 1516, 1555, 1658, 1695, 1698, 1712, 1723, 1733 and 1775.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1108, p. 151; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 19 à 21, ainsi que l'annexe A des volumes 1256, 1272, 1279, 1284, 1295, 1310, 1314, 1329, 1342, 1347, 1356, 1361, 1368, 1372, 1379, 1398, 1410, 1412, 1421, 1429, 1437, 1443, 1458, 1498, 1511, 1516, 1555, 1658, 1695, 1698, 1712, 1723, 1733 et 1775.

No. 26171. CONVENTION BETWEEN FINLAND AND THE UNION OF SOVIET SOCIALIST REPUBLICS FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME. SIGNED AT MOSCOW ON 6 OCTOBER 1987¹

N° 26171. CONVENTION ENTRE LA FINLANDE ET L'UNION DES RÉPUBLIQUES SOCIALISTES SOVIÉTIQUES TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU. SIGNÉE À MOSCOU LE 6 OCTOBRE 1987¹

TERMINATION with respect to Finland and Ukraine (*Note by the Secretariat*)

The Government of Finland registered on 7 February 1996 the Convention between the Government of the Republic of Finland and the Government of Ukraine for the avoidance of double taxation and the prevention of fiscal evasion with respect to taxes on income and on capital signed at Kiev on 14 October 1994.²

The said Convention, which came into force on 12 December 1995, provides, in its article 28 (3), for the termination of the above-mentioned Agreement of 6 October 1987 as between Finland and Ukraine.

(7 February 1996)

ABROGATION à l'égard de la Finlande et l'Ukraine (*Note du Secrétariat*)

Le Gouvernement finlandais a enregistré le 7 février 1996 la Convention entre le Gouvernement de la République de Finlande et le Gouvernement de l'Ukraine tendant à éviter la double imposition et à prévenir l'évasion fiscale en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune signée à Kiev le 14 octobre 1994.²

Ladite Convention, qui est entrée en vigueur le 12 décembre 1995, stipule, au paragraphe 3 de son article 28, l'abrogation de la Convention susmentionnée du 6 octobre 1987 entre la Finlande et l'Ukraine.

(7 février 1996)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1514, p. 155.

² See p. 51 of this volume.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1514, p. 155.

² Voir p. 51 du présent volume.

No. 28911. BASEL CONVENTION ON THE CONTROL OF TRANSBOUNDARY MOVEMENTS OF HAZARDOUS WASTES AND THEIR DISPOSAL. CONCLUDED AT BASEL ON 22 MARCH 1989¹

N° 28911. CONVENTION DE BÂLE SUR LE CONTRÔLE DES MOUVEMENTS TRANSFRONTIÈRES DE DÉCHETS DANGEREUX ET DE LEUR ÉLIMINATION. CONCLUE À BÂLE LE 22 MARS 1989¹

ACCESSION

Instrument deposited on:

7 February 1996

UZBEKISTAN

(With effect from 7 May 1996.)

Registered ex officio on 7 February 1996.

ADHÉSION

Instrument déposé le :

7 février 1996

OUZBÉKISTAN

(Avec effet au 7 mai 1996.)

Enregistré d'office le 7 février 1996.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1673, No. I-28911, and annex A in volumes 1678, 1681, 1684, 1686, 1688, 1689, 1691, 1695, 1696, 1702, 1712, 1718, 1719, 1720, 1722, 1724, 1727, 1733, 1736, 1739, 1745, 1746, 1747, 1748, 1752, 1763, 1765, 1768, 1775, 1776, 1787, 1792, 1819, 1821, 1828, 1831, 1832, 1841, 1843, 1844, 1855, 1856, 1860, 1863, 1864, 1873, 1886, 1887, 1889, 1890, 1894, 1902 and 1903.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1673, n° I-28911, et annexe A des volumes 1678, 1681, 1684, 1686, 1688, 1689, 1691, 1695, 1696, 1702, 1712, 1718, 1719, 1720, 1722, 1724, 1727, 1733, 1736, 1739, 1745, 1746, 1747, 1748, 1752, 1763, 1765, 1768, 1775, 1776, 1787, 1792, 1819, 1821, 1828, 1831, 1832, 1841, 1843, 1844, 1855, 1856, 1860, 1863, 1864, 1873, 1886, 1887, 1889, 1890, 1894, 1902 et 1903.

No. 29215. UNITED NATIONS CONVENTION ON THE CARRIAGE OF GOODS BY SEA, 1978. CONCLUDED AT HAMBURG ON 31 MARCH 1978¹

N° 29215. CONVENTION DES NATIONS UNIES SUR LE TRANSPORT DE MARCHANDISES PAR MER, 1978. CONCLUE À HAMBOURG LE 31 MARS 1978¹

ACCESSION

Instrument deposited on:

7 February 1996

GAMBIA

(With effect from 1 March 1997.)

Registered ex officio on 7 February 1996.

ADHÉSION

Instrument déposé le :

7 février 1996

GAMBIE

(Avec effet au 1^{er} mars 1997.)

Enregistré d'office le 7 février 1996.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1695, No. I-29215, and annex A in volumes 1728, 1746 and 1871.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1695, n° I-29215, et annexe A des volumes 1728, 1746 et 1871.

No. 31771. AGREEMENT BETWEEN THE UNITED NATIONS AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF CROATIA ON THE UNITED NATIONS FORCES AND OPERATIONS IN CROATIA. SIGNED AT ZAGREB ON 15 MAY 1995¹

EXCHANGE OF LETTERS CONSTITUTING AN AGREEMENT² SUPPLEMENTING THE ABOVE-MENTIONED AGREEMENT. ZAGREB, 26 JANUARY AND 2 FEBRUARY 1996

Authentic text: English.

Registered ex officio on 2 February 1996.

I

UNITED NATIONS

NATIONS UNIES

UNITED NATIONS PEACE FORCES HEADQUARTERS

SIÈGE DES FORCES DE PAIX DES NATIONS UNIES

ZAGREB

26 January 1996

Excellency,

I have the honour to refer to resolution 1037 (1996) by which the United Nations Security Council decided to establish a United Nations peace-keeping operation for the Region referred to in the Basic Agreement on the Region of Eastern Slavonia, Baranja and Western Sirmium, signed on 12 November 1995 between the Government of the Republic of Croatia and the local Serbian community (the Basic Agreement), with both military and civilian components, under the name United Nations Transitional Administration for Eastern Slavonia, Baranja and Western Sirmium (UNTAES).

I also have the honour to refer to resolution 1038 (1996) of 15 January 1996³ by which the Security Council authorized the United Nations military observers to continue monitoring the demilitarization of the Prevlaka peninsula in accordance with resolutions 779 (1992)⁴ and 981 (1995)⁵ and paragraphs 19 and 20 of the report of the Secretary General of 13 December 1995 (S/1995/1028).

In operative paragraph 13 of resolution 1037 (1996)⁶ the Security Council called upon your Government to include UNTAES and the United Nations Liaison Office in Zagreb in the definition of "United Nations Peace Forces and Operations in Croatia" in the present Status of Forces Agreement concluded on 15 May 1995 between the United Nations and the Government of the Republic of Croatia (the SOFA).

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1864.

² Came into force on 2 February 1996, the date of the letter in reply, in accordance with the provisions of the said letters.

³ United Nations, *Official Records of the Security Council, Fifty-first Year, Resolutions and Decisions of the Security Council 1996 (S/INF/34)*, p. 12.

⁴ *Ibid.*, p. 28.

⁵ *Ibid.*, *Forty-seventh Year, Resolutions and Decisions of the Security Council 1992 (S/INF/48)*, p. 34.

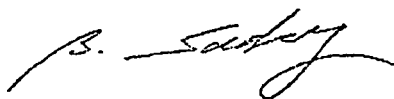
⁶ *Ibid.*, *Fiftieth Year, Resolutions and Decisions of the Security Council 1995 (S/INF/51)*, p. 23.

In view of the above, I propose that the SOFA include in its definition of United Nations forces and operations in the Republic of Croatia: (1) "UNTAES", which means the United Nations Transitional Administration for Eastern Slavonia, Baranja and Western Sirmium, established pursuant to Security Council resolution 1037 (1996) of 15 January 1996 with the mandate described in the above mentioned resolution; (2) "the United Nations Liaison Office in Zagreb", as described in paragraph 44 of the Secretary General's report dated 13 December 1995 (S/1995/1031) containing arrangements which were approved by the Security Council in resolution 1037 (1996) of 15 January 1996; and (3) the United Nations Military Observers who, pursuant to Security Resolution 1038 (1996) of 15 January 1996, should continue monitoring the demilitarization of the Prevlaka Peninsula.

In keeping with the spirit of the definition of the United Nations forces and operations in the SOFA, I also propose that the United Nations civilian office and the International Police Task Force (IPTF), both established pursuant to Security Council resolution 1035 (1995) of 21 December 1995 and subsequently called the United Nations Mission in Bosnia and Herzegovina (UNMIBH), and the United Nations Liaison Office in Belgrade be extended the necessary privileges and immunities, rights and facilities for the purpose of transiting, storage of equipment and supplies, or conducting official UN business in the territory of the Republic of Croatia.

If the above provisions meet with your approval, I would propose that this letter and the written confirmation of your acceptance of its provisions constitute an agreement between the United Nations and the Republic of Croatia to take effect immediately.

Accept, Excellency, the assurances of my highest consideration.



For KOFI A. ANNAN
Special Representative to the Secretary-General
in the Former Yugoslavia

His Excellency
Mr. Mate Granić
Deputy Prime Minister and Minister
of Foreign Affairs of the Republic of Croatia
Zagreb

II

REPUBLIC OF CROATIA
MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS
ZAGREB

2 February 1996

Excellency,

I have the honour to acknowledge receipt of your letter dated 26 January 1996.

I would like to inform you that the Republic of Croatia agrees to some proposals set out in your letter.

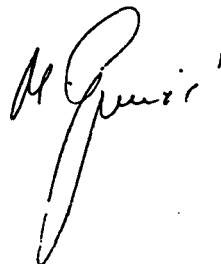
The Republic of Croatia agrees that part of your letter which reads:

[See letter I]

... and this affirmative reply constitute an Agreement on Amendment of the Status of Forces Agreement concluded on 15 May 1995 between the Republic of Croatia and the United Nations. The Republic of Croatia, also agrees, that the date of this letter of reply be considered as the date of entry into force of this Agreement.

With regard to the status of the United Nations civilian office and the International Police Task Force (IPTF) both established pursuant to Security Council resolution 1035 (1995) of 21 December 1995 and subsequently called the United Nations Mission in Bosnia and Herzegovina (UNMIBH), and the United Nations Liaison Office in Belgrade, the Republic of Croatia wants to stress that their status regulated by the Convention on the Privileges and Immunities of the United Nations adopted by the United Nations Assembly on 13 February 1946.

Accept, Excellency, the assurances of my highest consideration.



DR. MATE GRANIĆ
Deputy Prime Minister
and Minister of Foreign Affairs

His Excellency
Kofi A. Annan
Special Representative to the Secretary-General
in former Yugoslavia

[TRADUCTION — TRANSLATION]

N° 31771. ACCORD ENTRE L'ORGANISATION DES NATIONS UNIES ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE CROATIE RELATIF AUX FORCES ET AUX OPÉRATIONS DES NATIONS UNIES EN CROATIE. SIGNÉ À ZAGREB LE 15 MAI 1995¹

ECHANGE DE LETTRES CONSTITUANT UN ACCORD² COMPLÉTANT L'ACCORD SUSMENTIONNÉ. ZAGREB, 26 JANVIER ET 2 FÉVRIER 1996

Texte authentique : anglais.

Enregistré d'office le 2 février 1996.

I

NATIONS UNIES
SIÈGE DES FORCES DE PAIX DES NATIONS UNIES
ZAGREB

Le 26 janvier 1996

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur de me référer à la résolution 1037 (1996) par laquelle le Conseil de sécurité de l'Organisation des Nations Unies a décidé d'établir l'opération de maintien de la paix des Nations Unies envisagée dans l'Accord fondamental concernant la région de la Slavonie orientale, de la Baranja et du Srem occidental — signé le 12 novembre 1995 par le Gouvernement de la République de Croatie et la collectivité serbe locale (l'Accord fondamental) — dans la région, dotée d'une composante militaire et d'une composante civile, et désignée sous le nom d'Administration transitoire des Nations Unies pour la Slavonie orientale, la Baranja et le Srem occidental (ATNUSO).

J'ai également l'honneur de me référer à la résolution 1038 (1996)³ du 15 janvier 1996 par laquelle le Conseil de sécurité a autorisé les observateurs militaires des Nations Unies à continuer de vérifier la démilitarisation de la péninsule de Prevlaka, conformément aux résolutions 779 (1992)⁴ et 981 (1995)⁵ et aux paragraphes 19 et 20 du rapport du Secrétaire général en date du 13 décembre 1995 (S/1995/1028).

Au paragraphe 13 du dispositif de la résolution 1037 (1996)⁶, le Conseil de sécurité a demandé à votre gouvernement d'inclure l'ATNUSO et le Bureau de liaison des Nations Unies à Zagreb dans la définition des « forces et opérations de paix des Nations Unies en Croatie » donnée dans l'Accord sur le statut des forces, conclu le 15 mai 1995 entre l'Organisation des Nations Unies et le Gouvernement de la République de Croatie.

Au vu de ce qui précède, je propose que l'Accord sur le statut des forces englobe dans sa définition des forces et opérations des Nations Unies en République de Croatie : 1) l'ATNUSO, soit l'Administration transitoire des Nations Unies pour la Slavonie orientale, la Baranja et le Srem occidental, établie comme suite à la résolution du Conseil de

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1864.

² Entré en vigueur le 2 février 1996, date de la lettre de réponse, conformément aux dispositions desdites lettres.

³ Nations Unies, Documents officiels du Conseil de sécurité, cinquante et unième année, Résolutions et décisions du Conseil de sécurité 1996 (S/INF/52), p. 30.

⁴ *Ibid.*, p. 25.

⁵ *Ibid.*, quarante-septième année, Résolutions et décisions du Conseil de sécurité 1992, (S/INF/48), p. 36.

⁶ *Ibid.*, cinquantième année, Résolutions et décisions du Conseil de sécurité 1995, (S/INF/51).

sécurité 1037 (1996) du 15 janvier 1996 et dotée du mandat décrit dans ladite résolution; 2) « le Bureau de liaison des Nations Unies à Zagreb », décrit au paragraphe 44 du rapport du Secrétaire général en date du 13 décembre 1995 (S/1995/1031), dans lequel figurent les arrangements que le Conseil de sécurité a approuvés dans sa résolution 1037 (1996) du 15 janvier 1996; et 3) les observateurs militaires des Nations Unies qui, conformément à la résolution 1038 (1996) du Conseil de sécurité en date du 15 janvier 1996, doivent continuer de vérifier la démilitarisation de la péninsule de Prevlaka.

Dans l'esprit de la définition des forces et opérations qui figure dans l'Accord sur le statut des forces, je propose également que les privilèges et immunités, droits et facilités nécessaires au transit, à l'emmagasinage des matériels et approvisionnements, ou à la conduite des activités officielles des Nations Unies sur le territoire de la République de Croatie soient étendus au bureau civil des Nations Unies et à l'Equipe internationale de police, tous deux créés comme suite à la résolution 1035 (1995), en date du 21 décembre 1995, du Conseil de sécurité et appelés par la suite Mission des Nations Unies en Bosnie-Herzégovine, ainsi qu'au Bureau de liaison des Nations Unies à Belgrade.

Si les dispositions ci-dessus rencontrent votre agrément, je propose que la présente lettre et la confirmation écrite de votre acceptation de ses dispositions constituent un accord entre l'Organisation des Nations Unies et la République de Croatie, ledit accord prenant effet immédiatement.

Veuillez agréer, etc.

Pour KOFI ANNAN
Le Représentant spécial du Secrétaire général
pour l'ex-Yougoslavie

Son Excellence
Monsieur Mate Granić
Premier Ministre adjoint
et Ministre des affaires étrangères
de la République de Croatie
Zagreb

II

RÉPUBLIQUE DE CROATIE
MINISTÈRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
ZAGREB

Le 2 février 1996

Monsieur le Secrétaire général,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre du 26 janvier 1996.

Je tiens à vous informer que certaines des propositions présentées dans votre lettre rencontrent l'agrément de la République de Croatie.

La République de Croatie accepte les dispositions de votre lettre qui se lisent comme suit :

[Voir lettre I]

... laquelle lettre avec la présente réponse affirmative constituent un Accord portant amendement de l'Accord sur le statut des forces, conclu le 15 mai 1995, entre la République de Croatie et l'Organisation des Nations Unies. La République de Croatie accepte également que la date de la présente réponse soit considérée comme la date d'entrée en vigueur du présent Accord.

En ce qui concerne le statut du bureau civil des Nations Unies et l'Equipe internationale de police, tous deux créés comme suite à la résolution 1035 (1995), en date du 21 décembre 1995, du Conseil de sécurité et appelés par la suite Mission des Nations Unies en Bosnie-Herzégovine et le statut du Bureau de liaison des Nations Unies à Belgrade, la République de Croatie souhaite souligner qu'ils sont régis par les dispositions de la Convention des privilèges et immunités des Nations Unies, que l'Assemblée générale des Nations Unies a adoptée le 13 février 1946.

Veuillez agréer, etc.

Le Premier Ministre adjoint
et Ministre des affaires étrangères,
MATE GRANICSon Excellence
Kofi A. Annan
Représentant spécial pour l'ex-Yougoslavie

No. 31775. AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND TUNISIA CONCERNING FINANCIAL COOPERATION. SIGNED AT TUNIS ON 22 MARCH 1989¹

N° 31775. ACCORD DE COOPÉRATION FINANCIÈRE ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA TUNISIE. SIGNÉ À TUNIS LE 22 MARS 1989¹

EXCHANGE OF LETTERS CONSTITUTING AN AGREEMENT AMENDING THE AGREEMENT OF 22 MARCH 1989 CONCERNING FINANCIAL COOPERATION. TUNIS, 20 APRIL 1990 AND 31 AUGUST 1990

ECHANGE DE LETTRES CONSTITUANT UN ACCORD MODIFIANT L'ACCORD DE COOPÉRATION FINANCIÈRE DU 22 MARS 1989. TUNIS, 20 AVRIL 1990 ET 31 AOÛT 1990

Entry into force: with retroactive effect from 22 March 1990, in accordance with the provisions of the said letters

Entrée en vigueur : avec effet rétroactif à compter du 22 mars 1990, conformément aux dispositions desdites lettres

Authentic texts: French and German.

Textes authentiques : français et allemand.

Registration with the Secretariat of the United Nations: Germany, 14 April 1997.

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : Allemagne, 14 avril 1997.

Not published herein in accordance with article 12 (2) of the General Assembly regulations to give effect to Article 102 of the Charter of the United Nations, as amended.

Non publié ici conformément au paragraphe 2 de l'article 12 du règlement de l'Assemblée générale destiné à mettre en application l'Article 102 de la Charte des Nations Unies, tel qu'amendé.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1865, p. 9.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1865, p. 9.

No. 32022. INTERNATIONAL GRAINS AGREEMENT, 1995¹

(b) FOOD AID CONVENTION, 1995. CONCLUDED AT LONDON ON 5 DECEMBER 1994²

N° 32022. ACCORD INTERNATIONAL SUR LES CÉRÉALES DE 1995¹

b) CONVENTION RELATIVE À L'AIDE ALIMENTAIRE DE 1995. CONCLUE À LONDRES LE 5 DÉCEMBRE 1994²

RATIFICATION

Instrument deposited on:

2 February 1996

SPAIN

(The Agreement came into force provisionally on 1 July 1995 for Spain which, by that date, had notified its intention to apply it, in accordance with article 26.)

Registered ex officio on 2 February 1996.

RATIFICATION

Instrument déposé le :

2 février 1996

ESPAGNE

(L'Accord est entré en vigueur à titre provisoire le 1^{er} juillet 1995 pour l'Espagne qui, à cette date, avait notifié son intention de l'appliquer, conformément à l'article 26.)

Enregistré d'office le 2 février 1996.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1882, No. I-32022, and annex A in volumes 1886, 1891, 1899 and 1907.

² *Ibid.*, vol. 1882, No. I-32022, and annex A in volumes 1886, 1899 and 1907.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1882, n° I-32022, et annexe A des volumes 1886, 1891, 1899 et 1907.

² *Ibid.*, vol. 1882, n° I-32022, et annexe A des volumes 1886, 1899 et 1907.

RATIFICATION

Instrument deposited on:

6 February 1996

GERMANY

(The Agreement came into force provisionally on 1 July 1995 for Germany which, by that date, had notified its intention to apply it, in accordance with article 26.)

Registered ex officio on 6 February 1996.

RATIFICATION

Instrument déposé le :

6 février 1996

ALLEMAGNE

(L'Accord est entré en vigueur à titre provisoire le 1^{er} juillet 1995 pour l'Allemagne qui, à cette date, avait notifié son intention de l'appliquer, conformément à l'article 26.)

Enregistré d'office le 6 février 1996.

*INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION*¹

No. 606. CONVENTION (No. 23) CONCERNING THE REPATRIATION OF SEAMEN, ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION AT ITS NINTH SESSION, GENEVA, 23 JUNE 1926, AS MODIFIED BY THE FINAL ARTICLES REVISION CONVENTION, 1946²

RATIFICATION

Instrument registered with the Director-General of the International Labour Office on:

19 September 1995

CYPRUS

(With effect from 19 September 1995.)

¹ Ratification of any Convention adopted by the General Conference of the International Labour Organisation in the course of its first 32 sessions, i.e., up to and including Convention No. 98, is deemed to be the ratification of that Convention as modified by the Final Articles Revision Convention, 1961, in accordance with article 2 of the latter Convention (see United Nations, *Treaty Series*, vol. 423, p. 11).

² United Nations, *Treaty Series*, vol. 38, p. 315; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 1, 3 to 7, 11, 15 to 17, and 19 to 21, as well as annex A in volumes 1291, 1317, 1403, 1417, 1491, 1509, 1573, 1681, 1686, 1736, 1749, 1762 and 1777.

*ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL*¹

N° 606. CONVENTION (N° 23) CONCERNANT LE RAPATRIEMENT DES MARINS, ADOPTÉE PAR LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL À SA NEUVIÈME SESSION, GENÈVE, 23 JUIN 1926, TELLE QU'ELLE A ÉTÉ MODIFIÉE PAR LA CONVENTION PORTANT RÉVISION DES ARTICLES FINALS, 1946²

RATIFICATION

Instrument enregistré auprès du Directeur général du Bureau international du Travail
le :

19 septembre 1995

CHYPRE

(Avec effet au 19 septembre 1995.)

¹ La ratification de toute Convention adoptée par la Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail au cours de ses 32 premières sessions, soit jusqu'à la Convention n° 98 inclusivement, est réputée valoir ratification de cette Convention sous sa forme modifiée par la Convention portant révision des articles finals, 1961, conformément à l'article 2 de cette dernière Convention (voir Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 423, p. 11).

² Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 38, p. 315; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 1, 3 à 7, 11, 15 à 17, et 19 à 21, ainsi que l'annexe A des volumes 1291, 1317, 1403, 1417, 1491, 1509, 1573, 1681, 1686, 1736, 1749, 1762 et 1777.

No. 612. CONVENTION (No. 29) CONCERNING FORCED OR COMPULSORY LABOUR, ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION AT ITS FOURTEENTH SESSION, GENEVA, 28 JUNE 1930, AS MODIFIED BY THE FINAL ARTICLES REVISION CONVENTION, 1946¹

RATIFICATION

Instrument registered with the Director-General of the International Labour Office on:

6 September 1995

URUGUAY

(With effect from 6 September 1996.)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 39, p. 55; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 1 to 11, 13, 15, and 17 to 21, as well as annex A in volumes 1279, 1302, 1348, 1406, 1417, 1444, 1541, 1670, 1681, 1686, 1736, 1745, 1749, 1762, 1777, 1842, 1864 and 1891.

N° 612. CONVENTION (N° 29) CONCERNANT LE TRAVAIL FORCÉ OU OBLIGATOIRE, ADOPTÉE PAR LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL À SA QUATORZIÈME SESSION, GENÈVE, 28 JUI 1930, TELLE QU'ELLE A ÉTÉ MODIFIÉE PAR LA CONVENTION PORTANT RÉVISION DES ARTICLES FINALS, 1946¹

RATIFICATION

Instrument enregistré auprès du Directeur général du Bureau international du Travail
le :

6 septembre 1995

URUGUAY

(Avec effet au 6 septembre 1996.)

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 39, p. 55; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 1 à 11, 13, 15, et 17 à 21, ainsi que l'annexe A des volumes 1279, 1302, 1348, 1406, 1417, 1444, 1541, 1670, 1681, 1686, 1736, 1745, 1749, 1762, 1777, 1842, 1864 et 1891.

No. 638. CONVENTION (No. 63) CONCERNING STATISTICS OF WAGES AND HOURS OF WORK IN THE PRINCIPAL MINING AND MANUFACTURING INDUSTRIES, INCLUDING BUILDING AND CONSTRUCTION, AND IN AGRICULTURE, ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION AT ITS TWENTY-FOURTH SESSION, GENEVA, 20 JUNE 1938, AS MODIFIED BY THE FINAL ARTICLES REVISION CONVENTION, 1946¹

DENUNCIATION

27 October 1995

IRELAND

(Pursuant to the ratification of Convention No. 160 (see No. 25944), in accordance with article 18. With effect from 27 October 1996.)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 40, p. 255; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 1 to 8, 11, 12, 14 to 16, and 19, as well as annex A in volumes 1256, 1302, 1505, 1552, 1725, 1769 and 1821.

N° 638. CONVENTION (N° 63) CONCERNANT LES STATISTIQUES DES SALAIRES ET DES HEURES DE TRAVAIL DANS LES PRINCIPALES INDUSTRIES MINIÈRES ET MANUFACTURIÈRES, Y COMPRIS LE BÂTIMENT ET LA CONSTRUCTION, ET DANS L'AGRICULTURE, ADOPTÉE PAR LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL À SA VINGT-QUATRIÈME SESSION, GENÈVE, 20 JUIN 1938, TELLE QU'ELLE A ÉTÉ MODIFIÉE PAR LA CONVENTION PORTANT RÉVISION DES ARTICLES FINALS, 1946¹

DÉNONCIATION

27 octobre 1995

IRLANDE

(En vertu de la ratification de la Convention n° 160 (voir n° 25944), conformément à l'article 18. Avec effet au 27 octobre 1996.)

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 40, p. 255; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs n°s 1 à 8, 11, 12, 14 à 16, et 19, ainsi que l'annexe A des volumes 1256, 1302, 1505, 1552, 1725, 1769 et 1821.

No. 792. CONVENTION (No. 81) CONCERNING LABOUR INSPECTION IN INDUSTRY AND COMMERCE. ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION AT ITS THIRTIETH SESSION, GENEVA, 11 JULY 1947¹

RATIFICATION

Instrument registered with the Director-General of the International Labour Office on:

25 September 1995

BELARUS

(With effect from 25 September 1996.)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 54, p. 3; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 1 to 19, and 21, as well as annex A in volumes 1279, 1284, 1302, 1317, 1348, 1372, 1406, 1417, 1474, 1552, 1670, 1686, 1712, 1736, 1749, 1777, 1832, 1842, 1856, 1870 and 1891.

N° 792. CONVENTION (N° 81) CONCERNANT L'INSPECTION DU TRAVAIL DANS L'INDUSTRIE ET LE COMMERCE. ADOPTÉE PAR LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL À SA TRENTIÈME SESSION, GENÈVE, 11 JUILLET 1947¹

RATIFICATION

Instrument enregistré auprès du Directeur général du Bureau international du Travail
le :

25 septembre 1995

BÉLARUS

(Avec effet au 25 septembre 1996.)

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 54, p. 3; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs n°s 1 à 19, et 21, ainsi que l'annexe A des volumes 1279, 1284, 1302, 1317, 1348, 1372, 1406, 1417, 1474, 1552, 1670, 1686, 1712, 1736, 1749, 1777, 1832, 1842, 1856, 1870 et 1891.

No. 881. CONVENTION (No. 87) CONCERNING FREEDOM OF ASSOCIATION AND PROTECTION OF THE RIGHT TO ORGANISE. ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION AT ITS THIRTY-FIRST SESSION, SAN FRANCISCO, 9 JULY 1948¹

RATIFICATION

Instrument registered with the Director-General of the International Labour Office on:

15 September 1995

SRI LANKA

(With effect from 15 September 1996.)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 68, p. 17; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 1 to 10, 13, 14, and 16 to 20, as well as annex A in volumes 1295, 1302, 1348, 1417, 1445, 1520, 1566, 1669, 1670, 1681, 1686, 1730, 1736, 1745, 1749, 1762, 1777, 1842, 1856 and 1860.

N° 881. CONVENTION (N° 87) CONCERNANT LA LIBERTÉ SYNDICALE ET LA PROTECTION DU DROIT SYNDICAL. ADOPTÉE PAR LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL À SA TRENTE ET UNIÈME SESSION, SAN FRANCISCO, 9 JUILLET 1948¹

RATIFICATION

Instrument enregistré auprès du Directeur général du Bureau international du Travail
le :

15 septembre 1995

SRI LANKA

(Avec effet au 15 septembre 1996.)

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 68, p. 17; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs n°s 1 à 10, 13, 14, et 16 à 20, ainsi que l'annexe A des volumes 1295, 1302, 1348, 1417, 1445, 1520, 1566, 1669, 1670, 1681, 1686, 1730, 1736, 1745, 1749, 1762, 1777, 1842, 1856 et 1860.

No. 898. CONVENTION (No. 88) CONCERNING THE ORGANISATION OF THE EMPLOYMENT SERVICE. ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION AT ITS THIRTY-FIRST SESSION, SAN FRANCISCO, 9 JULY 1948¹

RATIFICATION

Instrument registered with the Director-General of the International Labour Office on:

25 September 1995

BELARUS

(With effect from 25 September 1996.)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 70, p. 85; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 1 to 17, and 19, as well as annex A in volumes 1256, 1284, 1348, 1401, 1417, 1486, 1552, 1686, 1722, 1736, 1745, 1749, 1777, 1842 and 1891.

N° 898. CONVENTION (N° 88) CONCERNANT L'ORGANISATION DU SERVICE DE L'EMPLOI. ADOPTÉE PAR LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL À SA TRENTE ET UNIÈME SESSION, SAN FRANCISCO, 9 JUILLET 1948¹

RATIFICATION

Instrument enregistré auprès du Directeur général du Bureau international du Travail
le :

25 septembre 1995

BÉLARUS

(Avec effet au 25 septembre 1996.)

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 70, p. 85; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs n°s 1 à 17, et 19, ainsi que l'annexe A des volumes 1256, 1284, 1348, 1401, 1417, 1486, 1552, 1686, 1722, 1736, 1745, 1749, 1777, 1842 et 1891.

No. 2109. CONVENTION (No. 92) CONCERNING CREW ACCOMMODATION ON BOARD SHIP (REVISED 1949). ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION AT ITS THIRTY-SECOND SESSION, GENEVA, 18 JUNE 1949¹

RATIFICATION

Instrument registered with the Director-General of the International Labour Office on:

19 September 1995

CYPRUS

(With effect from 19 March 1996.)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 160, p. 223; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 2 to 5, 7, 8, 11, 12, 15 to 18, 20 and 21, as well as annex A in volumes 1291, 1363, 1372, 1445, 1566, 1606, 1681, 1686, 1736, 1749, 1762, 1777 and 1894.

N° 2109. CONVENTION (N° 92) CONCERNANT LE LOGEMENT DE L'ÉQUIPAGE À BORD (RÉVISÉE EN 1949). ADOPTÉE PAR LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL À SA TRENTE-DEUXIÈME SESSION, GENÈVE, 18 JUIN 1949¹

RATIFICATION

Instrument enregistré auprès du Directeur général du Bureau international du Travail
le :

19 septembre 1995

CHYPRE

(Avec effet au 19 mars 1996.)

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 160, p. 223; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs n°s 2 à 5, 7, 8, 11, 12, 15 à 18, 20 et 21, ainsi que l'annexe A des volumes 1291, 1363, 1372, 1445, 1566, 1606, 1681, 1686, 1736, 1749, 1762, 1777 et 1894.

No. 4648. CONVENTION (No. 105) CONCERNING THE ABOLITION OF FORCED LABOUR. ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION AT ITS FORTIETH SESSION, GENEVA, 25 JUNE 1957¹

RATIFICATION

Instrument registered with the Director-General of the International Labour Office on:

25 September 1995

BELARUS

(With effect from 25 September 1996.)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 320, p. 291; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 4 to 20, as well as annex A in volumes 1302, 1348, 1372, 1417, 1444, 1562, 1573, 1653, 1669, 1722, 1777, 1842 and 1864.

N° 4648. CONVENTION (N° 105) CONCERNANT L'ABOLITION DU TRAVAIL FORCÉ. ADOPTÉE PAR LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL À SA QUARANTIÈME SESSION, GENÈVE, 25 JUIN 1957¹

RATIFICATION

Instrument enregistré auprès du Directeur général du Bureau international du Travail
le :

25 septembre 1995

BÉLARUS

(Avec effet au 25 septembre 1996.)

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 320, p. 291; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs n°s 4 à 20, ainsi que l'annexe A des volumes 1302, 1348, 1372, 1417, 1444, 1562, 1573, 1653, 1669, 1722, 1777, 1842 et 1864.

No. 8175. CONVENTION (No. 120) CONCERNING HYGIENE IN COMMERCE AND OFFICES, ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION AT ITS FORTY-EIGHTH SESSION, GENEVA, 8 JULY 1964¹

RATIFICATION

Instrument registered with the Director-General of the International Labour Office on:

6 September 1995

URUGUAY

(With effect from 6 September 1996.)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 560, p. 201; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 8 to 13, and 15 to 19, as well as annex A in volumes 1302, 1460, 1562, 1681, 1722, 1730, 1745, 1749, 1762, 1777 and 1856.

No. 8175. CONVENTION (N° 120) CONCERNANT L'HYGIÈNE DANS LE COMMERCE ET LES BUREAUX, ADOPTÉE PAR LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL À SA QUARANTE-HUITIÈME SESSION, GENÈVE, 8 JUILLET 1964¹

RATIFICATION

Instrument enregistré auprès du Directeur général du Bureau international du Travail
le :

6 septembre 1995

URUGUAY

(Avec effet au 6 septembre 1996.)

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 560, p. 201; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 8 à 13, et 15 à 19, ainsi que l'annexe A des volumes 1302, 1460, 1562, 1681, 1722, 1730, 1745, 1749, 1762, 1777 et 1856.

No. 14862. CONVENTION (No. 138) CONCERNING MINIMUM AGE FOR ADMISSION TO EMPLOYMENT. ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION AT ITS FIFTY-EIGHTH SESSION, GENEVA, 26 JUNE 1973¹

RATIFICATION

Instrument registered with the Director-General of the International Labour Office on:

1 February 1995

SAN MARINO

(With effect from 1 February 1996. Specifying that the minimum age for admission to employment is 16 years.)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1015, p. 297; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 17 to 21, as well as annex A in volumes 1258, 1312, 1335, 1348, 1355, 1363, 1391, 1403, 1422, 1423, 1460, 1479, 1505, 1512, 1530, 1566, 1576, 1681, 1686, 1736, 1749, 1762 and 1777.

N° 14862. CONVENTION (N° 138) CONCERNANT L'ÂGE MINIMUM D'ADMISSION À L'EMPLOI. ADOPTÉE PAR LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL À SA CINQUANTE-HUITIÈME SESSION, GENÈVE, 26 JUIN 1973¹

RATIFICATION

Instrument enregistré auprès du Directeur général du Bureau international du Travail
le :

1^{er} février 1995

SAINT-MARIN

(Avec effet au 1^{er} février 1996. Il est spécifié que l'âge minimum d'admission à l'emploi est de 16 ans.)

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1015, p. 297; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs n°s 17 à 21, ainsi que l'annexe A des volumes 1258, 1312, 1335, 1348, 1355, 1363, 1391, 1403, 1422, 1423, 1460, 1479, 1505, 1512, 1530, 1566, 1576, 1681, 1686, 1736, 1749, 1762 et 1777.

No. 16705. CONVENTION (No. 144) CONCERNING TRIPARTITE CONSULTATIONS TO PROMOTE THE IMPLEMENTATION OF INTERNATIONAL LABOUR STANDARDS. ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION AT ITS SIXTY-FIRST SESSION, GENEVA, 21 JUNE 1976¹

RATIFICATION

Instrument registered with the Director-General of the International Labour Office on:

16 October 1995

GUINEA

(With effect from 16 October 1996.)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1089, p. 354; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 18 to 21, as well as annex A in volumes 1252, 1256, 1275, 1284, 1295, 1301, 1314, 1317, 1323, 1344, 1351, 1390, 1391, 1401, 1428, 1436, 1441, 1464, 1474, 1512, 1522, 1527, 1541, 1556, 1573, 1584, 1589, 1644, 1686, 1690, 1695, 1712, 1722, 1736, 1749, 1777, 1821, 1832, 1842, 1856, 1860, 1864 and 1891.

N° 16705. CONVENTION (N° 144) CONCERNANT LES CONSULTATIONS TRIPARTITES DESTINÉES À PROMOUVOIR LA MISE EN ŒUVRE DES NORMES INTERNATIONALES DU TRAVAIL. ADOPTÉE PAR LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL À SA SOIXANTE ET UNIÈME SESSION, GENÈVE, 21 JUIN 1976¹

RATIFICATION

Instrument enregistré auprès du Directeur général du Bureau international du Travail
le :

16 octobre 1995

GUINÉE

(Avec effet au 16 octobre 1996.)

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1089, p. 355; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 18 à 21, ainsi que l'annexe A des volumes 1252, 1256, 1275, 1284, 1295, 1301, 1314, 1317, 1323, 1344, 1351, 1390, 1391, 1401, 1428, 1436, 1441, 1464, 1474, 1512, 1522, 1527, 1541, 1556, 1573, 1584, 1589, 1644, 1686, 1690, 1695, 1712, 1722, 1736, 1749, 1777, 1821, 1832, 1842, 1856, 1860, 1864 et 1891.

No. 20690. CONVENTION (No. 147) CONCERNING MINIMUM STANDARDS IN MERCHANT SHIPS. ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION AT ITS SIXTY-SECOND SESSION, GENEVA, 29 OCTOBER 1976¹

RATIFICATION

Instrument registered with the Director-General of the International Labour Office on:

19 September 1995

CYPRUS

(With effect from 19 September 1996.)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1259, p. 335, and annex A in volumes 1286, 1295, 1312, 1317, 1391, 1401, 1405, 1428, 1434, 1436, 1512, 1527, 1541, 1573, 1598, 1606, 1644, 1681, 1712, 1728, 1762, 1769, 1777, 1821 and 1891.

N° 20690. CONVENTION (N° 147) CONCERNANT LES NORMES MINIMA À OBSERVER SUR LES NAVIRES MARCHANDS. ADOPTÉE PAR LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL À SA SOIXANTE-DEUXIÈME SESSION, GENÈVE, 29 OCTOBRE 1976¹

RATIFICATION

Instrument enregistré auprès du Directeur général du Bureau international du Travail
le :

19 septembre 1995

CHYPRE

(Avec effet au 19 septembre 1996.)

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1259, p. 335, et annexe A des volumes 1286, 1295, 1312, 1317, 1391, 1401, 1405, 1428, 1434, 1436, 1512, 1527, 1541, 1573, 1598, 1606, 1644, 1681, 1712, 1728, 1762, 1769, 1777, 1821 et 1891.

No. 22346. CONVENTION (No. 156) CONCERNING EQUAL OPPORTUNITIES AND EQUAL TREATMENT FOR MEN AND WOMEN WORKERS: WORKERS WITH FAMILY RESPONSIBILITIES. ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION AT ITS SIXTY-SEVENTH SESSION, GENEVA, 23 JUNE 1981¹

RATIFICATION

Instrument registered with the Director-General of the International Labour Office on:

16 October 1995

GUINEA

(With effect from 16 October 1996.)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1331, p. 295, and annex A in volumes 1386, 1401, 1403, 1409, 1434, 1492, 1501, 1505, 1512, 1530, 1552, 1566, 1598, 1670, 1686, 1736, 1777, 1856, 1870 and 1891.

N° 22346. CONVENTION (N° 156) CONCERNANT L'ÉGALITÉ DE CHANCES ET DE TRAITEMENT POUR LES TRAVAILLEURS DES DEUX SEXES : TRAVAILLEURS AYANT DES RESPONSABILITÉS FAMILIALES. ADOPTÉE PAR LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL À SA SOIXANTE-SEPTIÈME SESSION, GENÈVE, 23 JUIN 1981¹

RATIFICATION

Instrument enregistré auprès du Directeur général du Bureau international du Travail
le :

16 octobre 1995

GUINÉE

(Avec effet au 16 octobre 1996.)

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1331, p. 295, et annexe A des volumes 1386, 1401, 1403, 1409, 1434, 1492, 1501, 1505, 1512, 1530, 1552, 1566, 1598, 1670, 1686, 1736, 1777, 1856, 1870 et 1891.

No. 23439. CONVENTION (No. 159) CONCERNING VOCATIONAL REHABILITATION AND EMPLOYMENT (DISABLED PERSONS). ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION AT ITS SIXTY-NINTH SESSION, GENEVA, 20 JUNE 1983¹

RATIFICATION

Instrument registered with the Director-General of the International Labour Office on:

16 October 1995

GUINEA

(With effect from 16 October 1996.)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1401, p. 235, and annex A in volumes 1405, 1434, 1441, 1445, 1464, 1492, 1498, 1509, 1512, 1514, 1526, 1530, 1539, 1547, 1552, 1556, 1566, 1567, 1573, 1579, 1598, 1644, 1650, 1653, 1663, 1681, 1686, 1736, 1745, 1749, 1762, 1777, 1821, 1842, 1856, 1870 and 1891.

N° 23439. CONVENTION (N° 159) CONCERNANT LA RÉADAPTATION PROFESSIONNELLE ET L'EMPLOI DES PERSONNES HANDICAPÉES, ADOPTÉE PAR LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL À SA SOIXANTE-NEUVIÈME SESSION, GENÈVE, 20 JUIN 1983¹

RATIFICATION

Instrument enregistré auprès du Directeur général du Bureau international du Travail
le :

16 octobre 1995

GUINÉE

(Avec effet au 16 octobre 1996.)

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1401, p. 235, et annexe A des volumes 1405, 1434, 1441, 1445, 1464, 1492, 1498, 1509, 1512, 1514, 1526, 1530, 1539, 1547, 1552, 1556, 1566, 1567, 1573, 1579, 1598, 1644, 1650, 1653, 1663, 1681, 1686, 1736, 1745, 1749, 1762, 1777, 1821, 1842, 1856, 1870 et 1891.

No. 25944. CONVENTION (No. 160) CONCERNING LABOUR STATISTICS.
ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE INTERNATIONAL LA-
BOUR ORGANISATION AT ITS SEVENTY-FIRST SESSION, GENEVA, 25 JUNE
1985¹

RATIFICATION

Instrument registered with the Director-General of the International Labour Office on:

27 October 1995

IRELAND

(With effect from 27 October 1996. Accepting articles 7 to 9 and 11 to 15 of part II of the Convention.)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1505, p. 39, and annex A in volumes 1509, 1512, 1516, 1552, 1562, 1566, 1573, 1579, 1584, 1589, 1637, 1653, 1678, 1681, 1695, 1722, 1725, 1730, 1745, 1749, 1762, 1769, 1777 and 1821.

N° 25944. CONVENTION (N° 160) CONCERNANT LES STATISTIQUES DU TRAVAIL. ADOPTÉE PAR LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL À SA SOIXANTE ET ONZIÈME SESSION, GENÈVE, 25 JUIN 1985¹

RATIFICATION

Instrument enregistré auprès du Directeur général du Bureau international du Travail
le :

27 octobre 1995

IRLANDE

(Avec effet au 27 octobre 1996. Avec acceptation des articles 7 à 9 et 11 à 15 de la partie II de la Convention.)

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1505, p. 39, et annexe A des volumes 1509, 1512, 1516, 1552, 1562, 1566, 1573, 1579, 1584, 1589, 1637, 1653, 1678, 1681, 1695, 1722, 1725, 1730, 1745, 1749, 1762, 1769, 1777 et 1821.

No. 26705. CONVENTION (No. 162) CONCERNING SAFETY IN THE USE OF ASBESTOS. ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION AT ITS SEVENTY-SECOND SESSION, GENEVA, 24 JUNE 1986¹

RATIFICATION

Instrument registered with the Director-General of the International Labour Office on:

6 September 1995

URUGUAY

(With effect from 6 September 1996.)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1539, p. 315, and annex A in volumes 1566, 1567, 1573, 1579, 1673, 1686, 1695, 1736, 1749, 1769 and 1856.

N° 26705. CONVENTION (N° 162) CONCERNANT LA SÉCURITÉ DANS L'UTILISATION DE L'AMIANTE. ADOPTÉE PAR LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL À SA SOIXANTE-DOUZIÈME SESSION, GENÈVE, 24 JUIN 1986¹

RATIFICATION

Instrument enregistré auprès du Directeur général du Bureau international du Travail
le :

6 septembre 1995

URUGUAY

(Avec effet au 6 septembre 1996.)

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1539, p. 315, et annexe A des volumes 1566, 1567, 1573, 1579, 1673, 1686, 1695, 1736, 1749, 1769 et 1856.

No. 31173. CONVENTION (No. 172) CONCERNING WORKING CONDITIONS IN HOTELS, RESTAURANTS AND SIMILAR ESTABLISHMENTS. ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION AT ITS SEVENTY-EIGHTH SESSION, GENEVA, 25 JUNE 1991¹

RATIFICATION

Instrument registered with the Director-General of the International Labour Office on:

6 September 1995

URUGUAY

(With effect from 6 September 1996.)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1820, No. I-31173.

N° 31173. CONVENTION (N° 172) CONCERNANT LES CONDITIONS DE TRAVAIL DANS LES HÔTELS, RESTAURANTS ET ÉTABLISSEMENTS SIMILAIRES. ADOPTÉE PAR LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL À SA SOIXANTE-DIX-HUITIÈME SESSION, GENÈVE, 25 JUIN 1991¹

RATIFICATION

Instrument enregistré auprès du Directeur général du Bureau international du Travail
le :

6 septembre 1995

URUGUAY

(Avec effet au 6 septembre 1996.)

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1820, n° I-31173.

No. 32088. CONVENTION (No. 173) CONCERNING THE PROTECTION OF WORKERS' CLAIMS IN THE EVENT OF THE INSOLVENCY OF THEIR EMPLOYER. ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION AT ITS SEVENTY-NINTH SESSION, GENEVA, 23 JUNE 1992¹

RATIFICATION

Instrument registered with the Director-General of the International Labour Office on:

16 June 1995

SWITZERLAND

(With effect from 16 June 1996. Accepting the obligations under parts II and III of the Convention.)

Certified statements were registered by the International Labour Organisation on 1 February 1996.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1886.

N° 32088. CONVENTION (N° 173) CONCERNANT LA PROTECTION DES CRÉANCES DES TRAVAILLEURS EN CAS D'INSOLVABILITÉ DE LEUR EMPLOYEUR. ADOPTÉE PAR LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL À SA SOIXANTE-DIX-NEUVIÈME SESSION GENÈVE, 23 JUIN 1992¹

RATIFICATION

Instrument enregistré auprès du Directeur général du Bureau international du Travail le :

16 juin 1995

SUISSE

(Avec effet au 16 juin 1996. Avec acceptation des obligations en vertu des parties II et III de la Convention.)

Les déclarations certifiées ont été enregistrées par l'Organisation internationale du Travail le 1^{er} février 1996.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1886.

ANNEX C

*Ratifications, accessions, etc.,
concerning treaties and international agreements
registered
with the Secretariat of the League of Nations*

ANNEXE C

*Ratifications, adhésions, etc.,
concernant des traités et accords internationaux
enregistrés
au Secrétariat de la Société des Nations*